

Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft trennen:
Das Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
Das unsere Kinder in der Schule lernen,
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
G. Herwegh.

Telephon Nr. 2325.

Der

Scheckkonto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/2 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 40 Heller.
Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich „ 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 27.

Wien, den 20. September 1911.

19. Jahrg.

Die Bewegung auf den österreichischen Eisenbahnen.

Weitere Protestkundgebungen in der Provinz. — Eine Erklärung der Regierung.

Sehr rasch und ebenso deutlich ist die von offizieller Seite in die Welt gesetzte Meinung, daß die gegenwärtige Bewegung unter der Eisenbahnerschaft lediglich eine lokal begrenzte Wiener Erscheinung sei, durch die weiteren Vorgänge der letzten zehn Tage dementiert worden. Die bis zur höchsten Erregung gesteigerte Mißstimmung unter dem Gesamtpersonal zieht mit jedem Tag neue Kreise, und findet in den Versammlungen, die fortgesetzt auch in den Provinzen der einzelnen Kronländer stattfinden, ihren unverkennbaren Ausdruck. Jeder Tag bringt sozusagen der Unzufriedenheit neue Nahrung, da die treibende Kraft, der Wucher in allen Formen, noch lange nicht versiegt ist.

Von den beachtenswerten Symptomen, die die diesmalige Bewegung, die in der gesamten Öffentlichkeit einen so nachhaltigen Resonanzboden findet, in den letzten Tagen gezeigt hat, verdient eine Meldung der „Zeit“ besondere Beachtung. Darnach habe sich die Regierung bereits schon jetzt bestimmt gefunden, „jene Maßnahmen zu treffen, die die Wirkung einer passiven Resistenz oder eines Streiks der Eisenbahner abschwächen und den Streik ohne nachgiebigeität des Staates beenden könnten“. Im Sinne dieser Maßnahmen würden im Falle eines Eisenbahnerstreiks die Soldaten des eventuell auf den Kriegszustand zu ergänzenden Eisenbahn- und Telegraphenregiments, dann die zum Eisenbahndienst taugliche Mannschaft der Pioniertruppe in den öffentlichen Bahndienst gestellt, die Gasisten und Mannschaft österreichischer Staatsbürgerlichkeit der Reserve und der Ersatzreserve des gemeinsamen Heeres (der Kriegsmarine) und der k. k. Landwehr zur partiellen Ergänzung des gemeinsamen Heeres, respektive der Landwehr einberufen und zur Dienstleistung bei den Staatsbahnen eingeteilt werden. Für alle dadurch notwendigen Einberufungen wurden, wie das genannte Blatt wissen will, die Einberufungskarten bereits ausgefüllt und zur Versendung bereit gemacht.

Man wird bei aller Würdigung des Scharfmachereinflusses der jüngsten Zeit dennoch gut tun, diese Nachricht mit Reserve aufzunehmen. Nicht deshalb, weil man etwa die Regierung, hinter der die bürgerlichen Arbeiterfeinde, die verkappten sowohl wie die offenen, geschlossen stehen, nicht für fähig halten sollte, die Bewegung der Eisenbahner einmal mit militärischer Gewalt erdrücken zu wollen. Aber für so dumm halten wir die Leute an den verantwortlichen Regierungsstellen nicht, daß sie nicht wüßten, was es für den armen Staat Oesterreich bedeuten müßte, wenn es in der gegenwärtigen Situation wirklich so weit käme, daß der Weisheit letzter Schluß nur noch brutale Gewalt wäre. Wir wollen vorerst den Gedanken eines Eisenbahnerstreiks nicht in seinen Konsequenzen verfolgen. Aber selbst eine passive Resistenz würde, wo sich bereits jetzt schon die Lebensmittelpreise zu wahren Hungerpreisen gestalteten, in wenigen Tagen einen derartigen Einfluß üben, daß der Hunger in seiner buchstäblichsten Bedeutung die Verzweiflung mit allen ihren unberechenbaren Konsequenzen hervorrufen müßte. Wir halten das nötig auszusprechen, weil gerade wir keinen Augenblick die Schwere der Verantwortung verkannt haben, die die gegenwärtige Situation in sich schließt. Und deshalb glauben wir, daß auch die Regierung von den Illusionen frei sein muß,

die zuweilen noch in politischen Rindsköpfen den Glauben nähren, daß die Plinte und der Säbel allmächtige Gewalten sind. Regieren heißt vorsorgen. Aber es wäre eine gar zu sonderbare Vorsorge, die an die Gewalt appelliert, wo die Vernunft den Weg der billigen Gerechtigkeit zeigt.

Freilich, der Herr Ministerpräsident hat am letzten Freitag in der parlamentarischen Obmannerkonferenz eine Rede gehalten, die nicht gerade von dieser Erkenntnis zeigt. Mit einer unverkennbaren Spitze gegen die Bewegung der Eisenbahner erklärte Baron v. Gautsch, „daß die Erregung unter der Bevölkerung eine Form und Erscheinung angenommen habe, die für eine Klärung der Situation nicht gerade erwünscht sei“. Und der Herr Ministerpräsident fand es weiterhin für gut, darauf hinzuweisen, daß „die Regierung mit aller Entschiedenheit auftreten müßte“, wenn die Kundgebungen, die nach seiner Meinung nur von einzelnen Leuten arrangiert werden, Formen annehmen würden, die mit dem Gesetz und der öffentlichen Ordnung nicht mehr zu vereinbaren wären. Wir wissen nicht, woher der Herr Ministerpräsident seine politische Weisheit bezieht, die gar so sehr nach dem Altentstau vormärzlicher Bureaokratie riecht. Aber seine Regierungsvertreter könnten ihm jedenfalls aus den Versammlungen der letzten Zeit informieren, daß die Erregung, wie sie allenthalben vorhanden, nicht „gemacht“ ist, sondern in den der armen Bevölkerung aus Leben greifenden Zuständen wurzelt, die freilich nicht an den wohlgeordneten Haushalt eines österreichischen Ministerpräsidenten heranreichen. Es ist ein provozierender Funken, in dem Herr v. Gautsch gesprochen hat, der nicht nur mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation schlecht gewählt ist, sondern der auch gerade aus dem Munde des Chefs jener Regierung um so aufreizender wirkt, die durch ihre Botmäßigkeit gegenüber dem ungarischen Magnatentum ihren beträchtlichen Anteil an den Ursachen besitzt, die in Oesterreich die erschreckliche Teuerung mit hervorgerufen haben.

Ein anderes nicht minder lehrreiches Symptom, das den Verlauf der bisherigen Bewegung kennzeichnet, darf gleichzeitig nicht übersehen werden. In den verschiedenen Sonderverbänden, mit oder ohne parteipolitischer Färbung, ist es gleichfalls regsam und lebendig geworden. Soweit bei dieser Regsamkeit das wirkliche Bahnpersonal in Betracht kommt, ist das begreiflich und erfreulich zugleich. Begreiflich deshalb, weil die gemeinsame Not keine parteipolitischen Unterschiede kennt, und erfreulich, weil diese Regsamkeit hoffen läßt, daß die gemeinsame Not allen Bediensteten und Arbeitern die Erkenntnis von der Notwendigkeit festerer Solidarität gelehrt hat. Daß freilich sowohl der „Reichsbund“ wie der schon fast in den letzten Zügen liegende „Verkehrsbund“ erst in Bewegung gebracht wurden, als sie hörten, daß die sozialdemokratische Organisation zu den brennenden Fragen bereits Stellung genommen haben, läßt deren „Aktionen“, von denen heute die bürgerlichen Blätter nicht genug zu erzählen wissen, mehr als taktische Manöver als von ehrlichen Absichten geleitete Handlungen erscheinen. Man will den Anschluß nicht versäumen und setzt sich nach früherem bekanntem Muster in Positur. Die Leute freilich, die auch diesmal die Akteure sind und sich als die „Vertreter von Eisenbahnerinteressen“

ausspielen, zerstreuen jeden Zweifel darüber, daß es sich den christlichsozialen und deutschnationalen Herrschaften auch diesmal nur um ein rein parteipolitisches Manöver handelt. Die Knirsch, Dobernig, Nemetero tutti quanti, die sich so eifrig bemühen, sehen doch etwas gar zu putzig aus, wenn sie sich als Vertreter des Eisenbahnerpersonals herausstufen. Dieselben Leute, die alle für die Eisenbahner im Parlament gestellten Anträge ablehnen, werden heute niemand über ihre wahren Absichten täuschen, wie geschickt sie auch immerhin ihre Rollen zu spielen sich anschicken. Und der deutsche Nationalverband, der erst die Teuerungsanträge ablehnte, und sich jetzt, wie er melden läßt, sich bei der Parlamentseröffnung in Szene setzen will, wird ebenfalls keinen Vernünftigen täuschen.

Wie sehr das ganze geschäftige Gebaren nach Demagogie riecht, darüber gibt die in der Nationalverbandspresse lancierte Nachricht einen hinreichenden Beweis ab, wonach sich die „deutschen, polnischen und tschechischen Organisationen, die zusammen eine der sozialdemokratischen Organisation gleichende Stärke erreichen, zusammenschlossen, um ein Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Organisation zu bilden“. Ist zwar auch das Prahlens mit der Stärke, die „der sozialdemokratischen Organisation gleichkommt“, nur pure Aufschneiderei, so ist doch das dabei gemachte Geständnis recht interessant! Wozu haben sich die Herren, die sonst in nationaler Beziehung zueinander Todfeinde sind, koalitiert? Um „ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokraten zu bilden“. Nach dieser Logik muß also auch jetzt nicht etwa der Widerstand der Regierung, sondern die Sozialdemokratie bekämpft werden! Aber die internationale Genossenschaft zur Aufrechterhaltung des nationalen Schwindels wird sich verrechnen, wenn sie ihre eigenen Leute für so dumm hält, den Sozialdemokraten in den Rücken zu fallen. Die wirtschaftliche Not ist stärker als die nationale Demagogie.

Zur Beurteilung der Situation ist ein Communiqué besonders bemerkenswert, das die Regierung am Sonntag den 17. d. M. in den Blättern veröffentlichte. Diese offiziöse Erklärung, in der die Regierung ihren Standpunkt auseinandersetzt, ist augenscheinlich das Ergebnis einer Ministerkonferenz, die am 13. d. M. zwischen dem Finanzminister und dem Leiter des Eisenbahnministeriums Dr. Ritter v. Böll stattfand. In der Kundgebung, wo zunächst darauf verwiesen wird, daß die Regierung seit dem Jahre 1905 bis 1910 einen Betrag von 35 Millionen Kronen für Personalauslagen mehr verausgabte, heißt es wörtlich:

Die Staatseisenbahnverwaltung hat es angesichts der zunehmenden Teuerung aller Lebens- und Verbrauchsmittel als ihre Pflicht erachtet, sich mit der Frage zu befassen, ob und inwieweit es möglich erschiene, demnächst noch weiteres zur Verbesserung der Bezüge des Personals, vor allem jener der mindestentlohten Kategorien vorzunehmen.

Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß es sich um etwa 100.000 definitiv angestellte Bedienstete und etwa ebenso viele ständige Tagelohnbedienstete handelt, und daß eine auf das Gesamtpersonal sich erstreckende Aktion viele Millionen Kronen erfordern würde, deren Beschaffung unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen des Staates außer dem Bereich der Möglichkeit liegt, ganz abgesehen davon, daß die Teuerung auch alle anderen Staatsbediensteten trifft, und es daher kaum angeht, eine

berartige Aktion auf die Staatsbahnbediensteten zu beschränken.

Die Staatsbahnverwaltung muß sich bei dieser Sachlage zunächst darauf beschränken, wenigstens den in den ungünstigsten Entlohnungsverhältnissen stehenden und von der Teuerung am empfindlichsten getroffenen Kategorien die Lebensführung zu erleichtern.

Dementsprechend hat das Eisenbahnministerium im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung in der allerjüngsten Zeit den Staatsbahndirektionen die notwendigen Mittel angewiesen, um die Arbeitslöhne, soweit solche hinter jenen benachbarter Bezirke zurückstehen, mit 1. Oktober unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse, zu erhöhen.

Nach Zulänglichkeit der Mittel wird auch weiterhin mit der Verbesserung der materiellen Lage der untersten Bedienstetenkategorien fortgefahren werden.

Die Staatsbahnverwaltung sieht sich ferner veranlaßt, entsprechend den wiederkehrenden Wünschen der Bediensteten, die Wohnungsfürsorgefähigkeit in großzügiger Weise und möglichst beschleunigt fortzusetzen.

Aus den Mitteln der bei den österreichischen Staatsbahnen bestehenden Invaliden- und Altersversorgungsfonds wurden bis zum Schluß des Vorjahres 329 Bedienstetenwohngebäude mit 2978 Mietwohnungen und einem Kostenaufwand von 16,350.000 Kr. zu dem Zwecke errichtet, um den Bediensteten gesunde und preiswürdige Wohnungen zu bieten.

Gegenwärtig sind 127 Häuser mit 1058 Wohnungen, für welche ein Anlagekapital von mehr als 6 Millionen Kronen erforderlich ist, im Bau begriffen. Die Ausschreibung des Baues von weiteren 125 Häusern mit 1635 Wohnungen wird jedenfalls noch in diesem Jahre erfolgen.

Für das nächste Jahr ist ein noch umfangreicheres Bauprogramm aufgestellt worden, und es werden auch die Wünsche des Personals nach Herabsetzung des Wohnungsentgelts in den Personalthäusern tunlichste Berücksichtigung finden.

Um die Beschaffung der Lebensmittel für die Bediensteten zu erleichtern, hat ferner das Eisenbahnministerium angeordnet, daß die Bediensteten Lebensmittel und andere Bedarfsartikel für den Winterbedarf bis zu einem bestimmten Höchstgewicht kostenfrei beziehen können. Die bisher zum Einkauf von Lebensmitteln den Angehörigen der Bediensteten gewährten Freifahrtsscheine erfahren hinsichtlich der festgesetzten Einkaufssorte eine wesentliche Erweiterung; überdies erhalten auch die mindestens ein halbes Jahr im Dienste stehenden Arbeiter Lebensmittel-freifahrtsscheine, eine Begünstigung, die bisher den Arbeitern nur bei einer Verwendungsdauer von mindestens einem Jahre zugestanden war.

Einem weiteren, vielfach geäußerten Wunsche Rechnung tragend, wurden überdies jüngst den Staatsbahndirektionen entsprechende Kredite zu dem Zwecke hinausgegeben, um noch im laufenden Jahre dem stabilen Personal die Ausnützung der dienstordnungsmäßigen Urlaube auch dann zu ermöglichen, wenn damit Substitutionskosten verbunden sind. Gleichzeitig wurde auch für Arbeiter die Gewährung von Erholungsurlauben unter Fortbezug des Tagelohnes sichergestellt.

Bei diesem Anlaß sei auch darauf hingewiesen, daß die bei der Staatsbahnverwaltung bestehenden Fürsorgeeinrichtungen für die Bediensteten und deren Angehörige schon in nächster Zeit eine sehr wertvolle Ausgestaltung durch die Errichtung eines Rekonvaleszentenheimes für die Bediensteten der Staatsbahnen und eines Seehospizes für die Kinder von Bediensteten erfahren werden. In letzterem bürten bereits im kommenden Monat etwa 50 Pflegerlinge untergebracht werden können.

Schließlich sei der Arbeitsordnung gedacht, deren Hinausgabe vom Personal gleichfalls nachdrücklich angestrebt wird. Dieselben wurden für die einzelnen in Betracht kommenden Dienstzweige auf Grund umfangreicher Erhebungen und der Begutachtung durch die Staatsbahndirektionen im Entwurf fertiggestellt und sollen nach Durchberatung im Arbeiter-Zentralausschuß mit 1. Jänner 1912 zur Einführung gelangen.

Daß diese Erklärung den Wünschen und Bedürfnissen des Personals in keiner Weise entspricht, muß wohl nicht erst gesagt werden. Denn viel mehr als die prinzipielle Geneigtheit, überhaupt irgend etwas zu tun, kommt durch das Communiqué wohl

kaum zum Ausdruck. Der Forderung nach einer allgemeinen durchgreifenden Lohnerhöhung geht die Regierung vor der Hand mit der recht vagen Erklärung aus dem Wege, daß sie „den Staatsbahndirektionen die Mittel angewiesen habe, um die Arbeitslöhne, soweit solche hinter jenen benachbarter Bezirke zurückstehen, mit 1. Oktober, unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse, zu erhöhen“. Daß man die Erhöhung, über deren beabsichtigte Höhe überhaupt nichts gesagt wird, von den „lokalen Verhältnissen“ einerseits und jenen der „benachbarten Bezirke“ andererseits abhängig machen will, zeigt nur, daß sich die Regierung um den Kern der eigentlichen Wünsche herumdrückt und der allgemein empfundenen Notwendigkeit aus dem Wege zu gehen die redliche Absicht hat. Alle übrigen Maßnahmen aber will man erst „nach Maßgabe der vorhandenen Mittel durchführen“, was natürlich einem Hinausschieben auf ungebundene Frist gleichkommt, ein Vorhaben, das gerade bisher die steigende Erbitterung unter dem Personal wachgerufen hat.

Und zudem ist es eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn die Regierung behauptet, sie habe sich die Aufbesserungen in den letzten Jahren 35 Millionen Kronen mehr kosten lassen. In Wirklichkeit rechnet die Regierung die Kostensteigerung, die durch die normalmäßigen Vorrückungen bedingt wird, und schließlich auch die Steigerung, die durch die infolge der Verlehrssteigerungen notwendig gewordenen Personalvermehrungen verursacht wurden, zu den tatsächlichen Aufbesserungsbeträgen hinzu, womit sie die Summe erhält, mit der man in der Öffentlichkeit flunkert. Tatsache ist, daß die Aufbesserung durch die Preissteigerung aller Artikel heute längst überholt ist, so daß man die Leute mit einer Brosamenpolitik wird kaum befriedigen können. Man wird da schon einen ersten Schritt tun müssen, wenn man wirklich will, daß Ruhe und Besonnenheit zurückkehren!

Nun hat auch die Provinz gesprochen. In einer ganzen Reihe von größeren Eisenbahnerdomizilstationen fanden im Anschluß an die Reichskonferenz massenhaft besuchte Eisenbahnerversammlungen statt, in denen zu der gegenwärtigen Bewegung Stellung genommen und der Ernst der Situation zum Ausdruck gebracht wurde. Ueber die Kundgebungen liegen folgende Berichte vor: Eine Demonstrationsversammlung der Eisenbahner in Salzburg.

Am 8. d. M. fand nun auch in Salzburg die große Eisenbahnerversammlung statt, in der die Delegierten den Bericht über die in Wien gefassten Beschlüsse erstatten sollten. Trotz des herrlichsten blauen Himmels und der drückenden Schwüle war der große Kirchsaal dicht gefüllt und immer wieder kamen neue Besucher. Mit großer Freude konstatierten wir, daß das dienstfreie Personal nahezu vollständig erschienen war. Ins Präsidium wurden die Genossen Moria, Eminger und Lajzerer stimmeneinhellig gewählt und nun berichtete Genosse Gonz als einer der Delegierten über den Verlauf der Konferenz in Wien und zergliederte in ausführlicher Darstellung die von uns bereits im Wortlaut gebrachten Forderungen des Eisenbahnerpersonals. Genosse Leidinger als zweiter Delegierter erntete durch die Schilderung der gewaltigen Eisenbahnerversammlung in Wien beim Bamberger und Wiedergabe des Kerns der auf derselben gehaltenen Reden Stürme von Begeisterung, die sich ins Orkanartige steigerten, als Landtagsabgeordneter Genosse Preußler auf der Rednertribüne erschien. In flammenden Worten wies er auf den bodenlosen Leichtsin der Regierung hin, die ruhig die Dinge bis zum äußersten kommen lasse, statt ihnen mit richtigen Mitteln rechtzeitig entgegenzutreten. Milliarden werden vergeudet und verpulvert, aber durchaus nicht wegen der Forderungen der Eisenbahner, sondern wegen der haarsträubenden Intoleranz der Leute am grünen Tisch, die Bahnen bauen, wo sie nicht hingehören, oder wo sie nie ein Erträgnis werden abwerfen können, die Gebäude bauen, um sie nach kurzer Zeit

wieder abtragen zu lassen. Trotzdem die Eisenbahner anscheinend aus den Lebensmittelmagazinen billigere Waren beschaffen können, ist die Lebensmittelteuerung auch bei ihnen unerträglich geworden und dazu gesellt sich noch eine unerhörte Steigerung der Wohnungsmieten. Halbe KonzeSSIONen genügen diesmal nicht, das sei den Herren ein für allemal gesagt, auch Veruche, die Eisenbahner gegeneinander auszuspielen und sie zu spalten, seien ganz nutzlos, wenn ihnen das Wasser zur Kehle steigt, sind die Eisenbahner allemal wie ein Mann dagestanden. Den Generalstreik mit allen seinen tief einschneidenden Folgen wollen wir nicht und die Regierung kann es sein, die ihn durch kopfloses Vorgehen herbeiführen kann. In zornig erfüllten Worten, die in der mächtigen Versammlung ein starkes Echo fanden, geißelte Genosse Preußler die verbrecherischen Taten der Regierungsparteien, die an dem jetzt bestehenden allgemeinen Notstand, der auch die bürgerlichen Klassen nicht verschont, die allein Schuldigen sind, weil sie alle Anträge, die von der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion rechtzeitig, als man der Teuerung noch mit leichter Mühe hätte beikommen können, gestellt wurden, glatt, zum Teil mit Spott und Hohn, abgelehnt hatten. Minutenlange Pfuirufe erdröhnten durch den Saal, so oft der Name des Vertreters der Stadt Salzburg, Doktor Stöckel, genannt wurde, den der Redner mit Recht als den Hauptschuldigen in der Teuerungfrage bezeichnete. Nun sei unsere Geduld zu Ende. Die Arbeiter treten auf den Plan, entschlossen, alles zu wagen, weil sie nichts zu verlieren hätten. Den Eisenbahnern aber rufe er zum Schluß zu: „Keine Mühe in Oesterreich, bis eure Forderungen erfüllt sind. Vorwärts, Eisenbahner, hinein in die Organisation, heraus mit euren gerechten Forderungen.“ (Stürmischer, langhaltender Beifall.)

Nach ihm sprachen noch die Genossen Grabner, Breizenfelder und Hosnedl unter großem Beifall. Nachdem noch Genosse Ganz einige Aufklärungen über Fragen, die im Laufe der Versammlung geäußert worden waren, gegeben hatte, richtete Abgeordneter Preußler noch einige anfeuernde Worte an die Versammelten, die dann vom Vorsitzenden mit dem Rufe geschlossen wurde: „Auf zum Kampf“. Hundertfach wiederhallten diese Worte in der Versammlung, die von echter Kampfbegeisterung erfüllt war. Draußen dunkelte schon der Abend, als die Massen den Saal verließen. Nun hat nach Wien, Linz und Innsbruck auch Salzburg gesprochen. Die Eisenbahnverwaltung ist gebiarnt, möge sie nun den Mut zur Einsicht und zur Bewilligung der Forderungen, von denen nichts, aber gar nichts abgehandelt werden darf, weil sie das äußerste Minimum darstellen, aufbringen.

Eine Eisenbahnerfrauenversammlung in Linz.

Am gleichen Tag fand im Linzer Volksgartensaal eine Demonstration der Eisenbahnerfrauen gegen die Lebensmittelteuerung statt. Der Besuch war glänzend, nicht nur das Parterre, sondern auch die Galerien waren dicht besetzt. An 1000 Frauen waren herbeigekommen, um an der imposanten Kundgebung teilzunehmen. Gemeinderat Genosse Weiser eröffnete die Versammlung, gedachte der großen Eisenbahnerkündigung in Wien und an anderen Orten Oesterreichs, denen sich diese Frauenversammlung in Linz gerade zur rechten Zeit würdig anschleße. Nachdem Genossin Freyslag und Weigl in den Vorhitz berufen worden waren, erteilte Genossin Freyslag Genossin Weutlmayr das Wort. Stürmisch begrüßt, schilderte sie eingehend die Notlage der Eisenbahnerfrauen, die Einwirkung der herrschenden Lebensmittelteuerung auf die Familienverhältnisse der Eisenbahner. Im Jahre 1895 erfüllte die österreichische Eisenbahnerschaft die Hoffnung auf eine menschenwürdige Besserung ihrer trostlosen Lage, aber die Hoffnung erwies sich als eitel und heute befinden sie sich infolge der von Monat zu Monat ansteigenden Teuerung mitten in der Hochkonjunktur des Glücks.

Genossin Weutlmayr entwarf an der Hand zahlreicher Beispiele ein klares Bild, der wirklichen Notstandsverhältnisse, unter denen die Eisenbahnerfamilien zu leben haben. Wichtig wirkte auf die Versammlung das von ihr aufgestellte Haushaltbudget einer vierköpfigen Familie. Die denkbar dürftigsten Ansätze (für Fleisch zum Beispiel täglich 50 H.) belasten die Ausgaben eines im Verkehrsdiens mit jährlichen 500 fl. Angestellten wöchentlich mit Kr. 20.54. Ohne Holz, ohne Befriedigung der Kleidungsbedürfnisse ergibt sich selbst für eine kleine Familie bereits ein unerträgliches Jahresdefizit. Das bescheidene Quartiergeld läßt keine Ersparnisse zu. Viele Familien treibt die Wohnungs- und Nahrungsnot dazu, in feuchten, dunklen ungesunden Kellerwohnungen ihr Dasein zu fristen. Wenn die Eisenbahnerfamilien überall in dem Maße ansässiger, schlächter und gesitteter Familien stehen, so verdankt der Staat dies der ungeheuren Opferwilligkeit der Eisenbahnerfrauen. Der Staat weiß ihnen aber keinen Dank. Er kammert sich nicht um seine Angestellten, die er ruhig dem Hungerlos preisgibt. Junge Männer und Frauen verbergen ihre Jugendkraft, in dem sie die Einschränkung um ihrer Kinder

Feuilleton.

Wir fordern mehr.

Wir wollen Brot! Bescheidene Geschlechter begnügen sich, wenn in erregten Tagen Des Aufwuhrs Banner ward vorangetragen, Fürs liebe Brot zu stehen als wackre Kechter. Wir aber, die wir gründliche Verächter Der Demut sind, wir Ungeflümmen schlagen, Glaub man zufrieden uns bei vollem Magen, Ein lautes Lachen an, ein Hohngeflächter. Wir fordern mehr. Wir ahnen, was das Leben Vermag an Lust, an Glanz und Blut zu geben! Uns lockt es nicht, das Glück der satten Herde. Wir wollen alles, was erfreut, genießen, Das Reich der Kunst, des Wissens uns erschließen. Wir fordern für uns lähn die ganze Erde.

Martin Drescher.

Ein Hegenprozess im 20. Jahrhundert.

Am 1. September des Jahres 1911 kam vor dem 1. Bezirksgericht in Tamsweg in Salzburg eine — Hegenfache zum Austrage. Anna Lintschinger, Magd beim Schneiderbauern in Unternberg, beschuldigte den Nachbarn ihres Dienstherrn, daß er mit Hilfe der ersten Milch, welche die Kühe nach dem Segen des Kalbes geben, des Schneiderbauern Kühe — verhezt habe. Ihre Vermutung teilte die Lintschinger unter anderem — dem Ortspfarrer Raimund Hahayer mit. Der angebliche „Hegenmeister“ ließ den Schimpf nicht auf sich sitzen und betrat den Klageweg gegen die „Verleumderin“.

Die Verhandlung entfaltete ein Kulturbild, wie man es im 20. Jahrhundert nicht mehr erwarten hätte können. Der Schneiderbauer gibt als Zeuge an, es habe ihm der Ortspfarrer seine Ansicht „wegen vorliegender Verhezung der Kühe“ mitgeteilt und sei dann „zur Ausweihung des Stalles und zur Segnung der Kühe“ geschritten. Der Pfarrer von Unternberg,

Raimund Hahayer, gibt, als Zeuge einbernommen, die Möglichkeit einer Verwünschung, beziehungsweise Verhezung des Viehes zu und erzählt, daß er zweimal die Stallungen „ausgeweiht“ habe. Das Bezirksgericht verurteilte die Lintschinger zu drei Tagen Arrest, wobei als Milderungsgrund angenommen wurde, daß sie in ihrer Anschauung durch den Ortspfarrer Raimund Hahayer bestärkt worden sei.

Weit hinter uns, so sollte man meinen, liegen die Zeiten, in denen sich die Philosophen über die Grenzen geistlicher und medizinischer Gewalt bei Behandlung der Krankheiten von Mensch und Vieh ereifert haben. Wer laßt heute nicht darüber, daß der Philosoph und Medikus der alten Salzburger Benediktiner-Universität, Adam von Lebenwaldt, in seinem Traktat von des Teuffels List und Betrug in Verführung der Menschen zur Zauberey jeden Arzt als Atheisten stempelt, der den Arm des Theologen verkürzen wollte, der „die bösen Feuchtigkeit“ zu kurieren wagte, ehe „die Zauberey aufgehoben“ war. Damals schrieb man das Jahr 1682. Damals steckte der Hegen glaube noch in allen Köpfen, trotzdem um das Jahr 1680 schon der Jesuit Friedrich von Spee die Schenseligkeit des Hegenprozesses in meisterhafter Weise enthüllt hatte.

Der Hegen glaube konnte lange nicht ausgerottet werden, weil er im Volke immer neu genährt wurde — durch die Prediger. So schrieb zum Beispiel im Jahre 1780, gerade hundert Jahre nach den Enthüllungen des Jesuiten Spee, der Kapuzinerpater Luzianus Montifortanes in seinem Predigtbuch „Geistliches Kinderspiel“ (Verlag der katholischen Druckerei Josef Gruber in Augsburg) noch die erschrecklichsten Dinge über das Tun und Treiben des Hegenpades: „Rein Menschliche Zung sollte leicht erzehlen können, was für unsäglicher Schab von diesem verteuflerten Hegen-gefind entsteht, Vom Teuffel empfangen sie gewisse Salben und Pulver, mit welchen sie ihre Händ schmieren; und daher was sie mit solchen höllischen Tazen anrühren, schwere unheylsame Krankheiten oder gar den bitteren Todt verursachen. . . Allerhand teuflische Malefiz legen sie unter die Türschwellen, oder anderen Orten, wovon diejenigen, denen es gelegt ist, entweder krump und lähm wer-

den oder gar sterben müssen. . . Dem Vieh und Herden zu schaden deren Besizer, ist nichts gemeineres, als daß sie solche bezaubern und mit ihren teuflischen Malefiz gar töten. . . Ich will nit reden noch von hundertley anderen Lebeln und Schäden, so durch die Hegen verursacht, also daß kein schändlichere Pest, kein größeres Verderben in der Welt als durch solche Hegen und Unholden geschehen. . .“

So schrieb und predigte man vor 180 Jahren; aber „schon“ im Jahre 1774 ließ der Salzburger Erzbischof Hieronymus das Verbot ergehen, Teufelsaustreibungen und Segnungen gegen die vom Teufel Besessenen, gegen Zaubereien, Gespenster und Krankheiten vorzunehmen.

Doch wir wollen darob mit dem armen Dorfpfarrer ebenso wenig rechten als mit der armseligen Bauernmagd, die, felsenfest auf das Wort ihres Seelenhirten bauend, nun ihre drei Tage abzuspiken hat. Denn das Uebel liegt tiefer — es steckt in der Art und Weise, wie der Klerus auch in unseren Tagen herangezogen wird. Hat doch zum Beispiel ein Professor der katholischen Theologie an der Würzburger Universität, Franz Adam Göpfert, in seiner „Moraltheologie“ folgende Produkte seines Geistes niedergeschrieben: „Es ist verboten, dem Teufel neugierige Fragen vorzulegen, und es wäre eine schwere Sünde, sich mit dem Satan im Falle der Besessenheit in ein langes Gespräch einzulassen; dagegen ist es wahrscheinlich nur eine läßliche Sünde, ihm auch nur die eine oder andere neugierige Frage vorzulegen.“

Wenn solche Dinge von einem Univeritätsprofessor vorgetragen werden, dann darf es uns freilich nicht wundern, wenn der Pfarrer von Unternberg auf die Frage des Richters seiner Anschauung Ausdruck gab, daß eine Verwünschung, beziehungsweise Verhezung des Viehes nicht in das Bereich der Unmöglichkeit gehöre. Wundern aber muß es uns, daß die sogenannten „freitheitlichen“ bürgerlichen Parteien den Antrag abgelehnt haben, welchen Genosse Bernerstorfer im letzten Volkshause eingebracht hatte: Aufhebung der theologischen Fakultäten an den Hochschulen. „Salzburger Wacht.“

wollen zum äußersten treiben. Es sind zahlreiche Fälle bekannt, daß Familien am Schlachthof die Abfälle zusammenkarren, um sich mit den Hunden durchzubringen. Noch schlimmer sind die Verhältnisse der Arbeiter und der Oberarbeiter daran. Genossin Deuttmayr erörterte dann die traurigen Verhältnisse. Die Witwen und Waisen ihres im Dienste früh aufgegebenen Erhalters in Noe und Glend dahinsiechen.

Freudig begrüßt, ergriff nun Genosse Gruber das Wort. Die nach ihrer Natur überaus gutmütige Bevölkerung Oesterreichs sei am Ende ihrer Geduld angelangt und rüfte endlich zu einem Kampfe, in dem es kein anderes Ziel gebe, als den Sieg über ihre Ausbeuter, Feinde und Unterdrücker. Die Feuertaube habe solche Dimensionen angenommen, daß es der Arbeiterklasse nun direkt an den Lebensnerv gehe. Dagegen müsse sie sich aufbäumen, wenn sie sich nicht selbst aller Segnungen der Kultur verlustig machen wolle. Genosse Gruber gab sodann eine eingehende Schilderung des verräterischen Verhaltens der bürgerlichen Parteien in den verschiedenen Parlamentstagen. Hoffentlich hört die Regierung auf die Arbeiterklasse und ihre Vertreter, im Innern des ganzen Staatskörpers wühle schon das Fieber der Empörung, die Regierung ist gewarnt. Die Partei aber erwartet, die gesamte Arbeiterklasse hinter sich zu finden, wenn ihr Ruf an sie ergeht. (Mauscheuder Beifall.)

Zum Schlusse referierte Genosse Weiser in einem beifällig aufgenommenen Referat über die Beschlüsse der Reichskonferenz. Die Eisenbahner- und Arbeiterklasse sehe die Gleichgültigkeit und Unbarmherzigkeit der herrschenden Klassen, die Arbeiter müssen sich daher zusammenschließen im Kampfe gegen ihre Unterdrücker. Eine geschlossene und einig organisierte Verbände ihnen den Sieg! (Lebhafter Beifall.)

Diese imposante Frauenversammlung hat die Entwicklung der Linger Frauenorganisation auf das günstigste beeinflusst. Zahlreiche Neubetritte während der Versammlung bilden den Beweis, daß auch die Frauen die Bedeutung des Klassenkampfes erfaßt haben und bereit sind, sich den Aufgaben der Organisation mit zuverlässigem Vertrauen und begeisterungsvoller Hingabe zu widmen.

Eine Kundgebung in Marburg.

Donnerstag den 7. September fand im „Kreuzhofsaal“ eine massenhaft besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in der der Delegierte der Reichskonferenz der organisierten Eisenbahner Genosse Suppan Bericht erstattete. Die Konferenz beschäftigte sich der Hauptsache nach mit den gegenwärtigen Feuertarverhältnissen, wonach es nicht nur den Eisenbahnern, sondern der gesamten arbeitenden Bevölkerung nicht mehr möglich ist, durch die in Oesterreich in höchster Blüte stehende agrarische Wucherpolitik ihr Auskommen bei den speziell österreichischen Löhnen zu finden. Die Versammlung gestaltete sich zu einer mächtigen Protestversammlung gegen die Regierung und ihre Feuertarpolitik. Es sprach ferner noch Genosse Peter Linzner, der das Treiben der verschiedenen nationalen Eisenbahnerorganisationen beleuchtete, worauf eine Resolution im Sinne der Ausführungen mit großem Beifall angenommen wurde. Die Resolution war auch gleichzeitig eine Solidaritätskundgebung der Südbahner für ihre Kollegen Staatsbahner. Sache der Regierung wird es nun sein, sich einmal, und zwar sehr bald zu einer entscheidenden Tat aufzuraffen, bevor ein Verzweiflungskampf der Eisenbahner sowie der gesamten arbeitenden und zum Hungerleiden verurteilten Bevölkerung dieses armselige Oesterreich in allen seinen ohnedies morschen Grundfesten erschüttert, Parlament und Regierung haben höchste Zeit, der Feuertaube energisch Abbruch zu tun. Die Geduld von Millionen Arbeitsmenschen hat den Höhepunkt erreicht.

Eisenbahnerversammlung in Olmütz.

Mittwoch den 6. September 1911 wurde in Olmütz-Godolein in der Hanna-Bierhalle durch den Allgemeinen Rechtsschutzverein, Ortsgruppe Olmütz, eine öffentliche Eisenbahnerversammlung einberufen, welche außergewöhnlich stark besucht war. Genosse Koranda und Genosse Leis referierten über die am 3. d. M. stattgefundene Reichskonferenz der Delegierten der Eisenbahner in Wien. Eine allgemeine Empörung verursachte die Nachricht, daß das k. k. Eisenbahnministerium samt der Regierung erklärte, die Forderungen der Eisenbahner gar nicht zu kennen, obwohl dieselben Forderungen dem Eisenbahnministerium und der Regierung durch die Personalkommissionen, Arbeiterausschüsse, Deputationen u. s. w. schon lange bekannt sind. Die Unhaltbarkeit der heutigen Feuertarverhältnisse wurde dadurch dokumentiert, daß die bei der Reichskonferenz in Wien angenommene Resolution, die für den Kampf eintritt, einstimmig für gut befunden wurde.

Schwarzach im Pongau.

Am Samstag den 9. September d. J. fand bei Herrn Mottensteiner (Sattlerwirt) in Schwarzach eine besonders gut besuchte Eisenbahnerversammlung statt. Der Unwille über die immer mehr empfindliche Lebensmittelfeuerung und die miserablen Lohnverhältnisse machen sich auch hier und nicht nur in Salzburg, Wien und dergleichen bemerkbar. Von St. Johann im Pongau hatten sich auch zahlreiche Leidensgenossen eingefunden. Auch Frauen waren anwesend, so daß der Saal bis auf das letzte Plätzchen gefüllt war. Als erster Redner brachte Genosse Mayer den Bericht von der denkwürdigen Delegiertenkonferenz in Wien, welcher mit größter Aufmerksamkeit angehört wurde. Nun hielt Genosse Hosnedl aus Salzburg ein anderthalbstündiges Referat über die gegenwärtige Situation der Eisenbahner, wobei er öfters durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen wurde, indem er wahrheitsgetreu das Vorgehen der Bahnverwaltung, der Regierung und der bürgerlichen Parteien gegenüber dem Personal schilderte. Er erwähnte die Aufbesserungen seit dem Jahre 1905, welche aber zur heutigen Lebensmittelfeuerung in keinem Verhältnis stehen, da die Lebensmittel bis jetzt teilweise um 50 bis 60 Prozent gestiegen sind. Indem er nochmals hervorhob, daß die Regierung und das Ministerium nicht mehr taube Ohren für das Personal haben sollen, da der Hunger zu viel weh tue, kam er auch zu dem Resultat, daß die Bediensteten sich sagen werden: Bis jetzt haben wir gearbeitet und gehungert, wir wollen nun einmal anders probieren! Nicht ebenwollender Beifall lohnte seine Ausführungen und in größter Kampfesstimmung wurde die auch auf der Delegiertenkonferenz angenommene Resolution einstimmig angenommen. Nach einem Schlusswort des Genossen Hosnedl und Abfindung des Liedes der Arbeit schloß der Vorlesende die denkwürdige Versammlung.

Magenfurt.

Eine sehr gut besuchte Eisenbahnerversammlung fand am Sonntag den 9. d. M. in den Restaurationsräumen der Musikfalle statt. Der Obmann der Ortsgruppe, Genosse Braz, welcher als Delegierter für Magenfurt an der Reichskonferenz der Eisenbahner teilgenommen, erstattete einen ausführlichen Bericht über die dort gefaßten Beschlüsse und verlas eine diesbezügliche Resolution sowie die aufgestellten Forderungen des Staatsbahnpersonals. In der Debatte sprachen die Genossen Rastner, Weidich, Richter, Braz und Gröger, worauf der Bericht mit Befriedigung zur Kenntnis genommen

und die Bereitwilligkeit zur Führung des energischsten Kampfes ausgesprochen wurde. Nach der Stimmung der versammelten Eisenbahner zu urteilen, ist die Erregung über die furchtbare Feuertaube und das passive Verhalten der Regierung auf's höchste gestiegen, so daß es nicht verwunderlich erscheint, wenn vielfach Stimmen auf sofortige Eröffnung des schärfsten Kampfes laut wurden.

Sigmundshergberg.

Den 8. September sprach hier in einer gut besuchten Versammlung Genosse Adolf Müller über die am 3. September stattgefundene Reichskonferenz. Auch hier kam die erregte Stimmung des Personals zu lebhaftem Ausdruck.

Eine aufgelöste Versammlung der Staatsbahner in Triest.

Am 14. d. M. fand im Arbeiterheim in Triest eine von mehr als 1000 Personen besuchte Versammlung der Bediensteten der Staatsbahn statt. Es wurde eine Resolution beschlossen, in welcher die Eisenbahner die Erfüllung ihrer schon vor langer Zeit gestellten Forderungen auf eine 25prozentige Erhöhung der Wohnungszulage, eine 20prozentige Erhöhung der Löhnung und schließlich die unbefristete Einfuhr argentinischen Fleisches sowie die Aufhebung jeder Grenzsperrung verlangen. Während der Rede des Referenten wurde die Versammlung immer stürmischer, so daß der Regierungsvorsteher sich genötigt sah, die Versammlung aufzulösen.

Eine Kundgebung des Wiener Zugbegleitungspersonals.

Vor der Reichskonferenz, am 31. August, fand im IX. Bezirk eine Versammlung des Zugbegleitungspersonals statt, in der Genosse Adolf Müller referierte. Müller besprach die allerersten Reformen, deren Durchführung die Feuertarpolitik unerlässlich mache. Trotzdem wird es einer ersten Kundgebung der gesamten Eisenbahner bedürfen, um überhaupt etwas zu erreichen. Das Eisenbahnministerium lehnt alle Anträge und Forderungen, welche Geld kosten, mit dem Bemerkten, das Finanzministerium bewillige nichts, ab. Im Vorschlag des Eisenbahnministeriums für 1912 sind nicht nur keine Erhöhungen, sondern ein mehrere Millionen betragender Abbruch, hauptsächlich bei den Personalauslagen geplant. (Große Erregung, Zwischenrufe: Englisch lernen!) Redner schließt: „Wenn die Regierung an den Vorgängen auswärts nichts lernen will, die Eisenbahner lehnen dafür die Verantwortung ab.“ (Beifall.)

Innerhuber bespricht die Versuche der diversen bürgerlichen Parteien, unterstützt von jeder Regierung, die Eisenbahner zu spalten. Leider gibt es noch Kollegen, welche Vereinen angehören, wie zum Beispiel dem Verkehrsverein, deren Zeitung keinen dringenderen Wunsch hat, als daß die sozialdemokratischen Vertrauensmänner gemäßigter werden und die bei jeder Denunziation ihr „Ministerium sei stark gegen die Annahmen der sozialdemokratischen Heher“ erklären läßt.

Nigrin und Franke besprechen die schlechten Vorrückungsverhältnisse der Bremser und Kondukteure. Besonders im Wiener Staatsbahndirektionsbezirke sind dieselben schlechter als auswärts und eine große Zahl von Kollegen wird trotz der feinerzeitigen Versprechen des Ministeriums und Erlasse der eigenen Direktion von derselben nicht befehrt. Schöber erklärt: Wenn die Unternehmer und Produzenten, wenn sie von den Forderungen der Eisenbahner hören, gar so entrüstet sind, so vergleichen wir einmal, was dieselben von uns fordern. Redner erörtert ziffermäßig die fortwährende Steigerung der Lebensmittel und Wohnungen im Verhältnis zum Einkommen der Bediensteten. Er empfiehlt die Annahme folgender

Resolution:

Die am 31. August 1911 in Meschardas Restauration, IX., Rögergasse 32, in großer Zahl versammelten Zugbegleiter erklären: Die seit Jahren ununterbrochene Steigerung aller Bedarfsartikel und die jährlich wiederkehrende unerschwingliche Erhöhung der Wohnungspreise machen es dem größten Teil der Eisenbahnbediensteten trotz der fortwährenden Einschränkungen aller Bedürfnisse unmöglich, sich und ihre Familie vor dem Hunger zu schützen. Da nun trotz der bei den letzten Reichsratswahlen von fast sämtlichen Kandidaten aller Parteien abgegebenen Versprechen, für die Volkswohlfahrt einzutreten, auf Grund der Vorgänge und Bestimmungen in der letzten Tagung eine Abhilfe von seiten der Regierung und der nationalverbändlerischen Mehrheit des Parlaments nicht zu erwarten ist, sehen sich die Zugbegleiter gezwungen, im Verein mit den übrigen Bediensteten und Arbeitern eine der Feuertaube wenigstens teilweise entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge zu verlangen.

Die Versammlung beschließt daher: Die Zentralleitung des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines sowie die Leitungen aller koalitierten Vereine und die gesamten Zentralauschmittglieder der Personalkommissionen aller k. k. Staatsbahnen mögen dahin wirken, daß auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Zentralauschmittes, deren Statuten für die allernächste Zeit zu verlangen ist, nur die dringendsten Forderungen des Personals gestellt werden, und zwar:

Die Gewährung der durchwegs zweijährigen Vorrückungsfristen für sämtliche Diener der k. k. Staatsbahn und ein gerechtes, nach der Zahl der Dienstjahre zu berechnendes Ausgleichs-avancement für die älteren Diener, ferner die endliche Regelung der Fahrgebühren, der Dienstturnusse und der Ernennungen im Sinne der diesbezüglichen, wiederholt eingebrachten Anträge.

Unsere Vertreter werden beauftragt, dem k. k. Eisenbahnministerium zu erklären, daß der Hunger und das Elend unserer Familien ein längeres Zuwarten unmöglich macht und wir entschlossen sind, einen uns eventuell aufzwingenden Kampf um die Möglichkeit einer besseren Existenz mit aller Kraft zu führen.

Diese Resolution wurde mit großem Beifall einstimmig angenommen.

Komotau in Böhmen.

Am Dienstag den 12. d. M. tagte in den Saallokäten des Lagerfellers in Komotau eine Eisenbahnerversammlung. Genosse Blaha begrüßte die zahlreich erschienenen und erteilte zum ersten Punkt der Tagesordnung dem Genossen Stüh das Wort, welcher den Bericht von der in Wien abgehaltenen Reichskonferenz brachte. Die auf der Reichskonferenz angenommene Resolution wurde mit Beifall aufgenommen. Sodann gelangte stürmisch begrüßt Genosse Czernak zum Worte. Er brandmarkte in scharfen Worten das Verhalten der Regierung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, da bis jetzt von seiten derselben gegen die unverkäufte Lebensmittel- und Wohnungspolitik nichts geschehen sei.

Nachdem sich die Arbeiterklasse und das Eisenbahnpersonal von Komotau erinnern kann, hat in den geräumigen Lokalkäten des Lagerfellers eine so stark besuchte Versammlung stattgefunden. Der Saal sowie die Nebenlokä-

täten und Gallerien waren bis auf das kleinste Plätzchen besetzt. Wohl 800 Mann dürften der Versammlung beigewohnt haben, wovon circa 200 Personen nicht einmal Sitzplätze hatten. Gute 300 Personen mußten wegen Platzmangel beim Versammlungsort umkehren. Nur langsam leerte sich der Saal um 11 Uhr nachts.

Bischhofshofen.

Am Samstag den 9. d. M. fand in Herrn Haids Saal eine Eisenbahnerversammlung statt, die sehr stark besucht war und in der die Genossen Mühlberger und Spielmann über die am 3. September stattgefundene Reichskonferenz Bericht erstatteten. Die Ausführungen der beiden Redner wurden wiederholt von erregten Zwischenrufen unterbrochen. Die Stimmung im Eisenbahnerpersonal ist auch hier eine erbitterte.

Eine von Genossen Mühlberger beantragte Resolution, in der die Kampfvereinstätigkeit im Falle der Nichterfüllung der unterbreiteten Forderungen zum Ausdruck kommt, wurde einstimmig angenommen.

Leobersdorf.

Am 10. d. M. fand in Rudolf Kirnbauers Saallokäten eine große Eisenbahnerversammlung statt, die von Eisenbahnern sämtlicher Kategorien der Linien Leobersdorf-Gutenstein und Leobersdorf-Pottenstein sowie vom Personal der Südbahn zahlreich besucht war.

Genosse Swoboda sprach über die Lage der Eisenbahner, die nicht durchgeführten Zugverbindungen und die gegenwärtigen Forderungen. Unter lebhafter Zustimmung verlas Genosse Swoboda die Forderungen der Gesamteisenbahner-Schaft und die in der Delegiertenkonferenz angenommene Resolution, welche er zur einstimmigen Annahme empfahl.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, gelangte ein Antrag zur einstimmigen Annahme, in welchem gegen die von offiziöser Seite aufgestellte Behauptung, daß die gegenwärtige Bewegung nur auf Wiener Boden fuße, protestiert wird, und in welchem sich gleichzeitig die Versammelten mit der gesamten Eisenbahner-Schaft solidarisch erklären.

Diese Resolution wurde sodann mit dem Zusatzantrag einstimmig angenommen.

Beim Punkt „Eventuelles“ wurden verschiedene interne Angelegenheiten besprochen und schilderte Genosse Swoboda insbesondere die in früherer Zeit befundene Personalfreundlichkeit des Stationsvorstandes Herrn Warta, welche derselbe jetzt ganz verloren zu haben scheint, was äußerst bedauerlich ist.

Nachdem noch Genosse Swoboda das provokatorische Auftreten des Lampisten von Wittmannsdorf (Wermann Müller) energisch zurückwies, schloß der Vorsitzende Genosse Binzenz mit einem Schlusswort die sehr schöne Versammlung.

Aus dem steirischen Salzkammergut.

Aus Klachau wird uns aus Bahnarbeiterkreisen geschrieben: Man hat noch nie etwas von Klachau im steirischen Salzkammergut gehört, wo doch in dieser Gebirgsgegend die Not der Bahnarbeiter den höchsten Punkt erreicht hat. Die Wohnungen und die Lebensmittel sind hier unerschwinglich teuer, was hier auch mit dem Sommer- und Wintersport zusammenhängt. Die Lebensmittel sind vielfach höher im Preise als in der Residenzstadt Wien. Wir rufen unseren Kollegen in Wien und Umgebung zu, sie mögen an unseren Forderungen festhalten. Auch wir sind bereit, unseren Kollegen in Wien und Umgebung zur Seite zu stehen.

Weitere Versammlungen

tagten noch in Mährisch-Ostrau, Lundenburg, Prag und Brünn. In letzterer sprach Abgeordneter Genosse Tomšik unter massenhafter Beteiligung.

Die Forderungen der Staatsbahner.

Am Montag den 18. September sprachen bei dem Leiter des k. k. Eisenbahnministeriums Dr. Ritter von Köll die sozialdemokratischen Abgeordneten Tomšik und Dr. Ellenbogen vor und kündigten an, daß am Mittwoch den 20. September die Vertreter der koalitierten Eisenbahnerorganisationen empfangen werden wollen. Gleichzeitig machten sie den Leiter des Eisenbahnministeriums auf den Ernst der Situation aufmerksam. Die Deputation der Vertreter der koalitierten Vereine (Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein der Eisenbahner Oesterreichs, Lokomotivführerverein (Wien), Lokomotivführerverein (Prag), Zentralverein der Eisenbahnbeamten, Bahnmeisterverein und Kondukteurverein) hat heute am 20. September folgende Forderungen dem Eisenbahnministerium bereits überreicht:

Forderungen der Arbeiter.

- 1. Gewährung einer durchschnittlichen 20prozentigen Lohnerhöhung. Dieselbe hat sich ausnahmslos auf alle im Tagelohn oder Akkord stehenden Arbeiter, Ausschiffsbediensteten und Gepäckträger zu erstrecken; bei den im Akkord stehenden Arbeitern hat die Lohnerhöhung durch entsprechende Erhöhung der Akkordpreise voll zum Ausdruck zu kommen.
2. Schaffung einer zu verläßlichen Lohnautomat. (Siehe Beilage I.)
3. Einführung von Erholungsurlauben für die Arbeiter ohne Verdienstentgang.
4. Einführung einer Arbeitsordnung für alle Arbeiter in jedem Dienstzweige, mit welcher die Arbeitszeiten, die Bezahlung der Ueberstunden, der Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit geregelt festgesetzt werden. (Siehe Beilage II.)
5. Entschiedenere Regelung der Stabilisierung, und zwar: Ausdehnung der Stabilisierung, Erhöhung des Prozentsatzes, Aufhebung jedes Verlustes bei der Stabilisierung, Nicht-einrechnung der Uniform u. (Siehe Beilage III.)
6. Aufnahme aller Arbeiterinnen, welche mehr als die Hälfte der normalen Arbeitszeit von neun Stunden im Dienste zubringen gegen Monatspauschale. Die Gepäckträger sind in den Stand der ständigen Arbeiter einzureihen.

Forderungen der Unterbeamten und Diener.

- 1. Einführung zweijähriger Vorrückungsfristen für sämtliche Diener bis zur Endgehaltstufe. Erhöhung der Endgehaltstufe für sämtliche Diener auf 2000 Kr.
2. Gewährung entsprechend gefürzter Vorrückungsfristen für die älteren Diener, die trotz ihrer längeren Dienstzeit gegenüber jüngeren Dienern im Gehalt zurück sind, und insbesondere für die Werkstättenbediensteten, die bei der Stabilisierung in ihrem Verdienst geschädigt wurden, und zwar in folgender Weise:
a) Jedem älteren Bediensteten, dem es unter Zugrunde-

Legung der zweijährigen Vorrückungsfristen nicht möglich ist, bis zu der der Pensionierung mit vollem Höchstgehalt nötigen effektiven und anrechenbaren Dienstzeit diesen (den Höchstgehalt) zu erreichen, soll die Vorrückungsfrist in den einzelnen Gehaltsstufen so geführt werden, daß jeder der gedachten Bediensteten vor seiner auf Grund der beendeten Dienstzeit erfolgten Pensionierung den Höchstgehalt erreichen kann, was so zu interpretieren ist, daß auch alle Bediensteten jener Kategorien, die im Genusse der Anrechnung der 1/2fachen Dienstzeit stehen, innerhalb 24 Jahren ihren normierten Höchstgehalt erreichen können;

b) Es soll jeder Bedienstete, der unerschuldeterweise trotz seiner längeren Dienstzeit mit dienstjüngeren Kollegen im Gehalt gleichgestellt ist oder sich in einer niederen Gehaltsstufe befindet als dienstjüngere Kollegen, die Vorrückungsfrist in den einzelnen Gehaltsstufen so oft um je ein Jahr gekürzt erhalten, als sich bei jedem einzelnen älteren Bediensteten gegenüber einem jüngeren Bediensteten gleicher Kategorie Mehrdienstjahre ergeben, und zwar für je zwei Mehrdienstjahre je ein Jahr Kürzung der normalen Vorrückungsfrist gewährt werden;

c) Endliche Ausgleichung der Härten und Schädigungen für das gesamtbetriebliche Werkstättenpersonal im Sinne des eingebrachten Antrages. (Siehe Beilage IV.)

8. Regelung der Quartiergebühren und Wohnungsfrage, und zwar: Sicherung entsprechender Kapitalien zum Bau einer genügenden Anzahl Personalhäuser mit billigen und hygienischen Wohnungen für das Personal in allen Stationen, wo Personalhäuser gebaut werden können. Bis zur Vollendung dieser Aktion Gewährung einer 25prozentigen Quartiergebühlerhöhung an sämtliche Bedienstete und für diejenigen Bediensteten, die in Personalhäusern nicht untergebracht werden können, von diesem Zeitpunkt als definitive Quartiergebühlerhöhung zu gewähren.

4. Verbesserung der Nebenbezüge, und zwar:

a) Gewährung der Nachdienstzulage an das gesamte Nachdienst verheerende Personal (Wächter, inaktive Arbeiter), das eine solche noch nicht bezieht;

b) Verbesserung der Fahrgebührensätze für das Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal und der Prämienverbienste für das Lokomotivpersonal im Sinne der diesbezüglich bereits eingebrachten Anträge (siehe Beilage V);

c) Einführung entsprechender Dienstzulagen für das gesamte Versuchspersonal (24 Kr. monatlich), für die Werkmeister in Haupt- und Betriebswerkstätten (40 Kr. monatlich), für die Bahnrichter (800 Kr. jährlich) und für die Oberheizer (80 Kr. monatlich);

d) für die Bahnmeister und Gebäudemeister Erhöhung des Pauschalbesoldungssatzes von 40 auf 60 Kr. monatlich.

5. Erhöhung der Postennormierung in der Weise, daß:

a) allen Bediensteten, die nach dem gültigen Gehaltsschema die Anwartschaft auf die Unterbeamtenernennung haben, bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. die automatische Ernennung zum Unterbeamten gewährleistet wird;

b) daß allen Arbeitern und Ausfallsbediensteten nach der in der Prüfungsbescheidfestgesetzten Minimaldauer der Ausbildungszeit die Ernennung zu Ausfallsbediensteten, beziehungsweise die definitive Ernennung automatisch gewährleistet wird.

6. Ermöglichung der automatischen Erlangung des Unterbeamtenranges bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. für folgende Kategorien, beziehungsweise Bedienstete: Drucker, Kanztelgehilfen, Oberwerkmeister, Werkmeister, Signalkloster, Stationsaufseher, Oberverschieber, Portiere, Wagenschreiber, Bahnrichter, Manipulanten, Radmeister, Pumpenwärter, Oberheizer, Blocksignaldienner, Wächterkontrolloren.

Ferner Ermöglichung der Erlangung des Unterbeamtenranges durch Zulassung zu den Prüfungen, beziehungsweise durch Ueberstellung in die entsprechenden höheren Dienstes-kategorien für die Verschieber und Bahnrichter, Kanztel- und Stationsdiener, die Schreibarbeiten verrichten, beziehungsweise für höher qualifizierte Arbeiter verwendet werden, und für die Magazinsdiener und Ladesehnschreiber.

7. Auflassung der Gehaltsstufe von 1300 Kr. und Einführung der zweijährigen Vorrückungsfristen bis zur Endgehaltstufe für sämtliche Unterbeamten.

Erhöhung des Endgehaltes sämtlicher Unterbeamten auf 3000 Kr.

Ernennung der Werkmeister der Haupt- und Betriebswerkstätten, Maschinen-, Wagn-, Brücken-, Gebäude- und Signalmeister bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1600 Kr. zu Beamten unter Beibehaltung der früheren Vorrückungsfristen, wenn diese günstiger sein sollten und ohne jede materielle Schwächung.

8. Die laut Dienstpragmatik jedem Bediensteten zugesprochenen Erholungsurlaube sollen jedem Bediensteten ohne Rücksicht auf etwaige erwachsende Substitutionskosten gewährt werden. Krankheit, Waffenübung und sonstige Urlaube dürfen den Anspruch auf den Erholungsurlaub nicht schmälern und dürfen solche Absenzen als Erholungsurlaube nicht gerechnet werden.

9. Endliche Regelung der Dienstturnusse für alle Bediensteten im Sinne der diesbezüglich vorliegenden Anträge. (Siehe Beilage „VI“.)

10. Regelung des Strafverfahrens im Sinne der vom Zentralausschuß der Personalkommission eingebrachten Anträge. (Siehe Beilage „VII“.)

11. Endliche Erfüllung aller noch unerledigten Einreichungsforderungen des in den I. I. Staatsbahnstatus eingereichten Personals der ehemaligen Kaiser Ferdinands-Nordbahn, der böhmischen Nordbahn, der Staatsbahngesellschaft und der österreichischen Nordwestbahn und Südnorddeutschen Verbindungsbahn. (Siehe Beilage „VIII“.)

Forderungen der Beamten, Manipulanten und Offiziantinnen.

1. Gewährung einer 25prozentigen Quartiergebühlerhöhung für sämtliche Beamte.

2. Einreichung in das derzeitige automatische Gehaltsschema auf Grund der zurückgelegten Gesamtdienstzeit.

3. Erhöhung des automatisch erreichbaren Endgehaltes von 4400 Kr. auf 4800 Kr. (ohne Beförderung in die VI. Dienstklasse). Herabsetzung der Vorrückungsfristen der VII. Dienstklasse von vier auf drei Jahre.

4. Die laut Dienstpragmatik jedem Beamten zugesprochenen Erholungsurlaube sind ohne Rücksicht auf etwaige erwachsende Substitutionskosten im nachstehenden Ausmaß zu gewähren:

Bei einer Dienstzeit bis zu 5 Jahren	14 Tage
" " " " " 10 "	21 "
" " " " " 20 "	28 "
" " " " " über 20 "	40 "

5. Verbesserung der Nebenbezüge:

a) Erhöhung der Nachdienstzulagen in allen Stationen auf 2 Kr.;

b) Einführung des Stundenakkordsatzes von 2 Kr.;

c) Vergütung der geleisteten Ueberstunden beim Exekutivdienst mit 2 Kr.

6. Gewährung einer 20prozentigen Tagelöhlerhöhung für die Manipulanten.

7. Für die Bahnoffiziantinnen ist an Stelle der orts-klassenmäßigen Zulage ein Quartiergebühren — analog den übrigen Bediensteten — festzusetzen, und zwar:

Für Wien mit einer 25prozentigen Erhöhung der bisher für Wien als orts-klassenmäßige Zulage fixierten Beträge

und für die übrigen Stationen mit 80, 70, 60 und 50 Prozent des neuen Wiener Quartiergebühles.

8. Alle jene Manipulanten der I. I. Direktion für die Linien der Staatsbahngesellschaft und I. I. Nordwestbahndirektion, welche am 1. Jänner 1911 bereits fünf Dienstjahre vollendet hatten, sind mit Rückwirkung vom 1. Jänner 1911 zu Offiziantinnen zu ernennen.

9. Erteilung des aktiven und passiven Wahlrechtes für die Wahlen in die Personalkommission unter Zuweisung an die „Sektion Beamte“.

Vertretung im Zentralausschuß durch die gewählten weiblichen Personalkommissionsmitglieder in einer zu schaffenden Sektion der weiblichen Angestellten.

10. Festsetzung desurlaubes, und zwar: Bis zu 10 Dienstjahren 14 Tage, bis zu 20 Dienstjahren 21 Tage und über 20 Dienstjahre 28 Tage.

11. Honorierung der Ueberstunden mit 2 Kr.

Forderungen des Gesamtpersonals.

Betreffs der Sozialversicherungsreform wird gefordert, daß in der Unfallversicherung der Eisenbahner durch die geplante Sozialversicherungsreform keine Verschlechterung eintrete und daß insbesondere die geplante Kürzung der Renten bei gleichzeitigem Pensionsbezug die Pauschalierung kleiner Renten, die Schädigungen durch die Zwischenteilung in der Klassifikation des Unfallgrades sowie die Schwächung des Beerdi-gungslohnanspruches unterbleiben, daß keine Folgen nach gerichtlichen Verurteilungen eintreten und daß die Krankenkassen keine finanziellen Schädigungen zugunsten der Unfallversicherungsanstalt erfahren. Es wird weiter gefordert, daß die bestehende Parität bei der Zusammenfassung des Vorstandes der Berufs-genossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt erhalten bleibe und daß die rechtliche Ausnahmestellung bezüglich des Einflusses der Bediensteten auf die Verwaltung der Betriebs-krankenkasse der I. I. Staatsbahnen aufgehoben werde.

Es wird, kurz gesagt, gefordert, daß betreffs der Unfallversicherung der Eisenbahner der gegenwärtige Rechtszustand im Sozialversicherungsgesetz beibehalten wird, für die Schiedsgerichte aber der Instanzenweg geschaffen werde.

Beilagen zu den oben angeführten Forderungen.

Beilage „I“ zu Punkt 2 der „Forderungen der Arbeiter“.

Dieselbe hat zu erfolgen im Bau- und Bahnerhaltungsdienst:

Bei Professionisten:
Fünfmal einjährlich um je 20 S., sodann zweijährlich um je 20 S.

Bei qualifizierten und geprägten Arbeitern:
Zweijährlich um je 20 S.

Bei Hilfsarbeitern:
Dreimal zweijährlich um je 20 S., sodann dreijährlich um je 20 S., bei Arbeiterinnen ebenso um je 10 S.

Im Werkstätten-, Heizhaus- und Material-depotdienst:
Für Professionisten:
Fünfmal einjährlich um je 20 S., sodann zweijährlich um je 20 S.

Für qualifizierte Hilfsarbeiter und Heizhauskohlensortierer:
Dreimal einjährlich um je 20 S., dreimal zweijährlich um je 20 S., sodann dreijährlich um je 20 S.

Für Hilfsarbeiter:
Dreimal zweijährlich um je 20 S., sodann dreijährlich um je 20 S.

Im Magazins-, Stations- und Verkehrs-dienst:
Für qualifizierte und geprägte Arbeiter:
Zweijährlich um je 20 S.

Für Arbeiter:
Dreimal zweijährlich um je 20 S., sodann dreijährlich um je 20 S.

Für Arbeiterinnen:
Dreimal zweijährlich um je 10 S., sodann dreijährlich um je 10 S.

Der Hinweis „nach Maßgabe der vorhandenen Mittel“ hat in den Lohnordnungen zu entfallen.

Beilage II zu Punkt 4 der Forderungen der Arbeiter.

a) Die Arbeitszeit in den Materialdepots, in den Werkstätten der Bau- und Bahnerhaltung und in den Imprägnierungsanstalten, in Gasanstalten, in Elektrizitätswerkstätten und in Anstalten mit jener in den Hauptwerkstätten gleichgestellt;

b) die normale tägliche Arbeitszeit für alle Arbeiter — mit Ausnahme der in den Betriebs- und Hauptwerkstätten — mit neun Stunden;

c) die Entlohnung der über die normale Arbeitszeit von neun Stunden im Dienstverhältnis zugebrachten Zeiten, in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends mit dem anderthalbfachen, in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, ferner an Sonn-, Feiert- und freien Tagen mit dem zweifachen des Taglohnes, den Turnusarbeitern, wenn mehr als die Hälfte der normalen Arbeitszeit in die Nachtzeit fällt (8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens), die Nachdienstzulage von 1 Kr. festgesetzt, die von den Turnusarbeitern über die normale Arbeitszeit im Dienstverhältnis zugebrachten Zeiten wie bei den übrigen Arbeitern entlohnt, und für Arbeiten mit mehr als gewöhnlicher Gefahr für Gesundheit, Leib oder Leben, größerer Anstrengung oder besonderer Qualifikation besondere Zulagen lohnordnungsmäßig festgesetzt werden;

d) dieselbe Arbeitszeit und dieselbe Ueberzeitentlohnung auch für die stabilisierten Arbeiter gelte;

e) unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Zugeständnisses, betreffend die Einführung des 12 1/2stündigen Dienstturnusses für die Kohlenarbeiter in allen höheren Heizhäusern, soll in den übrigen Heizhäusern, wo der obige Dienst nicht durchgeführt wird, derselbe Dienstturnus wie gegenwärtig in den Heizhäusern Wien I und II bestehend, eingeführt werden, und zwar ohne daß den Kohlenarbeitern ein Verdienstentgang erwächst, beziehungsweise ihre Lohnvorrückung, respektive deren Wirkung beeinflusst wird;

f) für Arbeiter in Tunneln die tägliche normale Arbeitszeit — vom Zeitpunkt des Abganges bis zur Ankunft am Sammelplatz außerhalb des Tunnels — gleichviel in welcher Tiefe des Tunnels gearbeitet wird, acht Stunden nicht übersteigt, desgleichen bei Arbeiten in Senkgruben, Brunnen, bei Wasserbauten und an Lehnen oder Felsen, gleichviel in welcher Höhe;

g) statt der Bezeichnung „Sandblauer“, „Hilfsarbeiter“, statt „Hilfsarbeiter“ die Bezeichnung nach der Beschäftigung „Vohrsi“, „Sobler“, „Vorarbeiter“ u. s. w. gesetzt wird;

h) die in den Arbeitsordnungen nicht Aufnahme findenden, das Dienstverhältnis betreffenden Belangen, wie Grundlöhne, Lohnautomatik, Lohnverhältnis bei Verletzungen, Lohnzuschläge für besondere Leistungen u. s. w. in möglichst einheitlichen Lohnordnungen festgesetzt werden.

Beilage III zu Punkt 5 der Forderungen der Arbeiter.

a) Regelung der Stabilisierung nach dem Grundsatz, daß die Hilfsarbeiter in der Gruppe C, die qualifizierten Hilfsarbeiter in der Gruppe B und die Professionisten in der Gruppe A, unter Beobachtung, daß der Gesamtdienst, beziehungsweise das Dreihundertfache des durchschnittlichen Tagesverdienstes, beziehungsweise das Dreihundertfache des zuletzt bezogenen Lohnes, ohne Anrechnung der Dienstkleider mit Gehalt und Quartiergebühren vollends gedeckt ist, der Stand der Stabilisierten 85 Prozent zu betragen hat, in der Gehaltsstufe von 1200 Kr. die der Gruppe C in die Gruppe B, die der Gruppe B in die Gruppe A und der Gruppe A zu den Unterbeamten eingereiht, die gegenwärtig bereits stabilisierten den vorstehenden Grundsätzen entsprechend eingereiht werden.

b) Stabilisierung aller jener Arbeiterkategorien der verstaatlichten Bahnen, die bei den I. I. Staatsbahnen stabilisiert sind, ohne Entgang am Verdienst, nach den Grundsätzen des vorstehenden Absatzes.

c) Stabilisierung der Professionisten und qualifizierten Hilfsarbeiter der übrigen Dienstzweige nach dem vorstehenden Absatz a.

Beilage IV zu Punkt 2, Absatz c der Forderungen der Unterbeamten und Diener.

Der Antrag lautet:

Jenen Stabilisierten, welche bei ihrer Stabilisierung gegenüber dem Dreihundert-, beziehungsweise Dreihundert-fünfundsechzigfachen des zuletzt bezogenen Lohnes eine Einbuße erfahren haben, ist durch Separatabancements, außerordentliche Avancements oder auch durch Kürzung der Vorrückungsfristen die Einbuße auszubringen. In gleicher Weise sind jene zu berücksichtigen, welche am 1. Jänner 1909 stabilisiert wurden und bei welchen nicht beachtet wurde, daß sie zu diesem Zeitpunkt eine Regulierung, beziehungsweise Verbesserung ihres Lohnes aus der Lohnregulierung erfahren hätten; in gleicher Weise ferner auch die, welche in gleicher Art bei den vorhergehenden Lohnregulierungen unberücksichtigt blieben.

„Beilage „V“ zu Punkt 4 b der Forderungen der Unterbeamten und Diener.“

Die Anträge lauten:

a) betreffend Fahrgebührenregelung für das Zugbegleitungspersonal:

Erhöhung der Einheitsätze für die Fahrt im Dienst und zwar:

Für die Kondukteure und Bremser bei Güterzügen von 18 auf 20 S. per Stunde;

Für die Manipulationskondukteure bei Personen- und Güterzügen von 26 auf 30 S. per Stunde.

Erhöhung der Einheitsätze für die Wartezeit auswärts (Mühe außer Hause);

Für die Zugführer und Manipulationskondukteure bei Personen- und Güterzügen von 8 auf 10 S. per Stunde.

Für die Kondukteure und Bremser bei Personen- und Güterzügen von 6 auf 8 S. per Stunde.

Begleichung der Dienststunden für Kondukteure und Bremser, eine Stunde Manipulation vor der fahrordnungsmäßigen Abfahrt bis eine halbe Stunde nach der wirklichen Ankunft. Bei der Rückkehr ebenfalls eine Stunde vor der fahrordnungsmäßigen Abfahrt bis eine halbe Stunde nach der wirklichen Ankunft als im Dienst. Pausen bis zwei Stunden sind in der auswärtigen Station als Dienststunden zu verrechnen. In jenen Stationen, wo eine längere Uebernahme- oder Uebergangszeit besteht, ist die faktische Zeit als im Dienst zu bezahlen.

Reservehalten in der Heimatstation wird mit 8 S. per Stunde für den Kondukteur und mit 10 S. für den Zugführer entlohnt.

Die Nachtstunden von 6 Uhr 1 Minute abends bis 6 Uhr 59 Minuten früh werden mit 50 Prozent Aufschlag entlohnt an Stelle einer Nachdienstzulage.

Die Schulstunden werden als Dienststunden entlohnt.

b) betreffend Fahrgebührenregelung für das Lokomotivpersonal.

2. Regelung der Entschädigung für Verschieben, Dampfhalten und die dem Verschieben verwandten Leistungen. Gewährung der Dienststunden für alle kommandierten Leistungen des Lokomotivpersonals, gleichviel ob die Leistung in oder außer der Domizilstation vollbracht wird.

Gewährung einer Entschädigung für Dampfhalten an das Lokomotivpersonal in allen jenen Fällen, in denen in einer Maschinenwechsel- (Heimat- oder End-) Station tatsächlich Dampf gehalten werden muß, sei es aus Mangel an Ueberwachungspersonal oder aus Verkehrs-, beziehungsweise technischen Rücksichten.

Die Entschädigung der Dienststunden wäre, dem Gutachten vom Jahre 1907 entsprechend, mit 8 S. per Stunde für den Führer und 4 S. für den Heizer festzusetzen.

c) betreffend Prämienregelung für das Lokomotivpersonal.

Die Kohlenprämien sollen derart geregelt werden, daß auf je 1000 reduzierte Kilometer eine feste Prämiengebühr als Minimalprämie festgesetzt wird. Die Höhe dieser Minimalprämie soll einestheils nach den Turnusgruppen, andernteils nach den Lokomotivserien und Streckenverhältnissen festgesetzt werden, dürfen aber in keinem Falle unter 50 Prozent des erzielten Fahrgebühles sinken.

Die endgültige Regelung der garantierten Prämien-sätze für je 1000 reduzierte Kilometer haben die Vertrauens-männer der einzelnen Heizhäuser im Einvernehmen mit den I. I. Staatsbahndirektionen für alle Turnusgruppen festzusetzen, wobei die Beteiligten die Pflicht haben, zwischen den Fahrgebühren, den Dienststunden und den Prämienverdienst ein gerechtes Verhältnis herzustellen, damit die außerordentlichen Differenzen bei den Nebengebühren beseitigt und ausgeglichen werden.

Beilage „VI“ zu Punkt 9 der Forderungen der Unterbeamten und Diener.

a) Magazinspersonal.

Abschaffung des 24/24stündigen Dienstturnusses in allen Magazinen und Einführung des 12 1/2stündigen Turnusses.

Einführung von mindestens zwei dienstreien Sonntagen in jedem Monat; jedoch darf eine Verschlechterung für jene nicht Platz greifen, denen bereits mehr freie Tage gewährt werden.

Einführung einer täglichen neunstündigen Arbeitszeit in den Magazinen.

Für die in den Werkstätten, Heizhäusern und Materialmagazinen beschäftigten Magazinsbediensteten sind die 6 1/2stündige wöchentliche Arbeitsdauer und der freie Samstag-nachmittag einzuführen.

Freigabe der Nachmittage in den Frachtmagazinen an den Vortagen der Ofter-, Pfingst- und Weihnachtstage.

Entschädigung für jede geleistete Ueberstunde mit 1 Kr., wobei eine angefangene Stunde als voll zu rechnen ist.

b) Drucker.

Einführung der täglichen sechsstündigen Arbeitszeit analog dem Kanzleipersonal.

Abschaffung der Ueberzeitarbeit und des Sonn- und Feiertagsdienstes. Die nur in dringenden Fällen gestatteten

Ueberstunden sind mit dem Betrag von 1 Kr. für jede Ueberstunde zu vergüten.

c) Pumpenwärter, Maschinenaufseher, Maschinenisten, Werschub- und Wagenaufsichtspersonal, Lampisten.

Unbedingte Einführung des 12/24stündigen Dienstturnusses und Gewährung dienstfreier Tage in jedem Monat.

d) Bahnrichter.

Festsetzung einer genauen Dienstverteilung und Gewährung einzelner freier Tage im Monat für die Bahnrichter.

e) Signalführer.

Festsetzung einer bestimmten täglichen Normalarbeitszeit und Entschädigung für geleistete Ueberstunden.

f) Zugsbegleitungs- und Lokomotivpersonal. Erstellung der Turnusse im Einvernehmen mit dem Personal nach folgenden Grundsätzen:

30 Prozent Dienst, 25 Prozent Ruhe auswärts und 45 Prozent Ruhezeit in der Heimat.

Zweimal im Monat ein 36stündiger Erholungsurlaub. Die Verwendung in der Reserve darf eine Ausnutzung unter 40 Prozent Ruhe in der Heimat im Durchschnitt nicht gestatten, wobei auf einen 36stündigen Erholungsurlaub im Monat Rücksicht genommen werden soll.

Die Turnuskommission ist auf die Dauer von zwei Jahren vom Personal mittels amtlicher Stimmzettel zu wählen. Die Turnusse müssen unbedingt eingehalten werden. Die Erstellung der Turnusse darf nur im Einverständnis mit den gewählten Vertrauensmännern geschehen.

Zu jeder notwendigen Aenderung der gültigen Turnusse müssen die Vertrauensmänner beigezogen werden. Regelung der Dienstzeit für das den Reservendienst versehenen Lokomotivpersonal in der Weise, daß nach einem zwölfstündigen Dienst stets eine regelmäßige 24stündige Ruhezeit eintritt.

Absetzung des 24stündigen Dienstes und Einführung einer zwölfstündigen Dienstzeit mit darauffolgender 24stündiger Ruhezeit für die Maschinenmeister und Oberheizer.

Punkt 20 der bestehenden Vorschrift über die Bemessung der Dienst- und Ruhezeiten ist zu streichen.

Die Dienstvorstände und die jeweils mit der Personal-Kommandierung betrauten Bediensteten sind unter Androhung strenger Bestrafung persönlich dafür verantwortlich zu machen, daß die Vorschrift über die Dienst- und Ruhezeiten entsprechend gehandhabt werde; die diesbezügliche Uebernachung wäre den Kasernenkontrolloren zu übertragen; ein Abgehen von der Vorschrift wäre nur im Falle des Eintretens außerordentlicher Ereignisse (Elementarereignisse, Entgleisungen u. s. w.) mit entsprechender Entschädigung für die gesteigerte Arbeitsleistung statthaft.

g) Portiere.

Völlige Abschaffung des 24/24stündigen Dienstturnusses für Portiere in allen Stationen. In Stationen mit permanentem Nachdienst wäre der 12/24stündige Dienstturnus und in allen übrigen Stationen als Uebergangsstadium der 16/24stündige Dienstturnus einzuführen.

h) Wagenschreiber.

Einführung des 12/24stündigen Dienstturnusses für alle im Turnusdienst tätigen Wagenschreiber; für alle übrigen Wagenschreiber, die nur Tagdienst versehen, sind mindestens zwei dienstfreie bezahlte Tage in jedem Monat zu gewähren.

i) Wächterpersonal.

Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Wächterpersonals in allen Versuchstationen und in den Wiener Lokalstrecken auf 12/24stündige, in allen übrigen Strecken auf 16/24stündige und schließlich in Strecken mit regelmäßiger achtstündiger Nachtruhe auf 16/16stündige Dienst- und Ruhezeit.

j) Werkstätten- und Heizhauspersonal.

Die Arbeitszeit der Arbeiter, die als Werkstättenarbeiter gelten, und Bediensteten in den Heizhäusern, Werkstätten und Heizhausexpositionen ist an Samstagen — unter Befassung einer auf das notwendige beschränkten Reserve — wie bei der Südbahn, um 12 Uhr mittags zu beenden.

k) Ranglei- und Stationsdiener.

Einführung des 12/24stündigen Dienstturnusses für alle Turnusdiener versehenen Stationsdiener, für alle übrigen Stationsdiener Einführung der 42stündigen wöchentlichen Arbeitszeit.

Für die Rangleidiener wären die gleichen Amtsstunden festzusetzen wie für das Beamtenpersonal.

l) Wagenpuffer.

Einführung des 12/24stündigen Dienstes. Gewährung von zwei 36stündigen Ruhetagen im Monat, wovon einer in jedem Monat auf einen Sonntag zu entfallen hat, für alle nicht im 12/24stündigen Dienst stehenden.

m) Sonstige Bedienstete.

Das Verlassen des Stationsortes in der dienstfreien Zeit wäre allen Unterbeamten gegen entsprechende Meldung beim Dienstvorstand zu gestatten.

Den Stationsleitern wäre das Verlassen ihres Stationsortes ohne vorheriges Ansuchen an den dienstfreien Tagen zu bewilligen.

Den Bahntechnikern in den k. k. Staatsbahndirektionen Lemberg, Krakau und Stanislaw der k. k. O. N. B. sowie aller übrigen Direktionen, wo die zwei dienstfreien Tage für die Bahntechniker noch nicht eingeführt wurden, sind monatlich zwei dienstfreie Tage zu gewähren.

Neuregelung des Dienstverteilungssystems beim Telegraphen-, Verkehrs- und kommerziellen Dienst im Einverständnis mit den Vertretern des Exekutivpersonals.

Als oberster Grundsatz habe zu gelten, daß in Stationen mit Nachdienst der Dienst nach Type I (16/16) aufzuheben ist, an dessen Stelle die Type 12/24 zu treten habe.

Von den Stationsleitern der „einfach“ besetzten Stationen dürfe keine längere Dienstleistung verlangt werden, als im Maximum täglich 14 Stunden; bei einer darüber hinausgehenden Dienstleistung ist unbedingt ein Zugeteilter (Stationsmeister) beizustellen.

Der Substitut hat so rechtzeitig einzutreffen, daß die regelmäßige Dienstübergabe noch während der Dienstzeit des Abzulösenden zu erfolgen hat.

Im rein kommerziellen Dienst ist die tägliche Dienstdauer mit acht Stunden festzusetzen.

Bis zur Neuregelung des Dienstverteilungssystems wolle das k. k. Eisenbahnministerium folgende Erleichterungen im Telegraphen-, Verkehrs- und kommerziellen Dienst einleiten lassen:

Dienstverteilung nach dem Grade der Intensität Erleichterung

1 Ununterbrochener Tag und Nachtverkehr (beständiges Wachen bleiben). 12 Stunden Dienst, 24 Stunden ununterbrochene Ruhezeit.

2 Tag- und Nachtdienst mit mindestens fünfständiger ununterbrochener Nachtruhe (1 Vorstand, 1 Zugeteilter). Einmal wöchentliche Beistellung eines Substituten auf 16 Tagesstunden, wodurch beide Diensttuende einmal wöchentlich 32 Stunden dienstfrei sind.

3 Einfach besetzte Stationen mit mehr als 14stündiger täglicher Dienstleistung (1 Vorstand). Zuweisung eines Zugeteilten (Stationsmeister) und Dienstverteilung wie Post 2.

4 Einfach besetzte Stationen mit Tagdienst bis zu 14 Stunden. Einmal wöchentliche Ablosung auf 24 Stunden. Jede vierte Ablosung hat auf einen Sonntag zu entfallen.

5 Rein kommerzieller Dienst bei täglich mehr als achtständiger Dienstleistung. Ein voller freier Werktag alle 14 Tage.

Einführung der Sonntagsruhe für Signalmeister, analog den Bahntechnikern. Einführung von mindestens zwei freien Tagen monatlich für alle Signalmeister.

Dort, wo bereits diesbezügliche Normen eingeführt sind, beziehungsweise ein diesbezüglich besserer Usus besteht, soll selbstverständlich keine Aenderung zum Schlechteren erfolgen, sondern sollen diesfalls die freien Tage für alle Bediensteten nach diesem höheren Ausmaß zur Einführung gebracht werden.

Freigabe des Samstagnachmittags für die in Werkstätten und Heizhäusern verwendeten Stanzlisten analog den Arbeitern.

Abkürzung der Dienststunden im administrativen Dienst der exekutiven Dienststellen auf sieben Stunden und Einführung der gleichlangen Arbeitszeit bei den k. k. Bahnerhaltungsektionen wie bei den k. k. Staatsbahndirektionen.

Einführung der Sonntagsruhe in den Bureaus und Magazinen.

Beilage VII zu Punkt 10 der Unterbeamten und Diener. Die Anträge lauten: 1. Unterlassen der Strafandrohungen bei Erlässen und Verordnungen seitens des k. k. Eisenbahnministeriums, der k. k. Staatsbahnen und der einzelnen Dienststellen.

2. Befehrende Einwirkung auf das Personal in erzieherischer Hinsicht. 3. Umgänglichsie Einschränkung der Verbhängung von Geldstrafen als Ordnungsstrafen.

4. Aenderung der Bestimmungen über die Straffolgen in dem Sinne, daß dieselben nur dann Anwendung finden, wenn die Disziplinar-Kammer dieselben (Verlängerung der Vorrückungsfrist um ein Jahr) abgefordert ausdrückt. Bei Stimmgleichheit soll der Antrag auf Straffolgen als abgelehnt gelten.

5. Im Disziplinarverfahren ist die Beziehung eines Nachsvertreters und eines Bediensteten der Eisenbahn als Verteidiger zu gestatten.

6. Das Eisenbahnministerium wird ersucht, die Dienstordnung unter Mitwirkung aller Sektionen des Zentralauschusses ehestens umzuändern.

Beilage VIII zu Punkt 11 der Unterbeamten und Diener der k. k. Nordbahn. 1. Einmalige Auszahlung des Uniformbetrages von 330 Kr. an die zu Beamten ernannten Unterbeamten.

2. Einhaltung des Usus betreffend die Ernennung der Stanzlisten zu Beamten. 3. Ernennung der ehemaligen Stationsaufseher, jetzigen Wagenaufseher nach vier in der Gehaltsstufe von 1200 Kr. zugebrachten Jahren zu Wagenmeistern (Unterbeamten).

4. Einreichung der Magazinsaufseher mit Telegraphenprüfung im Sinne der Einreichungsgrundsätze als Stationsmeisteramwärtter. 5. Die Einreichung ehemaliger Manipulanten ist zu überprüfen und die Angehörigen dieser Kategorien ihrer Verwendung entsprechend einzureihen.

6. Zuerkennung der Differenzzulage an die in Naturalwohnungen untergebrachten Bediensteten. 7. Einhaltung des Usus, daß Stationsleiter und Telegraphisten mit den drei für Beamten vorgeschriebenen Prüfungen in den Gehaltsstufen von 1200, 1300 und 1400 Kr. stehend, in die Gehaltsstufe von 1600 Kr. überstellt und zu Beamten ernannt werden.

k. k. Böhmisches Nordbahn. 1. Vom Zeitpunkt der Einreichung des Personals der k. k. N. B. in den Staatsbahnstatus, das ist vom 1. Jänner 1900 bis zur Einführung der verbesserten Fahrgebühre-normen für das Lokomotiv- und Zugbegleitungs-personal der k. k. N. B., soll dem Lokomotiv- und Zugbegleitungs-personal an Stelle der Minderwirkung der verbesserten Fahrgebühren eine für die genannte Zeit berechnete Quote gewährt werden, die so, wie dies auf der St. C. G. und O. N. B. geschah, dem Lokomotiv- und Zugbegleitungs-personal der k. k. N. B. für die in Betracht kommenden Mehrverdienstbeiträge nach vorherigem Einvernehmen mit den zuständigen Personalkommissionsmitgliedern als einmalige, außerordentliche Zuwendung an die beteiligten Bediensteten auszusprechen ist.

2. Allen jenen Bediensteten, die durch die Einreichung keinen unmittelbaren Vorteil hatten, soll eine einmalige Unterstützung im Betrage von 50 Kr. gewährt werden.

k. k. Nordwestbahn. 1. Einhaltung des Usus, daß Manipulanten bei Erreichung der Gehaltsstufe von 1200 Kr. zu Unterbeamten ernannt werden.

k. k. Staatseisenbahn. 1. Ausdehnung der Bestimmungen des k. k. Eisenbahnministeriums-erlasses, B. 20.425/4, vom 16. Juli 1911 auf jene Diener der St. C. G., die feinerzeit, und zwar am 1. Jänner 1907, mit 700 Kr. angestellt und im Oktober 1907 in die Gehaltsstufe von 800 Kr. übergeleitet wurden.

2. Ernennung der ehemaligen Wagenverkehrsaufseher der St. C. G. zu Offizianten. 3. Ernennung der Stationsexpedienten zu Beamten der X. Dienstklasse.

Sämtliche verstaatlichte Linien. Erfüllung der von den Altpensionisten der verstaatlichten Bahnen geforderten Erhöhung ihrer Bezüge.

Wächterpersonal sämtlicher k. k. Staatsbahnen. Endliche Gleichstellung der Montur des in die III. Dienerkategorie eingereihten Wächterpersonals mit den übrigen Dienern, und zwar sowohl in der Qualität und Quantität als auch in der Tragzeit.

Einen ausführlichen Bericht über die Vorschläge tragen wir in der nächsten Nummer unseres Blattes nach.

Teuerungsevolten in Wien.

Ein blutiger Sonntag. — Straßenkämpfe in Ottakring. — Androhung des Ständrechts.

Es war ein furchtbarer Tag, dieser Sonntag in Wien, wo die Verzweiflung ihre Arme ausstreckte und ihr drohendes Mene Tekel schrie. Blut ist in den Straßen geflossen, und die Grenzen, die die Gesetzlichkeit der Entrüstung und dem Volkszorn vorschreibt, sind überschritten worden. Niemand wird die Ereignisse vom Sonntag gutheißen oder gar eine Wiederholung dessen, was geschah, herbeiwünschen. Denn darüber brauchen wohl auch die, die in einer Millionenstadt überall zu haben sind, wo die Entrüstung zur blinden Wut entfacht, sich der Herrschaft der wägenden Vernunft entringt, keine Belehrung, daß man die Teuerung nicht beseitigt, indem man Werte zerstört und der zügellosen Gewalt freien Lauf läßt. Und deshalb ist es in dieser ersten Stunde schlecht angebracht, wenn man, wie dies die gesamte bürgerliche Tagespresse tut, heftige Betrachtungen darüber anstellt, ob die Exzesse vom Sonntag der Logik entbehren oder nicht. Und die Regierung, die im „Fremdenblatt“ die Schuld daran direkt der sozialdemokratischen Partei zuschieben möchte, wird gut daran tun, wenn sie nicht bloß mit dem Ständrecht droht, sondern sich mit einem ernstlichen Blick vom dem agrarischen Distrikt befreit, das einen Zustand über das Land gebracht hat, unter welchem Vorfälle, wie die am letzten Sonntag, möglich geworden sind.

Wochen und Monate schon dauerte die Teuerung in ihrer furchtbaren Art, und ebenso lange Zeit hindurch sind die Regierung und die herrschenden Parteien von der unter dem Volke herrschenden Gärung unterrichtet worden. Es wurde gemahnt und gewarnt, und nun, wo das Unglück, das einsichtsvolle Leute kommen sahen, da ist, ist die erste Erklärung, die man zur Hand hat, die, „daß der Mob am Sonntag in den Straßen von Wien gewütet hat“. Uns fehlt jener Scharfsinn der kapitalistischen Nachtwächterjournalistik, die auf der Straße so genau unterscheidet. Möglich, daß am Sonntag unreife Elemente die Gelegenheit benützten, um blindlings zu exzedieren, aber man vergesse nicht, daß es in Wien viele Hunderte ehrenwerter Menschen gibt, die brot- und obdachlos umherirren, und daß Tausenden von ebenso ehrenwerten Menschen die Teuerung der letzten Zeit selbst die bescheidene Ration an täglicher Nahrung derart verkleinerte, daß die Folgen der Unterernährung erst in der späteren Mortalitäts- und Morbiditätsstatistik fühlbar zum Ausdruck kommen werden. Mag sein, daß die Satten die Psyche dieser Hungerleider nicht verstehen. Aber eben deshalb ist das bloße Moralisieren ebenso unangebracht, wie der Kavalleriesäbel und das Mannlichergewehr. Blut ist ein ganz besonderer Saft, und die Herrschenden haben jetzt die Pflicht, durch rasche Maßnahmen gegen die Teuerung vorzuzugreifen, daß es nicht wieder zwecklos vergossen werde!

Die blutigen Exzesse vom Sonntag.

Nach Schluß der von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Massenversammlung im Rathause, die einen relativ ruhigen Verlauf nahm, kam es zu Exzessen, wie sie seit Jahrzehnten in Wien noch nicht gesehen wurden.

In Ottakring, Koppstraße und Klausgasse, kam es zwischen den Demonstranten und dem Militär zu ersten Zusammenstößen. Es wurden zwei Salven abgegeben, ein Arbeiter ist tot, viele andere schwer verletzt.

Das Rathaus wurde nach der Versammlung von etwa tausend Demonstranten mit Steinen bombardiert. In der Liebenberggasse und Landesgerichtsstraße wurden die Fenster-scheiben der unteren Stockwerke zertrümmert.

Am Hof, wohin die in den III. Bezirk ziehenden Demonstranten gelangten, kam es zu aufregenden Szenen. Abgeordneter Winarsky hielt dort eine Rede und bewog die Demonstranten, abzuweichen.

Die von der Versammlung kommende Menge zertrümmerte in vielen Straßen, darunter in der Josefstädterstraße, Lerchenfelderstraße, Bellaria u. s. w., die Fenster von Gebäuden und bewarf auch Wohnhäuser mit Steinen.

Die Fenster des Verwaltungsgerichtshofes, des Justizpalastes, des Heinrichshofes, vieler Cafés und Restaurants wurden von den Tumultanten zertrümmert, Tische, Stühle und sonstige Einrichtungsgegenstände demoliert.

Unter den Verwundeten befinden sich die sozialdemokratischen Abgeordneten David und Forstner.

In der Panitzgasse wurden Tramwaywaggons in Brand gesteckt, auf dem Habsburgplatz die Schule demoliert, die Bänke auf die Straße geworfen und angezündet.

Ein scharfer Polizeierlass für Ottakring.

Die Polizeidirektion hat heute folgende Kundmachung erlassen:

Durch die am Sonntag im 16. Gemeindebezirk stattgefundenen Exzesse ist die öffentliche Ruhe und Ordnung in einer das Eigentum und die persönliche Sicherheit gefährdenden Weise gestört worden. Um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sichern, Exzesse, Zusammenstöße und bedauerliche Ausschreitungen zu verhindern, ist im Interesse der beunruhigten Bevölkerung mit Ermächtigung der Statthalterei auf Grund der Verordnung vom 9. Februar 1851 und der Verordnung vom 3. April 1855 folgendes angeordnet worden:

Vom heutigen Tage, das ist vom 18. September 1911 angefangen, sind sämtliche Lote der im 16. Gemeindebezirk gelegenen Häuser um 8 Uhr abends zu sperren.

Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirst man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.

Die öffentlichen Gast- und Schankgewerbe im genannten Bezirk müssen bis längstens 9 Uhr abends von den Gästen geräumt werden und gesperrt sein.

Es wird mit Hinweis auf die §§ 281 und 282 St.-G. jedermann aufgefordert, ohne erhebliche Ursache sein Haus nicht zu verlassen, insbesondere werden die Hausväter und Familienvorstände verpflichtet, ihre Haus- und Familienmitglieder zu Hause zu behalten.

Gegen Zuwiderhandelnde werden die Bestimmungen des Strafgesetzes mit schärfster Strenge zur Anwendung gebracht.

Androhung des Standrechtes.

Die Polizeikorrespondenz Wilhelm versendet folgende Mitteilung:

Die schweren Erzeße nötigen die Behörde zu den weitestgehenden Vorkehrungen. Im Falle der Wiederholung der Erzeße wird zu den schärfsten gesetzlich zulässigen Repressivmaßnahmen geschritten werden. Es ist eventuell auch die Verhängung des Standrechtes in Aussicht genommen, um derartige Akte des Aufruhrs zu verhindern.

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Parteileitung.

Die sozialdemokratische Parteivertretung hat noch Sonntag nachts einen Aufruf erlassen, in welchem von weiteren Demonstrationen abgeraten wird, und in welchem es heißt:

Wir teilen eure Erbitterung über die Regierung, die uns Mannlichergehosse gibt statt billiger Nahrung. Aber mit der Fortsetzung der Demonstrationen in diesem Augenblick wäre niemand geholfen als der Reaktion, die darnach lechzt, die Bewegung gegen die Teuerung in einem Blutbad zu erstickten. Wir wollen nicht, daß zwecklos und nutzlos kostbare Menschenleben geopfert werden.

Die Gewerkschaften und die Teuerung.

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut, Ihr höllischen Kujone, Ihr freßt der Armen Hab und Gut, Und Fluch wird euch zum Lohne.

(Altes Weberlied.)

Die Strophen des alten Weberliedes, die Gerhart Hauptmann in seinen „Webern“ zur Charakterisierung der vormärzlichen Weberaufstände angeführt hat, sie kommen einem nunmehr unwillkürlich ins Gedächtnis. Das Gefühl ist nämlich nicht mehr loszuwerden, daß die Zustände, wie sie sich unter dem bleiernen Druck der furchtbaren Teuerung in der letzten Zeit entwickelt haben, einer Katastrophe zusteuern, wenn nicht rechtzeitig noch von den berufenen Faktoren jene Wege beschritten werden, die zu einer Vinderung und Abschwächung dieser drückenden Lasten führen. Nicht von einer vollen und durchgreifenden Beseitigung der Teuerung überhaupt soll vorerst geredet werden, denn vor der Illusion möchte man lieber die Arbeiterklasse bewahren wissen, als ob in kürzester Frist schon von einer Abschaffung der allgemeinen Teuerung überhaupt gesprochen werden könnte. Ihre Wurzeln sitzen zu tief in dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und sind so mit ihrer innersten Struktur verwachsen, daß wohl kaum, solange diese selbst besteht, ihre Ursachen so einfach und rasch beseitigt werden können.

Man hat in der letzten Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß die heutige Teuerung nicht auf Oesterreich allein beschränkt sei, da sie sich gleichfalls auch in allen anderen Ländern zeige, so daß man es mit einer internationalen Erscheinung zu tun habe. Das ist sicherlich eine Tatsache, die sowohl durch die äußeren Vorgänge in den einzelnen Staaten, wie auch durch die Marktberichte im besonderen, bewiesen wird. Die Preise der Lebensmittel weisen heute auch in England eine Höhe auf, wie sie sie bisher wohl kaum je erreicht hatten, und aus Frankreich erzählen uns die Meldungen bereits unausgesetzt von regelrechten Hungerkrawallen, bei denen die Verzweiflung einer erbitterten Menge sich in Akten blinder Zerstörungswut austobt, wo bekanntlich alle Logik aufgehört. Das alles sind nun sicherlich die stärksten Beweise dafür, daß die Teuerung in ihrer heutigen Höhe und in solchem Umfang, durch keine lokalbegrenzten Ursachen allein bewirkt wird, sondern daß sie tief in der allgemeinen fehlerhaften Organisation der kapitalistischen Produktionsweise wurzelt.

Dabei freilich darf nicht vergessen werden, daß wir, die wir das Unglück haben, in Oesterreich zu leben, unter der Teuerung doppelt so stark in Mitleidenschaft gezogen sind, weil man es hier mit Ursachen zu tun hat, die speziell auf unseren Staat beschränkt sind. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel waren bei uns immer höher als anderwärts, wo die Wirtschaftspolitik nicht bloß vom rein agrarischen Interessenstandpunkt aus geleitet wurde. Der eigentliche Hochdruck aber hat mit dem Inkrafttreten des letzten Zolltarifs eingesetzt, der bekanntlich für Vieh und agrarische Produkte stellenweise den Zollsatz um mehr als das Doppelte gegen früher hin aufsetzte, und der in dieser Form von den christlichen und nationalen Parteien des Parlaments beschlossen worden ist. Seit damals stiegen die Preise kontinuierlich, und die Erfahrungen, die man seither sammelte, sind der stärkste Beweis gegen die Behauptungen der Schutzöllner, daß angeblich die Lebensmittelpreise gar nicht wesentlich von den Zöllen beeinflusst werden. Verderblich hat

der agrarische Schutzöll für die österreichische Arbeiterklasse sowohl wie für die Mittelschichten nach zwei Richtungen gewirkt, für die alle Tatsachen aus der letzten Zeit den auffälligsten Beweis bilden. Die Unterbindung der Zufuhr an Lebensmitteln, die durch die Zölle bewirkt wurde, hat einfach für den Markt die Quellen verstopft, und damit gleichzeitig für den Zwischenhandel die Möglichkeit geschaffen, willkürlich die Preise hinaufzuschrauben, wie das ununterbrochen durch die auf solche Art begünstigten Kartelle geschieht. Unsere Zölle haben die inländischen Marktpreise einfach unabhängig von dem Weltmarktpreis gemacht, so daß sich diese fortwährend noch über dem letzteren erheben, wie das beispielsweise bei den Getreidepreisen am besten wahrzunehmen ist. Die Ausschaltung der Weltmarktpreise von der Konkurrenz, die sonst als Regulator wirken, hatten für die Konsumenten doppelte schwere Folgen. Und die andere Seite? Sie offenbart sich am besten in den immer wiederkehrenden Ausweisen über die Bilanz unserer Handelspolitik. Von Quartal zu Quartal erfahren wir von einem Passivum, das von dem Rückgang unseres industriellen Exportes Zeugnis ablegt. In dieser für die Volkswirtschaft bedenklichen Erscheinung drückt sich am deutlichsten die Tatsache aus, daß die Politik der Einfuhrbehinderung für die auswärtigen Agrarstaaten naturnotwendig dazu führte, daß diese sich in gleicher Art an den industriellen Erzeugnissen, die sie einst von uns bezogen, rächen. Und so verlor unsere Industrie das wenige, womit sie am Weltmarkt konkurrenzfähig war, während wir gleichzeitig die Kosten doppelt in unerschwinglichen Lebensmittelpreisen bezahlten.

Und was bei all dem zu der trostlosesten Prognose veranlaßt: es ist keine Aussicht, daß sich die Verhältnisse in der nächsten Zukunft zum Besseren gestalten werden. Bis zum Jahre 1917 noch sind wir durch die alten ungünstigen Handelsverträge gebunden, und unterdessen ist selbst der bescheidene Versuch, durch Einführung gefrorenen Fleisches der Fleischnot einigermaßen zu begegnen, an dem Widerstand der Regierung und der Watschlappigkeit der bürgerlichen Parteien kläglich gescheitert. Die Regierung, die sich durch den famosen Geheimvertrag des Herrn Doktor Weiskirchner Ungarn gegenüber für gebunden erachtet, und die Fleischeinfuhr nur mit der Zustimmung der ungarischen Regierung gestatten will, wird natürlich jetzt diese Zustimmung erst recht nicht erlangen, da die Wehrreform, von der wieder einmal die seit jeher so teuer bezahlte österreichische Großmacht abhängt, im ungarischen Parlament auf keinen Fall angenommen würde, wenn die agrarischen Interessen der ungarischen Schweinegrafen nicht gebührend berücksichtigt würden. So besteht also gar keine Aussicht, daß der Kurs unserer Wirtschaftspolitik für die nächste Zeit in eine andere Richtung gebracht und damit eine Vinderung in der allgemeinen Notlage geschaffen werden könnte, und man braucht kein Prophet zu sein, wenn man für den kommenden Winter ein noch stärkeres Anziehen der Preisschraube vorherseht.

Was aber bei all dem ebenso zweifellos erscheint, ist die Tatsache, daß die Tragfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung so ziemlich ihre letzte Grenze erreicht hat. In den Gewerkschaften hat man allenthalben damit zu rechnen, daß alle Lohnsteigerungen, die in den letzten Jahren erreicht wurden, nicht nur ausgeglichen, sondern von der Teuerung bereits überholt sind, eine Erscheinung, die selbst im jüngsten Berichte der Gewerbeinspektoren mit folgenden Worten festgestellt wird: „Die Verdienstverbesserung wurde allenthalben einerseits durch die kontinuierliche Verteuerung der Lebensmittel und der wichtigsten Bedarfsartikel, andererseits durch die besonders in den großen Städten fast unerschwingliche Höhe der Mietzinsparasiten, so daß die Arbeiter der Vorteile, die sich aus der da und dort gehobenen Geschäftskonjunktur oder aus eventuell oft recht mühsam errungenen Lohnerhöhungen ergeben hätten, eigentlich nicht teilhaftig werden konnten.“ Für unsere Gewerkschaften ist also daher die Teuerung vor allem ein Problem. Sie können nicht tatenlos zusehen, wie die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zusehends wieder herabgedrückt wird, weil ein solches Sinken gleichbedeutend wäre mit einem Verlust der gewonnenen Positionen. Was also tun? Es gibt Stimmen, die verneinen, es müßten Streiks, bei denen die Forderung gegen die Politik der Teuerung gerichtet sein müßte, ins Werk gesetzt werden. Aber man wird gut tun, nicht mit Schlagworten Verwirrung zu stiften. Branchenstreiks gegen die Teuerung verlieren von vornherein jede Logik, weil sie sowohl im Angriff wie in der Wirkung stark daneben treffen würden, so daß man ernsthaft darüber wohl kaum zu diskutieren braucht. Ein Massenstreik aber als politisches Aktionsmittel wächst von selbst über den Rahmen eines bloßen gewerkschaftlichen Hilfsmittels hinaus, wobei es nicht unsere Aufgabe sein soll, theoretisch seine Möglichkeit oder Durchführbarkeit hier zu untersuchen.

Was aber in dieser Bedrängnis eine unmittelbare den Gewerkschaften zugewiesene Aufgabe ist, ist die Teuerung durch eine Steigerung des Einkommens paralisieren zu helfen. Darin verpflichten wir also vollkommen der „Arbeiter-Zeitung“ bei, wenn sie in einem Artikel „Mehr Lohn!“ den Arbeitern nahelegt, ihrerseits ihre Ansprüche dem unmittelbaren Ausbeuter gegenüber geltend zu machen. Für sie ist es der einzige, praktische

und gangbare Weg, der beschritten werden kann, wenn sie nicht den ganzen Druck, den die Teuerung erzeugt hat, auf ihren Schultern allein tragen will. Und die Arbeiterklasse handelt zudem im Zustand der Notwehr, wenn sie diesen Druck dorthin weitergibt, wo ihr ein unmittelbarer Einfluß zusteht. Leicht freilich wird auch eine solche Abwehraktion nicht werden. Aber die Schwierigkeiten, die der stärkere Widerstand der Unternehmer wohl bereiten kann, können überwunden werden, durch eine intensivere Tätigkeit in der Agitation und in Organisation. Es muß neue Kraft gesammelt werden und die gewerkschaftlichen Organisationen müssen gestärkt werden, um so ohne Umwege über die Teuerung hinwegzukommen. Andere Wege dürfte es in der kapitalistischen Gesellschaft kaum geben!

Wächterelend im I. I. Direktionsbezirk Villach.

Wenn man das Wort Eisenbahnwächter hört, so denkt man unwillkürlich an Elend, Not und Unterdrückung. Das Dasein eines österreichischen Bahnwächters ist so innig mit allen diesen Begriffen verbunden, daß man sich keinen Wächter ohne Elend und Not zu denken vermag. Wenn dies schon allgemein gilt, so gilt es insbesondere für die Wächter der I. I. Staatsbahndirektion Villach. Hier hat man es förmlich darauf abgesehen, sogar das bißchen von höherer Stelle dem sprichwörtlichen Elend der Wächter eingebrachte Einsehen zu nullifizieren.

Schon bei der Regelung der Dienst- und Ruhezeiten im Jahre 1898 wurden sie in Verkennung ihres schweren, verantwortungsvollen, selbständigen Dienstes nicht mit gleichem Maß gemessen wie die anderen, sagen wir wie die niedersten anderen Kategorien, die eine 16stündige Dienstzeit mit darauf folgender 16stündiger Ruhezeit erhielten, während die Dienstzeit der Wächter, die doch während ihrer Dienstzeit die wenigsten Pausen haben, ihren Dienst ganz selbständig versehen müssen, und schließlich oft den weitesten Weg zum und vom Dienstort zurücklegen müssen, mit 16 Stunden Dienst und darauf folgender 12-, ja zumeist 8stündiger Ruhezeit bemessen wurde. Dies war schon für die Zeit vor 13 Jahren eine schwere, ja fast unmenschliche und unmögliche Dienstleistung. Fortwährend suchten daher die Wächter Verbesserungen dieser harten Diensterteilungen zu erlangen, auf alle Petitionen und Gesuche erfolgten aber nur Abweigungen, schließlich Maßregelungen und Sanktionen. Mit der Zeit ging man sogar daran, diese Dienstzeiten noch zu verschlechtern. In der Strecke Schwarzach-St. Veit-Rosenbach und St. Veit a. d. Glan-Triest hat man die 18stündige Dienstzeit mit darauf folgender nur 12stündiger Ruhezeit eingeführt, in der Strecke Tarvis-Bontafel läßt man einer angestrengten 18stündigen Dienstleistung sogar nur eine 6stündige Ruhezeit folgen, welche mörderische Diensterteilung man auch in der Strecke Villach-Tarvis einzuführen beabsichtigt.

Alle diese Diensterteilungen stehen im krassen Widerspruch mit dem Ministerialerlaß vom Februar 1898 und den in dem Amtsblatt Nr. 45 vom 15. Oktober 1908 erneuerten Vorschriften über die Dienst- und Ruhezeiten. Wir wollen die Bestimmungen dieser geduldeten Schriftstücke nicht zitieren, die Herrschaften mögen aber darin nachlesen und vielleicht stößt doch einer mit seiner Nase auf den Widerspruch und erkennt das Unrecht, das hier den Wächtern zugefügt wird. Zumindest muß er sehen, daß darin nur eine Vorschrift für eine Minimalruhezeit von 8 Stunden vorgesehen ist, daß daher Verbesserungen möglich, Verschlechterungen unerlaubt sind. Eine nur sechsstündige Ruhezeit geht unter das Mindestmaß an Ruhezeit, woraus schon das ungeheure Wohlwollen, das die Villacher Direktion den Wächtern entgegenbringt, zu erkennen ist. Weiters mußte um den im Ministerialerlaß vom Jahre 1898 unzweifelhaft und klar gewährten 24stündigen freien Tag ein langer, langer Leidensweg mit einem fast elfjährigen Krieg durchgemacht werden. Erst im Jahre 1909 hielt es die Villacher I. I. Direktion für notwendig, wieder einmal der lieben Deffentlichkeit willen, dieser und den Wächtern die Augen gründlich auszuwaschen. In ihrer bekannten Einsicht für soziale Fragen brachte sie im Amtsblatt Nr. 7, vom 10. Februar 1909 zu Papier, daß für Streckenwächter mit 16/12- und 18/12stündiger Ablösung einmal jeden Monat eine ununterbrochene freie Zeit von 36 Stunden, beginnend nach Ablauf der turnusmäßigen Ruhezeit oder besser gesagt, anschließend an diese einzutreten habe. In Wirklichkeit beginnt auch der freie Tag nach Ablauf der normalen Ruhezeit, nie erreichte er jedoch 36 Stunden, sondern im besten Fall nur 28 bis 30 Stunden. Kann denn nie etwas, ohne die Wächter zu beschwindeln, durchgeführt werden?

Die Einreihung der Wächter in die III. Dienerkategorie wäre gewiß ein großer Fortschritt gewesen, wenn sie ordentlich, vollständig und zur rechten Zeit durchgeführt worden wäre. Sie hätte, im Jahre 1898 durchgeführt, eine große soziale Tat bedeuten können und damals die Lebenslage der Wächter um bedeutendes gehoben. Die erst 1908 erfolgte Einreihung konnte aber angesichts der herrschenden und noch immer fort steigenden Teuerung nicht mehr die erhoffte Wirkung und Folge haben. Zudem werden die Wächter immer noch nur als Halbangehörige der dritten Dienerkategorie behandelt. Sie werden von der Wohlthat einer Nachdienstzulage ausgeschlossen, die allen Wächter, die noch mit 576 Kronen angestellt wurden, finden keine wie immer geartete Berücksichtigung, obwohl ihnen der Einreihungserlaß vom 5. Juli 1908, Zahl 30.000 eine solche ausdrücklich zuspricht.

Jeder Einsichtige wird gerne zugeben, daß eine Einreihung in die Gehaltsstufe der dritten Kategorie nach zurückgelegten Dienstjahren, weil zu viel Geld erforderlich, nicht erreichbar ist, aber was möglich wäre, ist eine stufenweise Berücksichtigung, so daß zum Beispiel alle Wächter bis zu fünf Dienstjahren in erster Gehaltsklasse, mit zehn Dienstjahren in zweiter, mit 15 Dienstjahren in dritter, mit 20 Dienstjahren in vierter, mit 25 Dienstjahren in fünfter Gehaltsstufe eingereiht werden

Inland.

Die Teuerungsfragen in der parlamentarischen Obmännerkonferenz.

Auf Grund der von dem Sozialdemokratischen Abgeordnetenverband an den Präsidenten Dr. Sylvester gerichteten Zuschrift, worin die sofortige Einberufung des Parlaments verlangt wird, fand am Freitag den 15. d. eine parlamentarische Obmännerkonferenz statt, in welcher darüber beraten wurde, welche Schritte seitens des Abgeordnetenhauses zu unternehmen wären, um der Fleischteuerung entgegenzutreten.

Die Beratung wurde vom Vorsitzenden Dr. Sylvester mit der Erklärung eröffnet, er habe dem allgemeinen Wunsch Rechnung getragen und die Obmännerkonferenz einberufen, damit bestimmt werden könne, daß das Parlament seine Tätigkeit baldigst wieder aufnehme, um jene Verfügungen zu treffen, die notwendig sind, um den mangelhaften Verhältnissen auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzutreten.

Namens der sozialdemokratischen Partei erklärte der Abgeordnete Seitz, es sei unzulässig, daß das Parlament nicht tags, während in der Bevölkerung die erbitterteste Stimmung über die Teuerung auf allen Gebieten herrsche. Die Agitation habe weite Kreise erfaßt und es sei zu befürchten, daß es bei Fortbestehen der bisherigen unhaltbaren Verhältnisse zum Ausbruch von Störungen der Ordnung komme, welche die Lage weiter erschweren würden. Die Klagen der Bevölkerung seien um so berechtigter, weil hinsichtlich des Verbotes der Einfuhr argentinischen Fleisches keine veterinärpolizeilichen Bedenken bestehen, was nicht nur von der österreichischen, sondern auch von der ungarischen Regierung anerkannt wurde.

In der letzten Zeit sei die Eisenbahnerbewegung dazu gekommen. Infolge der sinkenden Kaufkraft des Lohnes verlangen die öffentlichen Angestellten naturgemäß eine Erhöhung ihrer Bezüge. Selbstverständlich wird für alle Angestellten des Staates eine solche Fürsorge notwendig sein, ganz besonders aber für

die Eisenbahner.

weil die Erfüllung der bei der letzten passiven Resistenz vom Jahre 1908 von der Regierung gemachten Versprechungen heute noch ausständig sei. Die Erregung, die in diesen Kreisen herrscht, könnte von den schwersten Folgen begleitet sein. Die Eisenbahnverwaltung verschleht sich, wie man hört, durchaus nicht der Notwendigkeit einer Regelung dieser Frage, die Schwierigkeiten liegen beim Finanzministerium. Das Haus ist geradezu berufen, durch seine Willensmeinung eine Ausgleichung zwischen den verschiedenen Ressorts zu bewirken. Unsere Partei hat gegen die Einberufung der Obmännerkonferenz nichts einzuwenden. Seitdem unser Schreiben dem Präsidenten zugekommen ist, sind bereits zehn Tage verlossen. Es ist also die höchste Eile am Platze. Unsere Partei ersucht daher den Präsidenten, das Haus in den allernächsten Tagen einzuberufen. Sollte dies aus technischen Gründen durchaus nicht möglich sein, so möge die Einberufung mindestens für den 21. September erfolgen.

Nachdem noch eine Reihe von Rednern im gleichen Sinne gesprochen hatten, ergriff der Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch das Wort.

Herr v. Gautsch droht!

Ministerpräsident v. Gautsch anerkennt das Vorhandensein einer Notlage, und bezeichnet es als Ziel der Regierung im Inland selbst so viel Fleisch zu erzeugen, als wir benötigen. Wir wollen uns in gar keine Abhängigkeit eines amerikanischen Trusts begeben, und indem wir uns für die Fleischfrage interessieren, interessieren wir uns gar nicht dafür, welche Unternehmungen daran materiell interessiert sein können. Bei unseren Maßregeln bestimmt uns in erster Linie nur die Rücksicht auf die Bedürfnisse und den Notstand der Bevölkerung. Wenn, was ich außerordentlich bedaure, uns hier die ungeheure Aufregung der Bevölkerung in einer Weise geschildert wurde, daß von den schlimmsten Befürchtungen, von Revolutionen und dergleichen gesprochen wurde, so werden Sie es begreiflich finden, daß ich auch noch darüber ein Wort mir zu sagen erlaube.

Es ist sehr gut bekannt, wie gewisse Dinge arrangiert zu werden pflegen. Wir sind darüber vollkommen informiert und ich möchte bei aller Aufrechterhaltung der Auffassung, daß es sich wirklich um einen sehr ernstlichen, die Bevölkerung tief herabdrückenden, von der Regierung kraft ihrer Verantwortung schwer empfundenen Notstand handelt, doch auch ein Wort der Warnung bei diesem Anlaß aussprechen. Ich würde es ungemein bedauern, wenn zu der Notlage und zu dem Leid, welches die Bevölkerung infolge der überhöhen Preise der Lebensmittel trägt, auch noch jene Folgen in einzelnen Fällen treten würden, welche eintreten müßten, wenn die Grenzen, die durch das Gesetz und durch die öffentliche Ordnung gezogen werden, überschritten werden sollten. Leider trifft man in solchen Fällen in der Regel nicht diejenigen, die die moralischen Urheber sind, sondern meist sind es Unschuldige.

Nachdem noch die Genossen Abgeordneten Daszinski, Dr. Diamant, Bernerstorfer und Dr. Renner entsprechend geantwortet hatten, fand die Konferenz damit ihren Abschluß, daß der Präsident Dr. Sylvester erklärte, er werde die nächste Sitzung des Reichsrates für den 5. Oktober anberaumen.

Rekonstruktion des Ministeriums Gautsch. Infolge einiger Blättermeldungen soll es als sichergestellt gelten, daß das Ministerium Gautsch in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht mehr vor das Parlament treten wird. Es soll ein sogenanntes gemischtes Kabinett von Parlamentariern und Beamtenministern gebildet werden. Die diesbezüglich nötigen Besprechungen wird Gautsch schon im Laufe dieser Woche einleiten. Stürgkh und Hohenburger, die markantesten Personalifikationen des gegenwärtigen Deutschfreisinn, sollen dem Kabinett erhalten bleiben, außerdem noch der polnische Landsmannminister Jaleski, welcher aller Voransicht nach Eisenbahnminister werden dürfte. Die Tschechen dürften zwei Ministerstühle besetzen, das Unterrichts- und Handelsministerium, Stürgkh würde Minister des Innern werden. Der deutschböhmische Abgeordnete Urban wird als Finanzminister genannt. Daß diese Eintagsministerei ungeheure Summen an Staatsgeldern verschlingt, ist die wirtschaftliche Kehreite der nationalen Kapitalgieren, die immer wieder solche „neue Lagen“ schafft.

Die Heuchelei der Nationalverbändler in der Fleischfrage wird recht offenkundig durch einen Artikel, den der berüchtigte Schwäger Dr. Stözel — eine „Bierde“ des

Deutschen Nationalverbandes — im „Salzburger Volksblatt“ zum Besten gibt. Zu dem Artikel führt er aus, was die sozialdemokratischen Redner schon in der Fleischdebatte im Parlament gesagt haben: Daß die österreichische Regierung ohneweiters an Fleisch einführen könne, was ihr beliebt und die Magyaren nicht das mindeste dreinreden dürfen. So radikal spricht jetzt der Herr Dr. Stözel — aber im Parlament hat er sich zum Hausnecht der Regierung gemacht und hat gegen den Antrag des Teuerungsausschusses auf Einfuhr von Fleisch ohne Rücksicht auf Ungarn gesprochen und einen Gegenantrag eingebracht, der eine Abschwächung bedeutete und er sowie der größte Teil des Deutschen Nationalverbandes haben den Antrag des Teuerungsausschusses zur Ablehnung gebracht!! Welch freche Heuchelei also, jetzt, wo die natürliche Folge dieser Haltung eingetreten ist, radikale Worte zu machen! Fragt man sich, wie die Deutschnationalen und Merkmalen es wagen können, solche Gauklerstücke aufzuführen, dann muß man eben sagen: Diese Leute rechnen darauf, daß die große Masse der Bevölkerung, auch der Arbeiter, entweder gar nichts liest oder nur die verkümmerten und verlogenen Berichte und Artikel der Presse dieser Gaukler und daher nicht weiß, was vorgekommen ist. Würde die Arbeiterpresse die Verbreitung in der Arbeiterklasse haben, wie es nötig ist, dann wäre eine so handgreiflich freche Heuchelei nicht möglich!

Vom nationalen Kretinismus. Wie die „Deutsche Volkszeitung“ aufgeregt mitteilt, saß kürzlich eine deutsche Gesellschaft in der Bahnhofrestauration in Turnau und unterhielt sich in deutscher Sprache. Nach einer Weile sahen die Deutschen am Nachbartisch einen Teller zur Erde fliegen und krachend zerschellen. Der Kellner hatte nämlich einem tschechischen Gast, wahrscheinlich aus Versehen, einen Teller mit deutscher Aufschrift vorgelegt. Der Tscheche habe gebrüllt, er sei hier in einer tschechischen Stadt und müsse so etwas erleben.

Das zweite katastrophale Ereignis wird von der Schriftleiterpresse aus Sachsen gemeldet. Der Leitung des Zittauer Krematoriums ist man nämlich einem schmachvollen Verbrechen an der Ehre und der Ehrentätigkeit des deutschen Volkes auf die Spur gekommen. Man denke nur: Wenn die Leiche eines Tschechen verbrannt wird, wird bei der Feier jedesmal auf dem Harmonium das bekannte böhmische Volkslied „Kde domov můj“ („Wo ist mein Heimatland?“) gespielt, das sich dazu wegen seiner chorähnlichen Melodie besonders eignet. Da es in der Zeit, wo die Teuerung schon nahe an Hungerkrawalle gerückt ist, für unsere Nationalen hüben wie drüben offenbar keine größeren Sorgen gibt als solche Dinge, herrscht natürlich in der Schriftleiterpresse darüber riesige Aufregung. „Der Volksjorn“ lacht, heißt es im chauvinistischen Kischeeftil. Der alte Nestron aber würde sagen: „Des Lebens Unverstand mit Behmut zu genießen, ist Tugend und Begriff.“

Ausland.

Die Löhne der Eisenbahner Englands haben im Jahre 1910 nach den authentischen Ziffern des britischen Handelsamtes gegenüber dem Jahre 1907 eine Verminderung erfahren. Der Bericht des Handelsamtes über die „Schwankungen der Löhne und der Arbeitsstunden in 1910“ umfaßt unter anderem auch 22 Eisenbahngesellschaften, welche 90 Prozent der gesamten Eisenbahndienstleistungen Großbritanniens beschäftigen. Darnach wurden in der Erhebungswoche von den Gesellschaften folgende Lohnsummen ausbezahlt:

Erste Woche im Dezember	Zahl der Bediensteten	Lohnsumme Pfund Sterling	Durchschnittlicher wöchentlicher Lohn Schilling	Remys
1901	430.557	551.114	25	1/4
1907	478.630	618.304	25	10
1908	459.120	574.059	25	—
1909	459.444	582.782	25	4 1/2
1910	463.019	596.342	25	9

Aus diesen Ziffern ergibt sich also die unbezweifelbare Tatsache, daß der durchschnittliche Lohn der Eisenbahnbediensteten per Kopf und Woche im Jahre 1910 um 1 Pence = 10 Heller niedriger war als im Jahre 1907. Allein schon die Abnahme des Lohnes und nicht der Betrag kennzeichnen die Beuteiger der englischen Eisenbahnkapitalisten, die trotz der auch in England herrschenden Teuerung die Nachwirkungen der industriellen Krise von 1907 dazu benützen, sich auf Kosten der Bediensteten einen Extraprofit zu verschaffen.

Niedgang der englischen Eisenbahneinnahmen infolge des Streiks. Der Generalstreik in England hat trotz seiner verhältnismäßig kurzen Dauer die Einnahmen der Eisenbahnen ungünstig beeinflusst. Darüber wird aus London berichtet: Die Wirkung des Streiks auf den Eisenbahnen zeigt sich in dem Niedgang ihrer Einnahmen in der Streikwoche. Die London and Northwesternbahn hatte, in Kronen gerechnet, um nahezu 2 1/2 Millionen geringere Einnahmen. Der Ausfall bei der Great Westernbahn stellte sich auf 2 1/8, jener der North Easternbahn auf 1 1/2 Millionen.

Neuerlich drohender Generalstreik in England. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß ein neuer Generalstreik der Transportarbeiter in den Häfen des Bristolkanals zum Ausbruch kommen wird. Die Ursachen der neuen Unruhen liegen in Newport, wo eine der Reederei firmen mit der Beladung ihrer Schiffe nichtorganisierte Arbeiter betrauen will. Infolge der letzten Ausstände haben in Newport wie auch in anderen Teilen des Landes die Arbeiterorganisationen an Stärke gewonnen und die Beschäftigung von Nichtorganisierten ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Die betreffende Reederei soll bereits das Ministerium des Innern um Schutz für ihre Leute gebeten haben. Das lokale Streikkomitee entwickelt eine emsige Tätigkeit und droht, wenn irgendein Versuch gemacht werden sollte, das Schiff mit Beladen durch Polizei oder Militär bewachen zu lassen, daß sofort ein Generalstreik aller Dockarbeiter in allen Häfen des Bristolkanals proklamiert werden wird. Die Lage wird in wohlinformierten Kreisen als äußerst ernst betrachtet. Man fürchtet, daß ähnliche Unruhen wie in Liverpool ausbrechen werden, wenn die Streitigkeiten nicht gütlich beigelegt werden können. Auch die Föderation der Eisenbahnarbeiter in Newport

wären. Da hätte man sagen können, daß die schrecklichen Glendverhältnisse der Wächter wirkliche Verächtlichung und die bisher an den Wächtern begangenen Sünden Sühne gefunden hätten. So aber — am Papier ist alles recht hübsch, aber das Glend der Wächter blieb das alte.

Das die f. f. Staatsbahndirektion Willach aber noch etwas ganz Besonderes tun muß, um den Wächtern so recht klar zu machen, daß sie eigentlich noch nicht vollwertige Diener der III. Kategorie sind, ist ja selbstverständlich. Sie erreicht diesen Zweck dadurch, daß sie für die Gärten in den Advancements der alten Wächter gar keine Milderung findet. Das geht zum Beispiel im Juliadvancement deutlich hervor. Nach dem Amtsblatt Nr. 28, vom 8. Juli 1911 rückten mit 1. Juli 1911 vor:

Unterbeamte: In der Rangtour 106, außer der Rangtour 90.

Diener, ausschließlich der Wächter: In der Rangtour 525, außer der Rangtour 96.

Während für die Unterbeamten, die eine verhältnismäßig ausgiebige Gehalts- und Nebenbezugsregelung hinter sich haben, beinahe ebensoviele außertourliche als tourliche Advancements gegeben wurden, finden wir dieses Verhältnis bei den Dienern schon bedeutend verschlechtert, wahrscheinlich, weil die Diener bei den letzten Regulierungen sowieso schlecht genug abgeschnitten haben und diese Art Behandlung ihrer Schmerzen schon gewohnt sind, was zur weiteren Folge führt, daß von den Bahnwächtern in der Rangtour 173, außer der Rangtour aber keiner vorrückte. Wie könnte es einem Wächter doch auch nur einfallen, außertourlich vorzurücken, daß wäre ja ganz gegen die bisherige Tradition. Die haben doch keine Gärten zum Ausgleich, die brauchen keine Verbesserung ihrer Lage, die sind doch erst der hohen Gnade teilhaftig geworden, in die dritte Dienerkategorie eingereiht worden zu sein — und das, das war schon mehr gegeben als zu viel! Und wenn einmal doch von seiten des Eisenbahnministeriums eine Reform irgendeiner Verbesserung für die Bahnwächter im Erlahweg zur Durchführung angeordnet wird, dann versteht es der wahre Freund der Bahnwächter des Willacher Direktionsbezirk, Herr Oberinspektor Erb, immer recht gut, den Wortlaut dieses Erlasses so zu drehen und umzumogeln, daß für die Wächter nichts Gutes herauskommt.

Diese Freundlichkeit kam auch im folgenden zum Ausdruck: Als die Vertreter der Bahnwächter in den Personalkommissionsitzungen die alte Forderung stellten, daß auch sie in Bezug auf Brennstoffbezug den Stationsbediensteten gleichgestellt werden, würde ihnen erklärt, dies sei Sache des Eisenbahnministeriums, und somit wurde die Sache als abgetan betrachtet. Als aber die Wächter den Gegenbeweis durch den Erlaß Z. 62.358/9 vom 2. März 1908 erbrachten, worin angeordnet wird, daß in holzarmen Gegenden der Brennstoffbezug gegen Pauschalvergütung auch den Streckenwächtern zu bewilligen sei, und weiter hingewiesen wurde, daß die Bahnwächter der Direktionsbezirke Linz und Innsbruck schon ihr Brennmaterial gegen Pauschalvergütung beziehen, da gab es keine Ausrede mehr, aber der kluge Fuchs in Willach erklärte nur die kürzeste Strecke Tarvis-Pontafel als holzarm. Nun sollten die Bahnwächter doch wieder die Belämmerten sein, trotzdem es merkwürdig aussieht, daß alle Stationsbereiche im Direktionsbezirk Willach als holzarm angesehen werden, während alle Territorien außerhalb des Stationsbereiches — holzreich sein sollten. Für die Wächter ist es gleich, ob sie in einer holzreichen oder holzarmen Gegend roboten; das Holz ist gegenwärtig überall so teuer, daß sie es nicht bezahlen können.

Auch im Auslegen des Eisenbahnministerialerlasses Z. 11.460/19 vom 5. November 1908 zeichnet sich gerade die Willacher Direktion aus. Der Erlaß sagt klipp und klar im allgemeinen, daß bei einer leichteren Dienstabteilung den Streckenwächtern in der Nähe der Wächterhäuser 400 Meter zum Grasputzen zuzuweisen sind, das heißt ob ein, zwei oder drei Wächter bei einem Wächterhaus Dienst zu machen haben, sie können höchstens 400 Meter Fläche zum Grasputzen zugewiesen erhalten.

Was macht man im Willacher Direktionsbezirk? Man legt sich diesen Erlaß nach Belieben und je nach den Verhältnissen aus, aber immer zu ungunsten der Wächter selbst. Die Direktion legt den Erlaß dahin aus, daß jeder Wächter 400 Meter, wenn also auf einem Posten drei Wächter Dienst machen, sie jeder 400 Meter, zusammen 1200 Meter Strecke an Gras reinzuhalten haben. Im Gegenfall hierzu legen die Bahnerhaltungssektionen Friesach, Knittelfeld, Selzthal und Hieslau den Erlaß wieder so aus, daß ihre Strecke keinen dichten Verkehr habe, sie sei auch nicht hinreichend lang und der Graswuchs so spärlich, daß eine Herabsetzung auf 200 Meter nach dem Ministerialerlaß nicht notwendig ist. Die verschiedensten Auslegungen legt man sich da bei, nur nicht die richtige, und wie zur eigenen Charakterisierung, erkennt die Staatsbahndirektion unsere Auslegung im Erlaß Z. 128/III vom 23. Jänner 1911 an, worin es sich um das Schneeschamfeln handelt und von 400 Meter per Posten gesprochen wird.

Interessant ist, daß viele Bahnmeister mit unbegreiflicher Strenge darauf sehen, daß die Wächter die ihnen zum Grasreinigen zugewiesene Strecke wirklich von jedem Gras reinhalten, während sie selbst in jenen Streckenteilen, die keinem Wächter zugewiesen werden, vollständige Vernachlässigung üben.

Wahrlich, hier gäbe es noch Bände zu schreiben, aber der Raum mangel zwingt uns zum Schluß, und so wollen wir nur noch die f. f. Staatsbahndirektion aufmerksam machen, daß es einer so hohen Behörde unwürdig ist, Erlasse und Verordnungen des f. f. Eisenbahnministeriums direkt auf den Kopf zu stellen, weil es irgendeinem abnormal veranlagten Menschen in der Direktion gerade so gefällt. Die Wächter des Direktionsbezirk Willach üben genau so gewissenhaft ihre Dienstpflicht aus, als jede andere Diensteskategorie; sie sind ebenso notwendig und wichtig wie alle anderen und wollen auch nicht schlechter als diese behandelt werden. Vielleicht ändert die Staatsbahndirektion Willach doch einmal den Kurs.

Abonniert die Arbeiterpresse.

hat auf ihrer letzten Versammlung gegen die Absicht der Meidere, das betreffende Schiff durch nichtorganisierte Arbeiter verladen zu lassen, protestiert. Eine Resolution wurde angenommen, in der das Publikum und die städtischen Behörden gewarnt wurden, daß, wenn Militär und Polizeiverstärkungen herbeigerufen werden würden, ein Generalstreik unvermeidlich ist. Die Eisenbahnarbeiter verpflichteten sich, keine Streikbrecherarbeit zu unterstützen. In Burton-on-Trent ist ebenfalls beträchtlich Unruhe unter den Angestellten der Midland-Eisenbahn zu verzeichnen. Eine Resolution wurde angenommen, in der der Exekutivauschuß aufgefordert wurde, das Handelsamt von der Bestrafung der Streikenden durch die Bahngesellschaft zu benachrichtigen. Wenn keine zufriedenstellende Antwort einläuft, droht auch hier ein Generalstreik auszubrechen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wie der Linzer Professionsistenverein das Geld seiner Mitglieder verprozeßiert. Wir haben vor einiger Zeit aus Linz über die Gründung eines sogenannten Professionsistenvereines berichtet, der, um der Zersplitterung unter den Eisenbahnern Vorbehalt zu leisten, von einzelnen Leuten ins Werk gesetzt wurde. Welche segensreiche Tätigkeit dieses Vereines entfaltet, hat man bisher allerdings nicht erfahren. Nun aber bekommen die paar Mitglieder, die der Verein hat, Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie die Leitung dieses Vereines leichtsinnig Prozesse führt und dabei das Geld der Mitglieder versplittert. Es handelt sich nämlich um folgendes:

Am 4. März 1911 fand in Landeck eine vom Allgemeinen Rechtschuh- und Gewerkschaftsverein einberufene Versammlung statt, welche sich mit den schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen der im Seilzuhause Landeck beschäftigten Professionsisten zu befassen hatte. Für die Zentrale wurde Genosse Sotowi aus Innsbruck entsendet.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung sprach Genosse Schmiral aus Linz, der über Einladung der dortigen Ortsgruppe ebenfalls an der Versammlung teilnahm, über die unbedingte Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses in unsere große Organisation und kritisierte hierbei das Vorgehen jeder separatistischen Organisation im allgemeinen und des Professionsistenvereines insbesondere. Trotzdem vor Schluß der Versammlung vom Vorsitzenden die Anwesenden aufgefordert wurden, etwaige Wünsche und Beschwerden vorzubringen, meldete sich niemand zum Worte.

Erst zirka 14 Tage nach der Versammlung gelangte vom Zahlstellenleiter des Professionsistenvereines in Landeck an die Zentrale ein Brief, der die Ausführungen des Genossen Schmiral in ganz anderem Sinne wiedergab und um Schutz bat, weshalb der Obmann der Zentraleitung des Professionsistenvereines in Linz die Klage gegen Genossen Schmiral in Linz anstrebte. Bei der für den 13. April 1911 einberaumten Verhandlung bat der Beschuldigte, Genosse Schmiral, um Abtretung des Klageverfahrens an das k. k. Bezirksgericht in Landeck, welchem Ansuchen der Richter auch Folge gab.

Die für den 4. Mai 1911 beim k. k. Bezirksgericht in Landeck stattgefundenen Verhandlung, bei welcher der Pro-Landek anberaumte Verhandlung, bei welcher der Pro- und Genosse Schmiral durch den Vertreter unserer Zentrale, Herrn Dr. Eduard Erler in Innsbruck, vertreten waren, mußte über Ansuchen des Beklagtenvertreters auf Einberaumung weiterer Zeugen verlagert werden.

Bei der am 27. Mai angeordneten Hauptverhandlung, bei der Kläger und Beschuldigte selbst erschienen waren, ergab sich nach einer gründlichen Einberaumung einer ganzen Reihe von Zeugen, daß der Satz „der Professionsistenverein ist ein Gaullerverein und der Obmann ist der Obergauller“ nicht gebraucht wurde, sondern daß Genosse Schmiral den Professionsistenverein lediglich einer sachlichen Kritik unterzog und auf einen Zwischenruf nur einen Nacher in diesem Verein einen politischen Gauller genannt habe. Der Vertreter des Angeklagten wies in seinem ausgezeichneten Plaidoyer auch darauf hin, daß sämtliche Zeugen der Kläger den Wortlaut verschieden wiedergegeben haben, während die Zeugen des Beklagten in viel präzisierter Form ihre Aussage machen und bei für den Angeklagten um Freispruch. Nach einer dreistündigen Dauer der Verhandlung schloß sich der Richter den Ausführungen des Vertreters des Angeklagten an und sprach den Beschuldigten von der Anklage frei.

Gegen diesen Freispruch legte der Professionsistenverein durch Dr. Greuter in Innsbruck Berufung ein und wurde die Berufungsverhandlung beim k. k. Landesgericht in Innsbruck auf den 7. September 1911 festgesetzt.

Bei der Berufungsverhandlung, bei welcher der Angeklagte wieder durch Herrn Dr. Erler, der Professionsistenverein durch Dr. Greuter vertreten waren, ergab sich abermals die Schuldlosigkeit des Angeklagten und wurde denn auch die Berufung verworfen und das erstinstanzliche Urteil bestätigt.

Natürlich hat der Professionsistenverein auch alle aufgelaufenen Kosten zu tragen, die sich auf mehr als 1000 Kr. belaufen. Eine recht nette Bescherung für die Mitglieder!

Das Eisenbahnunglück bei Ubersk. Von den beim Prager Handelsgericht eingebrachten Schadenersatzklagen der durch das Eisenbahnunglück bei Ubersk am 25. Dezember 1909 Verletzten kam es in zehn Fällen zu Ausgleichungen mit dem Eisenbahnarbeiter. Der Gesamtbetrag der durch Vergleich erfolgten Abfindungen beläuft sich auf 580.000 Kr. Ferner wurde das Endurteil in drei Rechtsstreitigkeiten gefällt, in welchen Beträge von zusammen 25.800 Kr. den Geschädigten zugesprochen wurden. Außerdem sind noch beim Prager Handelsgericht einige Streitigkeiten und auch beim Erbdimer Kreisgericht drei Prozesse anhängig.

Streiflichter.

Wie die Deutschnationalen lügen, beweist wieder einmal folgende Gerichtssaalnotiz in der „Östdeutschen Rundschau“:

„Verurteilung eines sozialdemokratischen Redakteurs. Vor dem Bezirksgericht Josefstadt fand Sonnabend die Verhandlung gegen den Redakteur der Zeitschrift „Der Südbahner“, Laurenz Jecho, wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obhut statt. Der „Südbahner“ hatte in zwei Artikeln dem Vizepräsidenten des Deutschösterreichischen Eisenbahnbeamtenvereines, Oberrevidenten Rudolf Graf, die Ausübung seiner Stellung zur Erlangung persönlicher Vorteile zum Vorwurf gemacht. Der Klage kam nicht zur Verhandlung, sondern hatte bereits vorher dem klägerischen Vertreter die Erklärung abgegeben, daß er nicht in der Lage sei, den Wahrheitsbeweis für die gemachten Anwürfe zu erbringen. Redakteur Jecho wurde zu einer Geldstrafe von 150 Kronen oder 15 Tagen Arrests sowie zur Veröffentlichung des Urteils verurteilt.“

Herr Jecho ist der sogenannte „Schriftleiter“ eines kleinen Blättchens, das der mit dem „Deutschösterreichischen

Beamtenverein“, dem „Reichsbund deutscher Eisenbahner“ und den übrigen nationalen Vereinen koalierte Schnaderlverband der Südbahner herausgibt. Daß also die Herren ihren eigenen Parteigenossen und an die Köchische hängen wollen, kennzeichnet so recht die Art ihrer Verlogenheit.

Wahlen in den Unterstützungsfonds der k. k. Nordwestbahn. Unsere Organisation hat wieder einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Für den 12. bis 14. August waren die Wahlen in den Unterstützungsfonds der O. N. W. B. ausgeschrieben und am 7. und 8. September wurde unter Zuziehung der Vertrauensmänner Alois Bede (für die Gewerkschaft) und Franz Rüllich (für Reichsbund) strukturiert. Als gewählt gingen aus der Urne hervor die Genossen: Josef Schwab (6006 Stimmen), Georg Wilmst (5606), Josef Appelfeld (5588), Josef John (5472), Josef Schuster (5546), Rudolf Sturm (5430), Ludwig Chlumetzky (5585), Franz Mezera (5593), Franz Schollot (5552), Josef Donner (5538). Die Deutschnationalen, die mit so viel Tamtam in den Kampf gezogen sind, mit der Veröffentlichung der Kandidatenliste sich geschmeut haben, weil sie ihnen selbst zu „international“ vorkam, sind mit 2525 bis 2705 Stimmen jämmerlich durchgefallen. Die „koalierten Brüder“ sind auf den deutschnationalen Sped nicht hineingefallen und gaben leere Stimmzetteln ab.

Erfreulich ist das Ergebnis des Struktinums auch schon darum, weil es erwiesen hat, daß trotz der nationalen Koalition die vereinigten Gegner nicht imstande sind, uns zu schlagen; denn in den für die Nationalen abgegebenen Stimmen befinden sich nicht nur sehr viele, die durch die Wahlmacht der nationalen Beamten, Bahn- und Stationsmeister gepreßt worden sind, sondern auch viele tschechische Stimmen.

Die Herren Nationalen müssen, wenn sie etwas erreichen wollen, ebenfalls „international“ werden. Wir können mit dem Resultat der Wahlen zufrieden sein, sie beweisen wieder, daß die Eisenbahner in ihrem überwiegenden Teil wissen, wo am besten ihre Interessen vertreten werden.

Personalmangel am k. k. Staatsbahnhof, Wien St. G. O. Der Personalmangel auf diesem Bahnhof nimmt schon Formen an, die man betriebsgefährlich nennen muß und der die regelmäßige Verkehrsabwicklung stark beeinträchtigt. Züge müssen „Brutto“ abgehen und außergewöhnliche Züge können überhaupt nicht eingeleitet werden, weil kein Personal vorhanden ist.

Die Verschiebepartien müssen oft ganze Nächte mit zwei Mann verschieben. Kommt der Oberverchieber zum Herrn diensthabenden Beamten, so bekommt er die stereotypische Antwort: „Verschieben Sie halt langsam, ich habe niemanden.“ Wenn aber durch sein angeordnetes „langsam Verschieben“ ein Zug verspätet wird, dann ist es natürlich keinen von diesen Herren recht. Daher muß von zwei Mann so viel herausgeschunden werden, als sonst drei Verschieber oft schwer zu leisten imstande sind.

Unter diesem Mangel hat am meisten das Zugbegleitungspersonal zu leiden. Es kommt gewöhnlich vor, daß diese armen Teufel fünf bis sechs, sogar elf Nächte hintereinander fahren und als Zugabe zur farg bemessenen Ruhezeit noch öfters im Tage zur Kommandierung gehen müssen.

Wenn diese Leute dann von der Strecke zu Hause kommen, wo sie schon 7 bis 8 Stunden im Dienst standen, werden sie sofort zum Verschieb kommandiert und müssen nach einer Stunde Ruhe den Dienst als Verschieber von 7 Uhr abends bis 7 Uhr früh vom neuen antreten. Erlaubt sich dann so ein ermüdeter Bremser eine Einwendung oder auf seine Ermüdung hinzuweisen, so ist die gewöhnliche Antwort: „Eine Nacht müssen sie noch machen.“ Ja, es ist schon vorgekommen, daß den Leuten gesagt wurde, sie haben den Auftrag, das Personal bis auf das Blut auszunutzen. (Wir wären neugierig, von wem der Auftrag ist. Vielleicht vom Herrn Vorstand? Von der Direktion kann er doch nicht sein.)

Die Herren Beamten haben selbstverständlich auch einen Teil Schuld an diesen Zuständen. Es ist zwar schwer, Leute zu kommandieren, wenn keine da sind, aber doch ist gerade dem Fahrpersonal immer vorzuerzählen, daß sie ohnehin nur spazieren fahren, zeigt von Gefühllosigkeit. Wehe dem Zugbegleiter, der sich vergißt und diesen Herren in seinem ermüdeten Zustand eine Antwort gibt. Da heißt es gleich: „Was? Sie verweigern den Dienst und frech sind sie auch noch? Rast werde ich sie anzeigen.“ Rad die Anzeige erfolgt. Wer da glaubt, beim Herrn Vorstand zu seinem Recht zu kommen, der irt sich. Der Herr Vorstand bringt ihm sofort bei, daß er wohl Pflichten hat, aber keine Rechte.

Bei den Güterzügen sind die Verhältnisse besonders unerträglich; überall herrscht Personalmangel. Die Zugbegleiter werden bei den Zügen aufs äußerste reduziert. Besonders erschwerend ist es bei den Stückgüterzügen 91 und 94, wo nur vier Mann verwendet werden, und zwar: der Signalmann und drei Bremser. Dieselben haben sämtliche Aus- und Zuladungen zu besorgen. Der Signalmann darf laut Vorschrift seinen Posten nicht verlassen, der zweite Mann hat die nicht plombierten Stückgüterwagen zu beaufsichtigen, so bleiben dann noch zwei Mann zur Aus- und Zuladung. Daß dieser Modus zur Verschleimung des Verkehrs nicht beiträgt, dürfte auch dem Herrn Vorstand einleuchten. Die Beigabe eines fünften Mannes ist ihm eben nicht möglich, wegen Mangel an Personal. Es müssen daher auch alle Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen werden, oder die Zugbegleiter bezahlen es mit ihrer Gesundheit. Von einer vorgeführten Ruhezeit ist nicht mehr zu reden, die gibt es schon lange nicht mehr.

Auch bei den übrigen Güterzügen ist durch die Reduzierung des fünften Mannes die Betriebssicherheit gefährdet. Nach allen diesen angeführten Uebelständen ist es selbstverständlich, daß neuangeworbene Leute (von der elenden Bezahlung nicht zu sprechen) der Bahn sofort wieder den Rücken kehren, und es dürfte sich der Ausspruch des Herrn Rüdiger Hirtle kaum bewahrheiten, als er meinte, daß er für einen Mann hundert bekommt.

Wir machen auf die Zustände in diesem Bahnhof aufmerksam, bevor es zu spät ist. Das Personal ist wirklich schuldlos, wenn bei so schauerlichen Verhältnissen etwas passiert.

Korrespondenzen.

Leoben. (k. k. Staatsbahn). Ein trauriges Ereignis hat uns einen der besten Kollegen entzogen. Am 6. September um 4 Uhr morgens wurde der Zugführer Josef Andra in der Station Inngmarkt von einer Partie rollender Wagen niedergestoßen und schwer verletzt. Derselbe wurde mit Zug 924 nach Leoben ins Spital transportiert, wo er um 2 Uhr nachmittags seinen Verletzungen erlag. Genosse Josef Andra hinterläßt eine Frau mit zwei Kindern im Alter von 12 und 13 Jahren. Das Leichenbegängnis fand am 8. September unter außergewöhnlich starker Beteiligung statt. Mehr wie 2000 Menschen hatten sich eingefunden, um dem Verunglückten das letzte Geleit zu geben. Am offenen Grabe wurde ein Trauerchor gesungen und ein ergreifender Nachruf vom Genossen Schlagler gerührt. Möge ihm die Erde leicht sein.

Zellerndorf. (O. N. W. B.). Adolf Bach, Magazins-auffeher der k. k. O. N. W. B., wurde am 4. d. M. in der Station Zellerndorf von einem Zuge überfahren und sofort

getötet. Bach war langjähriges Mitglied der Eisenbahnerorganisation, um ihn trauern seine Gattin und zwei kleine Kinder. Bach ist ein Opfer des Sparstrebens geworden, das heute auf allen Linien der k. k. Staatsbahnen angewendet wird. Sparen und wieder nur sparen, mit dem Personal, wo es nur geht, ohne Rücksicht auf die Knochen der Leute. Vielleicht sieht jetzt die k. k. Direktion ein, daß es so nicht weitergehen kann und verstärkt in dieser Station das Personal.

Das Leichenbegängnis, welches am 6. d. M. stattfand wurde zu einer imposanten Trauerkundgebung, an welcher sich sehr viele Genossen und Kollegen von der Strecke beteiligten. Es war auch gleichzeitig ein Protest gegen die Wirtschaft in dieser Station, die langsam zur Knochenmühle heranwächst. Der von der Zentrale aus Wien entsendete Vertreter hielt dem verstorbenen Genossen einen würdigen Nachruf. Ehre seinem Andenken!

Frag. Oesterreichische Nordwestbahn. (Güterbahnhof Rohansinzel). Am genannten Bahnhof besteht die denkbar größte Demoralisierung. Eingeführt und gepflegt wurden diese widerlichen Zustände durch Herrn Inspektor Nemecek und seinen Stellvertreter Dusek. Beschwerden sowie Anklagen gegen dieses jede Disziplin zerstörende System wurden einfach unterdrückt, eventuell die Beschwerdeführer schikaniert. Selbst gerichtlich gelieferte Beweise vermochten die maßgebenden Herren nicht zu gerechtem Handeln zu bewegen. Die Korruption und Protektion hatte sich ständig eingerichtet. Die Günstlinge der sogenannten „Dreieinigkei“ konnten sich alles erlauben. Jeder andere Bedienstete würde sofort mit Entlassung bestraft oder zumindest in strafgerichtliche Untersuchung gezogen worden sein, wenn er sich nur einmal so weit vergewagt hätte, einer jener Handlungen zu begehen, die bei den Günstlingen auf der Tagesordnung waren.

Die notwendige Disziplin und Ordnung war vollständig gelockert und Aufträge und Befehle wurden, wenn nicht vollständig ignoriert, so doch meist unvollständig ausgeführt. Durch den Abgang des Herrn Inspektors Nemecek in den „wohlverdienten“ Ruhestand dürfte dieses ekelerregende und instruktionswidrige Treiben dieser nichtswürdigen Individuen ein Ende gefunden haben. Das gesamte Personal wünscht und hofft, daß es dem neuen Herrn Vorstand gelingen möge, die Station von dem langjährigen Uebel und totaler Mißwirtschaft endgültig zu reinigen. Zwar wird dies keine geringe Mühe verursachen, doch wir vermuten, daß der neue Herr Vorstand sich gewiß nicht scheuen wird, einen energischen Griff in dieses Wespennest zu machen. Der Dank des gesamten Personals ist ihm in dieser Beziehung sicher.

Sigmundsherberg. Die älteren Bediensteten denken oft an jene unseligen Zeiten zurück, wo auch in unserer Station das Denunziantenwesen sich behäbig ausbreiten konnte. Gehässige Reibereien in und unter dem Personal waren an der Tagesordnung. Das ekelhafte Treiben einiger ehrloser Schufte ging soweit, daß selbst das dienstliche Verhältnis darunter zu leiden hatten. Gottlob, die Zeiten sind hinter uns und mit Abscheu denkt man jener unerquicklichen Zeiten. Gegenwärtig bemüht sich ein bekanntes Individuum unter dem Leitungspersonal, die Kollegen gegeneinander zu heizen und hinterücks zu vernabern. Glücklicherweise wurde dieser „Ehrenmann“ von Kollegen auf frischer Tat erwischt. Da wir organisierten Eisenbahner gegen jede Verheerung des Personals, insbesondere aber in dienstlicher Eigenschaft sind, so werden wir das weitere Treiben dieses Kondukteurs genau überwachen. Die Zeiten, wo man sich am Feuer der Kollegen eine Suppe heimlich kochen konnte, sind vorüber, das wollen sie sich, Herr Haberl, gefälligst merken.

Spittal-Millstättersee. Um der herrschenden Wohnungsnot und Feuerung, unter der ganz besonders Eisenbahner leiden, entgegenzuarbeiten, haben die Bahnverwaltungen Personalhäuser. Auch die Südbahn hat ein solches in Spittal-Millstättersee gebaut, nur dürfte sie dabei andere Zwecke verfolgt haben, ansonsten wäre es ja nicht erklärlich, warum ihre Wohnungen nicht billiger sind als die Privatwohnungen. Nur durch so hohen Preisen ist es zuzuschreiben, daß die Wohnung Nr. 6 im Südbahnerpersonalhaus schon über ein Jahr hindurch leer steht und Südbahnbedienstete lieber privat oder in den Personalhäusern der k. k. Staatsbahn Wohnung nehmen. Eine Verwaltung, die eine Wohnung über ein Jahr leer stehen läßt, dürfte wohl keinen Anspruch auf den Titel ökonomisch erheben, dürfen. Daß sie dabei aber noch eine miserable ist, beweist die Tatsache, daß diese seit Jahr und Tag leerstehende Wohnung vom Hausbesorger der Personalhäuser zu Unterhaltungszwecken benützt wird, die Wände mit Nägeln beschlagen und mit Kränzen behängt werden dürfen. Bis 4 Uhr früh wird oft durch Kränzen und Tanzen die Nachtruhe der Anwohner gestört; wobei sich am meisten das mit der Ueberwachung der Hausordnung betraute Organ hervorhört. Daß sich solches nur ein Mitglied des Verkehrsverbundes herausnehmen darf, ist sicher.

Zell am See. Schon einmal haben die Bahnerhaltungsarbeiter der Bahnerhaltungssektion Zell am See an die vorgelegte k. k. Staatsbahndirektion die Bitte gerichtet, man möge ihnen für den Winter eine Wärmestube errichten. Allerdings, man wäre versucht zu sagen, selbstverständlich erfolglos; Sollen denn diese Geplagten unter den Bahnarbeitern nach so schwerer Arbeit nicht einmal ihre ohnedies so armselige Pause in einem vor Sturm und Umweht, vor Schnee und Frost geschützten Raume einnehmen können? Glaubt denn eine k. k. Direktion, die Bahnerhaltungsarbeiter, die ohnedies so viel Hinunterschlucken, können gefrorene Speisen, gefrorenes Brot essen?

Nicht nur das! Von der Arbeit ermüdet, von der Kälte ganz steif, vom Schnee am ganzen Körper ganz naß und in der ganzen Station gibt es für die Bahnerhaltungsarbeiter keinen Winkel, wo sie sich auch nur einen Augenblick erholen, wärmen und trocknen können. Muß das so sein? Und immer die alten, abgebrauchten und so durchsichtigen Ausreden, wenn die Bahnverwaltung für ihre Arbeiter nichts tun will. Kein Platz, kein Geld.

Warum soll, was in anderen Sektionen möglich ist, gerade in Zell am See unmöglich sein? Es wäre für den neuen Vorstand der Bahnerhaltungssektion eine schöne Aufgabe und seine erste Pflicht, seinen Arbeitern eine Wärmestube, die ja unelugbar notwendig und unentbehrlich ist, zu verschaffen.

Zägerndorf. Wer öfter in der Station Zägerndorf dienstlich zu tun hat, dem wird es gewiß aufgefallen sein, daß einige Beamte den Stationsvorstand Herrn Inspektor Griesmann den Titel „Unser lieber Herr Papa“ taxfrei verliehen haben. Wir wollen nicht darüber streiten, inwiefern und warum einige Herren Beamte den alten Herrn mit diesem wissenden Rosenamen belegen. Diese Herren müssen es wissen. Das Personal hat durchaus keine Ursache, sich über die allzu große väterliche Fürsorge des „lieben Herrn Papa“ Griesmann zu beschweren. Wir wollen an einigen Beispielen beweisen, wie väterlich Herr Griesmann für die Bediensteten sorgt. Unter der Herrschaft Griesmanns sind Personalreduzierungen in Zägerndorf an der Tagesordnung. So wurden in letzter Zeit die Verschiebepartien so weit reduziert, daß heute ein Verschiebepartier mit einem einzigen Mann den Verschiebepartier leisten muß. Wie beim Verschieb, so wurde auch beim Verkehr reduziert. Unter Inspektor Griesmann wurden die Zugspartien bedeutend verringert, ohne jede Reduzierung der turmasnähigen Züge. Ebenso hat das gesamte Stations- und Magazinspersonal unter dem Druck des unerhörtesten Sparstrebens sehr zu leiden.

Bei den Personalreduzierungen hat auch der Platzmeister Klose viel mit beizutragen. Bei Klose ist dies begründlich. Der gute Mann verschiebt nicht und hat, weil er eben nicht arbeitet, auch nirgends eine Verantwortung zu tragen. Trotzdem glaubt Klose, daß er eine wichtige und notwendige Einrichtung verleiht.

Doch nicht überall spart Herr Griesmann mit dem Personal. Für seine privaten Arbeiten sind stets ein oder zwei Mann reserviert. Für seinen Garten hat sich der „Liebe Herr Papa“ einen gelehrten Gärtner aufgenommen, der außer dem Kartenzwischen bei Abfahrt der Personenzüge keine andere Arbeit für die Bahnverwaltung verrichtet. Am köstlichsten ist jedoch folgende Dienstkommandierung: Als Papa Griesmann mit Familie von seinem mehrwöchigen Sommerurlaub zurückkehrte, gab es große Wäsche. Die Wäsche wurde nach durchgeführter Reinigung in den öffentlichen Bahnhofanlagen zur Weiche ausgebreitet. Ein ehemaliger Unteroffizier in Eisenbahneruniform hatte den Auftrag, die Unterhosen des Herrn Papa und die Leibwäsche der gnädigen Frau Mama stamm zu bewachen und fleißig mit Wasser zu begießen. Führer, ein köstlicher Anblick. Ein ausgegebener Unteroffizier als Wäschfrau. Papa Griesmann hat eben Verständnis, denn er ist nicht umsonst Forstwart und Witzbürgermeister in Jägerndorf. Nur schade, daß die Herren Beamten ihren lieben Herrn Papa Griesmann bald verlieren werden. Das Personal wird sich über seinen Abgang zu trösten wissen.

Znaim. (Oesterreichische Nordwestbahn.) Am 1. Juli d. J. wurden die Manipulationsfondakteure der Station Znaim mit einem Turnus beglückt, wo den Manipulanten angeordnet wird, daß diese mit Zug 62 von Znaim bis Korneuburg fahren, dort auf Zug 63 übersteigen und retour nach Znaim fahren. Der Zug 62 ist fast jeden Tag derart verspätet, daß der Manipulant überhaupt nur bis Stoderau kommt. Bei Zug 63 ist wiederum in der Strecke Wien-Stoderau ein sehr großer Wagenwechsel (100 bis 150 Wagen), dazu die vielen Ausladungen, so daß der Zugführer allein mit der vielen Arbeit nicht fertig wird und ein Manipulationsfondakteur unbedingt notwendig ist.

Um dieser ständigen Salamität abzuhelfen, haben die Znaimer Manipulanten ihrem Herrn Vorstand folgende Vorschläge unterbreitet:

Der Manipulant fährt mit Zug 62 bis Wien, mit Zug 85 retour nach Znaim. Hierauf mit Zug 70 nach Wien, mit Zug 179 retour. Den nächsten Tag mit Zug 72 nach Wien und mit Zug 63 retour nach Znaim. Durch die Umstellung dieser drei Touren wäre die ganze Sache zweckmäßig erledigt. Diese Abänderung kostet der k. k. Direktion in 18 Tagen sage und schreibe 36 S. Unser Herr Vorstand hat diese Abänderung sofort dienlich in die Direktion eingepfendet, doch es sind bereits zwei Monate verfloßen und die Manipulanten hoffen noch immer auf eine Verständigung.

Ferner würde es sich empfehlen, wenn bei Erstellung des Turnus stets ein erfahrener Manipulant beigezogen würde, der eventuell bei Meinungsverschiedenheiten unter den Turnusmachern Aufklärung geben könnte. Bei den k. k. Staatsbahnen wird stets ein Bediensteter der Turnuskommission beigezogen.

Der Turnus der Znaimer Manipulanten ist derartig zusammengeschraubt, daß diese nicht einen einzigen freien Tag im Monat haben; ja, daß nicht einmal genügend freie Zeit im Monat ist, um sich ordentlich auszuschlafen. Darum verlangt diese Kategorie: Abänderung des bestehenden Turnus, Beiziehung von erfahrenen und gewissenhaften Manipulationsfondakteuren zum Fahrtturnus und alle 18 Tage einen freien Tag.

Krems an der Donau. (Seizhaus.) Wir erhalten folgende Berichtigung:

„In der Nummer 24 vom 20. August d. J. schreiben Sie unter der Rubrik „Krems an der Donau, Seizhaus“, über meine Person, daß ich ein wegen eines Sittlichkeitsverbrechens bereits abgestraftes Individuum sei. Auf Grund des § 19 des Pressegesetzes fordere ich die Aufnahme folgender Konstatierung in der nächsten, beziehungsweise zweitnächsten Nummer Ihres Organs:

Es ist un wahr, daß ich wegen eines Sittlichkeitsverbrechens bereits verurteilt bin. Wahr ist vielmehr, daß ich noch niemals, also auch nicht wegen eines Sittlichkeitsverbrechens behördlicherseits bestraft wurde.

Friedrich Kippes.“

Vözen I. Wir empfehlen unseren organisierten Genossen und Kollegen den von Vözen-Gries dorthin versetzten Kondukteur Albin Baubella mit Hinweis auf seine Vielfarbigkeit einer gebührenden Beachtung. Der jugendliche Bernegros agitiert vorläufig für den Südbahnerverband, den wir um diese Kraft wahrhaftig nicht beneiden, und trägt sich mit dem Gedanken, die Gewerkschaft sobald als möglich dem Erdboden gleich zu machen. Außer den Südbahnerverbandskollegen W.C. weint ihm vom hiesigen Personal niemand eine Träne nach.

Versammlungsberichte.

Eine gründliche Abrechnung mit den Reichsbündern.

In die moralischen Prügel, die die nationalen Eisenbahner und ihre Hilfs„truppen“ am 3. d. M. in Klagenfurt bekommen haben, werden sie noch lange denken. Sie waren in die sozialdemokratische Versammlung gekommen, um zu stänkern und die Versammlung zu sprengen. Und moralisch mindeltwech geprügelt schlichen sie schließlich von dannen.

Der Terrorismus, den reichsbünderische Beamte auf dem Klagenfurter Hauptbahnhof an ihren untergebenen Bediensteten ausübten, gab den Anlaß zur Einberufung der Versammlung, die Sonntag nachmittags bei Grömmner stattfand. Von sozialdemokratischer Seite hatten sich fast ausschließlich Eisenbahner eingefunden, in so großer Zahl, daß auch die Nebenräume besetzt waren. Von reichsbünderischer Seite war für den Besuch der Versammlung nach Kräften agitiert worden. Der Reichsbünder-Obmann Revident Neumann gab sogar eigene Flugblätter heraus, in denen er „in Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung“ alle dienstfreien Reichsbünder zu erscheinen beschwor. Aber weil ein Schnaderverein nicht viele Mitglieder auf die Füße bringen kann, wandten sich die Herren an die deutschnationalen Handelsangestellten und an den Einpinnerverein um Ausschilfe. Dennoch blieb der nationale Herrmann in verschwindender Minorität, und es zeigte sich so recht deutlich, daß alle diese nationalen Vereine zusammen gerade nur eine Handvoll Leute haben, auf die sie sich verlassen können. Dieses lächerliche Fiasko konnten auch die von auswärtig, insbesondere von Billach erschienenen nationalen Beamten nicht ausweichen. Wieviel Mühe sich die Nazi mit der Versammlung gegeben haben, sieht man schon daraus, daß sie sich eigens den Herrn Ertl, ihren Wiener Hauptling, verschrieben haben, an dessen Stelle aber Herr Sternat (reoto Sternat) erschien. Und doch war alles umsonst!

Infolge der fortgesetzten Provokationen durch die Nationalen nahm die Versammlung einen äußerst bewegten, oft stürmischen Verlauf und drohte wiederholt, im allgemeinen Ruin zu enden, so daß der Regierungsbekretär zweimal mit der Auflösung drohte. Es war ganz offenkundig, daß ihn die Nazi dazu drängen wollten, so laut und roh und provokatorisch beschimpfen sie sich. Wir lernten wieder kennen, was nationale Bildung und Seittung ist. Pfiu Teufel, darüber. So führen

sich Intelligenzler auf! So schämen die Leute aus, die sich auf ihre höhere Bildung so viel einbilden! Wenn sich das Arbeiter in einer nationalen Versammlung erlauben würden, dann würden sie einfach hinausgepebirt werden und die ganze nationale Presse wäre voll Geschrei über die Aseheit und Unbildung der Arbeiter. Die Arbeiter waren am Sonntag wirklich zu bewundern, daß sie sich ihre Versammlung von den paar Tscholl Nazi so stören ließen. Es war das letztmal. Entweder werden sich die Nazi in unseren Versammlungen anständig aufführen oder wir werden ihnen die Luft am Aadaumachen gründlich austreiben.

Schon bei der Wahl des Vorsitzenden, des Genossen Lukas, begannen sie, die sie Handelsangestellte und Postbeamte und städtische Arbeiter hereingetrieben haben, zu stänkern, weil Lukas kein Eisenbahner ist! Aber Genosse Lukas fertigte sie in seiner Eröffnungsansprache gründlich und unter lautem Hallo der Versammlung ab.

Die Versammlung, die bis 7 Uhr abends dauerte, wurde um 1/3 Uhr eröffnet. Der Eisenbahnergesangklub „Flugrad“ leitete sie mit dem kräftig vorgetragenen „Arbeitergruß“ ein. Genosse Lukas, der den Vorsitz übernahm, erinnerte an die Zeiten, in denen sich niemand um die Eisenbahner kümmerte, weil sie noch keine Stimmzettel hatten, und in denen ihre Vorkämpfer noch eingesperrt wurden auf Drängen jener bürgerlichen Parteien, die sich heute unter welchem Namen immer an die Eisenbahner heranzumachen, weil sie sie als Stimmvieh mißbrauchen wollen. Lukas kam dann auf die Verhältnisse auf dem Hauptbahnhof zu sprechen und schilderte einzelne Fälle von nationalem Terrorismus. Unter den Geißelheben seiner Ausführungen heulten die Nazi wiederholt auf, wie sie alle Redner durch fortgesetzte Zwischenrufe unterdrücken.

Genosse Dusck, der das Referat erstattete — auf der Tagesordnung stand: Sozialdemokratische oder deutsch-nationale Eisenbahnerorganisation — nahm seine Aufgabe ernst und bot streng sachliche Ausführungen mit der Ueberzeugung des Mannes, der sein ganzes Leben lang für die Verbesserung der Eisenbahnerexistenzen kämpft. Aber wie überzeugend er auch sprach und wie er auch seine Behauptungen an der Hand von Tatsachen bewies, die Nazi unterbrachen ihn dennoch mit oft unglücklich dummen oder frechen oder ganz sinnlosen Zwischenrufen. Dennoch stand die ganze Versammlung im Sinne seiner passenden Darstellung und schon dieses Referat allein sicherte ihr den Wert und den Erfolg. Gleich, als er zum Rednerpult trat, flogen ihm Zwischenrufe entgegen; er fertigte sie glänzend ab. Ein Zwischenruf, betreffend den Jägerberger: „Den können Sie sich behalten“, antwortete Dusck: „Ich kenne den Mann schon viele Jahre. Zuerst war er Christlichsozialer, dann drängte er sich an uns heran, jetzt ist er bei Ihnen. Behalten Sie sich ihn, wir sind froh, daß wir ihn los haben.“ Dann unterbrach ein Nazi den Redner wegen der tschechischen Eisenbahner. Dusck antwortete, die Reichsbünder mögen nur nicht über die Tschechen schimpfen; wenn die Tschechen nicht wären oder die Slowenen, dann hätten die Reichsbünder viele Hundert Mitglieder weniger. Das Geld von den Tschechen nehmen sie wohl nach dem Grundsatz: Non olet (es stinkt nicht), dann aber schimpfen sie über sie. Genosse Dusck bewies sodann an der Hand der Tatsachen die Haltung der Nationalen bei den verschiedenen Anträgen, die vom Sozialdemokratischen Abgeordnetenverband in Parlament gestellt wurden; nicht nur, um die Lage der Eisenbahnbediensteten, sondern auch die der übrigen Arbeiterschaft zu heben. Alle diese Anträge lehnten die Nationalen mit den Christlichsozialen und anderen reaktionären Parteien glattweg ab. Ebenfalls unterzog Redner die verräterische Haltung der Deutschnationalen in der Frage der Teuerung und die geradezu krampfhaftige Sucht, die unerwünschten Forderungen des Militarismus zu bewilligen und somit neue Lasten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung zu häufen, einer scharfen Kritik.

Genosse Dusck besprach auch die „Klassenbewußte“ Haltung des Herrn Ertl, die gerade so lange angehalten hat, als ihn die Ausbeuter in Neunkirchen zu „ihrem“ Kandidaten erhoben; er forderte die Eisenbahner auf, dem nationalen Terrorismus Trotz zu bieten und fest zusammenzuhalten; die Nationalen aber warnte er, den Vögen zu straff zu spannen, denn die Eisenbahner könnten die Geduld verlieren und den nationalen Beamten zeigen, daß man mit Amtsmißbrauch nicht auf Mitgliederfang auszugehen kann.

Als Vertreter des Reichsbundes sprach dann der Wiener Südbahndiunkt Sternat. Man erwartete von ihm, daß er den Ausführungen Duscks entgegengetreten und begründet werde, warum die nationale Eisenbahnerorganisation auf der Welt notwendig ist. Aber er versagte vollständig. Schade um das Reisegeld für ihn. Seine Ausführungen machten einen infamlich so armen Eindruck, daß man nur immer wieder staunen mußte. Dabei sprach er von all und jedem, vom ungarischen Ausgleich, von der Aenderung der Geschäftsordnung im Reichsrat und von Gausch, bei allem aber den Sozialdemokratischen Verband verleumdend. Nur die einzige wertvolle Aeußerung unterließ ihm, daß die Reichsbünder auf dem Klassenstandpunkt stehen und sich von den Sozialdemokraten nur durch das Vorantreten der Nationalität unterscheiden. (Dr. Angerer wieder bekämpfte den Klassenstandpunkt und will im Rahmen des deutschen Volkes, wie er das in der Döberingerversammlung ausgeführt, die Interessengruppe zum Ausgleich bringen. Von den Nazi hat nicht jeder ein eigenes Programm, je nach dem. Bei den Eisenbahner zieht eben nur der Klassenstandpunkt und in den Wählerversammlungen vor Wauern und Würgern nur die Bekämpfung des Klassenstandpunktes.) Als er geendet, wußte man so viel wie früher und hatte nur den Eindruck, daß ihm die große Zahl der anwesenden Sozialdemokraten die Rede verschlagen hat.

Die Verdächtigungen des Sozialdemokratischen Verbandes wies hierauf Genosse Riese energisch zurück. Riese konnte ihm sehr leicht seine Unlogik nachweisen und seine Verdächtigungen aufheben, so daß sich die Empörung der Versammlung gegen den nationalen Vorredner wandte. Riese sprach dann über die nationalen Vereine überhaupt, die nur Werkzeuge in den Händen der Unternehmer gegen die kämpfende Arbeiterschaft seien. Die nationalen Handelsangestellten haben auf dem Kaufmannstag ihren Zutritt als Dank dafür erhalten, daß sie den nationalen Herrenleuten Wahlhilfe geleistet haben; hoffentlich kommt jetzt die Erleichterung über sie. Die nationalen Vereine, die mit dem Gelde der Unternehmer aufgepappelt oder gegründet werden, können für den Arbeiter nichts leisten. Auch in Klagenfurt kommen solche Fälle vor. Mir hat der Wind Bittelbriefe eines nationalen Klagenfurter Arbeitervereines in die Hände gespielt; ich werde heute gar nichts Genaueres darüber mitteilen. Aber damit Sie mir nichts abstreiten können, wie es gewöhnlich geschieht, habe ich mir die Briefe fotografieren lassen. Nun gab es einen dramatisch-spannenden Augenblick. Hier haben Sie eine Photographie rief Riese und zeigte sie den Anwesenden. Alle Pälse reisten sich, jeder Versammlungsteilnehmer wollte sie sehen. Die nationalen Zwischenrufer waren verstummt. Nur einer rief in die Stille: Wo haben Sie die Briefe her? — Riese: Das werde ich Ihnen gerade sagen! Sie werden schon noch mehr erfahren, als Ihnen angenehm ist, aber wann ich will. Die Sache mit der Photographie machte auf die anwesenden Nazi einen sehr peinlichen Eindruck, trug aber zur Aufklärung der Versammlung über die nationalen Arbeitervereine wesentlich bei.

Dann kam der Schriftfeger Denk zu Wort, der von den Buchdruckern aus ihrer Nachbarschaft ausgeschlossen worden

war. Alle diese Elemente sammeln sich eben bei den Nazi, wie Figura bewies. Er erzählte seine Lebensgeschichte und machte dabei einen so jämmerlichen Eindruck, daß ihn alles auslachte.

Der nächste Redner Genosse Wurzer machte einige sehr treffende Bemerkungen. Alle jene, die über die Sozialdemokraten schimpfen, sagte er, sollen nur zuerst zehn Jahre lang um 2 Kr. mit der Schaufel arbeiten, dann werden sie schon zur Einsicht kommen. Wurzer stellte fest, daß von den Nationalen ein verleumderischer Zwischenruf wegen der Gelder vom Bierhofkott gefallen sei; das könne die Partei nicht ruhig hinnehmen. Diese Mitteilung setzte die Versammlung in die höchste Erregung. Es kommt zwischen den Parteigenossen und den Nationalen zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Nationalen streiten ab, daß irgendein Name eines Parteigenossen genannt wurde. Erst nach fortgesetzten Bemühungen der Vertrauensmänner gelangt es, wieder die Ruhe herzustellen, und als letzter Redner ergreift das Wort

Genosse Wahrer, der den Verleumder auffordert, vorsichtig zu sein; wir haben schon einen zu einer Woche Arrest verholken. Wahrer spricht dann wieder über die nationalen Arbeitervereine, und die Herren Nazi bekommen Wahrheiten zu hören, daß sie sich bergänglich mit Zwischenrufen zu wehren suchen. Wuchtig faust Anklage auf Anklage gegen sie nieder, und jedesmal überschütten sie den Redner mit einem wahren Wutgebeul. Aber seine Stimme überbietet siegreich ihr wildes Toben und durchdringt den ganzen Versammlungssaal. Die Nazi kommen ihm nicht aus, immer wieder bekommen sie Verböchen aufgesetzt, die sie am arbeitenden Volke begangen haben. Bis der Redner endlich mit zündenden Worten schließt, in denen er ihr arbeiterfeindliches Gehaben geißelt.

Es war fast 7 Uhr geworden, als der Vorsitzende Genosse Lukas die Versammlung schließen konnte. Er wies auf ihre Bedeutung und sagt ihr Ergebnis zusammen. Schließlich fordert er die Eisenbahner auf, treu zur Fahne der Sozialdemokratie zu stehen, auf die er ein dreimaliges Hoch ausbrachte, in das die Parteigenossen begeistert einstimmen. Dann sang noch der Eisenbahnergesangklub „Flugrad“ zwei Arbeiterchöre, mit denen die Versammlung würdig geschlossen wurde. Nur langsam leerte sich der große Saal. Unsere Parteigenossen standen noch lange in Gruppen beisammen und besprachen freudig erregt die schmähliche Abfuhr der Nazi.

Neben dem „Arbeiterwillen“ brachten auch das nationale „Graz Tagblatt“ vom 6. September und die „Freien Stimmen“ vom 4. September Berichte über diese Versammlung und wir empfehlen jenen Genossen und Kollegen, die dieser Versammlung beigewohnt haben, zu lesen, um einen Begriff von deutschnationaler Berichterstattung zu bekommen. Wenn die Beamten und Bediensteten, die Mitglieder des Reichsbundes sind, noch ein fünftes Gefühl für Ehre und Anständigkeit haben, dann müssen sie es bedauern, daß die von den Unternehmern gekauft und bezahlten Preßbanditen sie durch solche Berichterstattung in den Not gerien.

Einer Antwort hatten wir diese Schmutzfinken für nicht würdig.

Braunau am Inn. Sonntag den 27. August fand hier eine gut besuchte Versammlung der Bahnverhaltensarbeiter statt, in welcher Genosse Kieninger über die Lohnverhältnisse der Oberbauarbeiter sprach.

Aus dem Süden. In der Zeit vom 7. bis 11. August fand eine Reihe von Versammlungen, und zwar in Laibach, Triest, Wörg und Wörg statt, in welchen Genosse Dusck aus Wien und Kopač aus Triest über das Thema: „Zukünftige Aufgaben der Organisation“ sprachen; nebstdem sprach das Arbeiterauschussmitglied der Südbahn Genosse Bader in Laibach und Triest, welcher einen sehr eingehenden und sachlichen Bericht über die Tätigkeit des Arbeiterauschusses brachte. Sowohl dieser Bericht als auch die Ausführungen der beiden Referenten wurden von den in allen Versammlungen sehr zahlreich erschienenen Besuchern aufmerksam und beifällig aufgenommen.

Mariberg. Am 8. September fand hier eine Eisenbahnerversammlung statt, in welcher Genosse Potowek Bericht über die am 3. September in Wien stattgefundene Konferenz brachte. Nach ihm sprach Genosse Dusck aus Wien über die Teuerung. In einem interessanten, mit Material belegten Referat erörterte der Redner nicht nur die Ursachen der Teuerung, sondern auch die volkswirtschaftliche Haltung der Parlamentarier, besonders aber die der Nationalen und Christlichsozialen, wie nicht minder die der Regierung, die sich wieder einmal unfähig erwies, die Interessen des Volkes zu vertreten. Reichlicher Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten.

Braunau am Inn. Am 8. September fand hier eine Eisenbahnerversammlung nach § 2 R.-B. statt, welche außerordentlich zahlreich, besonders von Arbeitern, besucht war. Auch der starke Besuch der Eisenbahnerfrauen ist aufzufallen. Als Referent erschien Genosse Dusck aus Wien, welcher über die Forderungen der k. k. österreichischen Staatsbahnbediensteten und Arbeiter referierte. In einem zweistündigen, mit Beifall unterbrochenem Referat erörterte der Redner die heutige Situation und die Tätigkeit der Organisation in den Kampfjahren 1905, 1907 und 1908, welche für die Eisenbahner Erfolge gebracht haben; da nun unter der Bedienstetenschaft eine Unzufriedenheit sich breit macht, so ist es nicht der Umfang, daß von der Organisation nicht erfüllt wurde, sondern die enorme und immer mehr steigende Teuerung, die es dem Eisenbahner unmöglich macht, selbst mit seinem erhöhten Einkommen sein Auslangen zu finden. Genosse Dusck besprach sodann die Haltung der Organisationsgegner: der Deutschnationalen und Christlichsozialen in den verschiedenen Eisenbahnerfragen im Parlament, wie er auch das volkswirtschaftliche Wirken dieser Parteien in Fragen der Teuerung einer besonders scharfen Kritik unterzog. Er forderte zum Schluß seiner Ausführungen die anwesenden Eisenbahner auf, fest und treu zur Fahne der Organisation zu halten, da nur durch diese die ersehnte Besserung aus den trüben Verhältnissen herbeigeführt werden kann. Redner richtete auch an die anwesenden Frauen einen warmen Appell, ihre Männer in ihren Organisationsbestrebungen zu unterstützen. Genosse Kieninger sprach ebenfalls über die Notwendigkeit der Organisation und forderte die Anwesenden zur fleißigen Mitarbeit auf.

Aus den Organisationen.

Oberberg. Bei der am 5. September 1911 stattgefundenen Generalversammlung wurde folgender Ausschuss gewählt: Rudolf Lindosky, Wächterkontrollor, Obmann; Karl König, Kondukteur, Alois Febrat, Lokomotivführer, Stellvertreter; Johann Halbgebauer, Wächter, Kassier, Josef Bayer, Wächterkontrollor, Stellvertreter; Theodor Choremva, Wächter, Subkassier; Heinrich Pollner, Wächter, Bibliothekar; Rudolf Fischer, Lokomotivführer, Schriftführer, Karl Polzer, Stationskassier, Stellvertreter; Anton Demel, Lokomotivführer, und Alois Pettekmann, Verschubkassier, Kontrollor. Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Rudolf Lindosky, Wächterkontrollor, Strecegon 198, Oberberg 1, in Gelbangelegenheiten an Genossen Johann Halbgebauer, Wächter, Oberberg 1, Kublithgasse, zu senden. Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß ab 15. September 1911 das Vereinslokal im Gasthaus des Herrn Strelitzer (Wella) sich befindet. Die Vereinsabende sind, wie bisher, jeden Dienstag um 8 Uhr abends, woselbst Einzählungen sowie Ausgabe der Bibliotheksbücher stattfinden. Die Mitglieder sowie die neu vereinten Mit-

gleicher am Außenbahnhof werden ersucht, in ihren dienstfreien Tagen die Vereinsabende besser zu besuchen und sich um die Ortsgruppe mehr zu kümmern.

Widwig. Bei der am 10. September 1911 abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Vorstandsmitglieder gewählt: Josef Agert, Obmann; Josef Hammer, Stellvertreter; August Gzech, Schriftführer; Josef Schmidt, Stellvertreter; Josef Jil, Kassier, Hermann Fuchs, Franz Grund, Subkassier; Wenzel Hammer, Johann Siegl, Revisoren; Johann Richter, Alois Schmidt, Ausschüsse; Max Chaloupta, Bibliothekar. Alle Zuschriften in Vereinsachen sind zu richten an Josef Agert, Widwig Nr. 72, in Geldangelegenheiten an Josef Jil, Widwig Nr. 55.

Literatur

Ein Ausnahmungsangebot! 31 gute im Preise tief herabgesetzte Bücher aus allen Wissenszweigen gelangen durch die Parteibuchhandlung zum Vertrieb. Wir bringen aus dem Angebot Rammangels halber nur vier Bände zur Anzeige. Die Wiener Volksbuchhandlung, VI. Gumpendorferstraße 18, sendet auf Verlangen kostenlos einen ausführlichen Prospekt aller 31 Bände.

Was liegt? Ein soziales Fragezeichen. 224 Seiten. Statt Nr. 2-88 nur 80 S. Ein geistreiches, nahezu vergriffenes Buch mit einem Vorwort von Max Nordau.

Uda. Von Franz Schamann. Ein Novellenband. 264 Seiten. Statt 4 Kr. nur 1 Kr. Schamanns Naturalismus war niemals Modefache. Solbatengeschichten, wie: „Die Nacht des Mezzanot“, „Ein Deserteur“, „Abenteuer eines Säuglings“ hatte die deutsche Literatur überhaupt nicht. Wir empfehlen diesen dem Genossen Bernerstorfer gewidmeten Band auf das Beste. Außerstehung zum Tode. Novellen von Ferdinand Stieber. 140 Seiten. Statt Kr. 2-40 nur 60 S. Vollenbet in der Form sind diese Novellen.

Was will die Zeit? Der soziale Gedanke. Zeitfähe aus den Schriften des Begründers des Sozialismus. 304 Seiten. Statt Nr. 2-16 nur 50 S. Ein von Eduard Bernstein herausgegebenes Brevier aus den Schriften von Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle, Proudhon, Owen und anderen.

Da ein Teil der angezeigten Bände nur in geringer Anzahl lagernd, anderwärts überhaupt vergriffen ist, empfehlen wir den Genossen, möglichst rasch zu bestellen.

Eingefendet.

Zur Aufklärung.

In einer Reihe von Heizhäusern wird von einzelnen Kollegen kolportiert, daß ich der Urheber der neuen Dienstleistungsbüchlein sei; ja, wie ich aus einer zuverlässigen Quelle erfahren habe, behaupten dies — speziell in Galizien und in der Bukowina — auch Funktionäre der Zugförderung bei den Staatsbahndirektionen, sowie Funktionäre in einzelnen Heizhäusern. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich mit den neuen Dienstleistungsbüchlein in gar keinem Zusammenhang stehe, dieselben weder der Form noch dem Inhalt nach zum Antrag brachte, oder nur jemals eine Neuerung machte, daß solche Bücher eingeführt werden sollen.

Ich habe mich, ebenso wie andere Kollegen und Vertrauensmänner nur dahin ausgesprochen, die gegenwärtigen Dienstleistungsbüchlein sollen eine neue Kolonne für Brutto-tonnenkilometer bekommen, welche den Lokomotivführern eine Kontrolle ihrer Prämienverbienste ermöglicht.

Ich sehe wohl auf dem Standpunkt, ein Lokomotivführer soll sich seinen Verdienst ausrechnen können, niemals habe ich aber dafür plädiert, daß sie ihren Prämienverdienst ausrechnen müssen.

Im übrigen erkläre ich mich mit der diesbezüglichen Resolution solidarisch.

Ich ersuche die Kollegen, vorstehendes zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Fritz Freiß Mitglied des Zentralausschusses der Personalkommissionen.

Unentgeltliche Vorträge über „Erste Hilfe“.

Das Wiener freiwillige Rettungs-Institut (Wien, I., Naglergasse 3) hält durch seinen Chefarzt Dr. med. univ. Karl Georg Panesich im Vortragssaal des Jugendbundes „Favoriten i. West“ (X., Triesterstraße 19, Partee) in den Monaten September und Oktober an jedem Montag um 8 Uhr abends folgende unentgeltliche Vorträge:

- 11. September: Erste Hilfe bei Epilepsie, Hysterie und Stimmkrampfen;
18. September: Erste Hilfe bei Erstickten, Erhängen, Erbrochenen, Erwärmen;
25. September: Erste Hilfe bei Vergiftungen;
2. Oktober: Erste Hilfe bei Scheintod;
9. Oktober: Krankentransport;
16. Oktober: Krankenpflege;
23. Oktober: Erste Hilfe bei Straßengeburt (Blut für männliche Personen);
30. Oktober: Erste Hilfe bei Straßengeburt (Blut für weibliche Personen).

Jeder Vortrag bildet ein in sich abgeschlossenes Ganzes. Eintritt frei, ohne Karten, für jedermann (bei letzteren zwei Vorträgen auf ein Geschlecht beschränkt).

Mitteilungen des Rechtsbureaus.

Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die juristische Sprechstunde ab Dienstag den 3. Oktober 1911 von 6 bis 7 Uhr abends (anstatt wie bisher von 7 bis 8 Uhr abends) an jeden Dienstag abgehalten werden wird. Ist Dienstag ein Feiertag, so ist die Sprechstunde am vorhergehenden Montag, auch von 6 bis 7 Uhr abends.

Die jetzige Ansetzung der Sprechstunde erleichtert auch den Mitgliedern aus der Provinz den Besuch der Sprechstunde, da sie noch die Abendzüge bequem erreichen können.

In dieser Sprechstunde werden auch in privaten Angelegenheiten von den die Sprechstunde abhaltenden Herren Dr. Garpner und Dr. Kay Auskünfte erteilt. Im Interesse aller Genossen ist es gelegen, von dieser Einrichtung gegebenenfalls Nutzen zu ziehen.

Das Zentralsekretariat für das Rechtsschutzbureau: Dušek.

Mitteilungen der Zentrale.

Verwaltungskomiteefitzung am 13. September 1911. Es liegen 228 Unterstützungsansuchen vor; für 195 Fälle wird ein Betrag von Kr. 5975-49 bewilligt; 27 Fälle abgewiesen, 6 Fälle an die betreffenden Ortsgruppen zurückgeleitet. — Der Rechtsschutz wird für 63 Fälle bewilligt. — An Expensnoten ist für 80 Fälle der Betrag von Kr. 11.146-21 zu bezahlen. — Verlegung der juristischen Sprechstunde auf die Zeit von 6 bis 7 Uhr abends. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes und einiger Personalangelegenheiten.

Sprechsaal.

Aufforderung!

Die Bahnerhaltungsprofessionisten des Direktionsbezirkles Linz werden im eigenen Interesse ersucht, nachstehende Fragen an das Arbeiterauschuhmitglied Johann Frenschlag, Linz, Fuglystraße 7, brieflich zu beantworten:

- 1. Wann und als was wurden Sie in den Bahndienst aufgenommen (Professionist oder Oberbauarbeiter)?
2. Welchen Taglohn haben Sie bei der Aufnahme erhalten?
3. Wann und wieviel wurde bis jetzt aufgebessert? Wie hoch ist der jetzige Taglohn?
4. Wie werden Sie jetzt geführt, als ständiger oder nichtständiger Professionist?

Offene Anfragen.

An die k. k. Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen in Wien.

Ist es der k. k. Generalinspektion bekannt, daß an Sonn- und Feiertagen bei den Pendelzügen Wien-Hauptbahnhof-Praterstern das Bremsdrutto für Güterzüge, welches laut Anweisung XX. Artikel 61, Punkt 4, Absatz 1, vorhanden sein soll, nicht einmal zur Hälfte abgedeckt ist, weil auch an Sonntagen diese Züge nur vom Zugführer allein begleitet werden, trotzdem die Zugsgarnituren aus neun Wagen bestehen?

An die k. k. Direktion der böhmischen Nordbahn.

Die Wächter der Strecke Kreutz-Warnsdorf haben im September 1910 ein Gehuch um 16/16stündigen Dienst an die k. k. Direktion eingebracht. Da bereits seit der Einreichung ein volles Jahr verfloßen ist und mittlerweile wiederum zwei Züge täglich mehr verkehren, so erlauben sich die betreffenden Wächter auf diesem Wege nochmals um die gütige Erledigung ihres Ansuchens zu bitten.

An die Direktion der k. k. Oesterreichischen Nordwestbahn.

In der Station Naaim sind mehrere Verschieber, Sammler Magazinsarbeiter, die bereits drei bis fünf Jahre im Bahndienst stehen. Die meisten dieser Leute hoffen, daß sie am 1. Juli d. J. definitiv anstellt werden. Als die betreffenden wegen ihrer definitiven Anstellung beim Herrn Vorstand bittlich wurden, wurde denselben gesagt, daß sie erst ein Gehuch um Aufnahme als Ausbittsverschieber, Ausbittslampist und Ausbittsmaazinsdiener einreichen müssen, da sie erst als solche vom Staate übernommen und definitive Anstellung erwarten können. Die betreffenden Arbeiter sind diesem Auftrag bereits vor mehreren Monaten nachgekommen, doch ist ihnen bis heute keine Antwort zugekommen. Die betroffenen Arbeiter bitten eine k. k. Direktion um gütige Erledigung ihres Ansuchens.

An die k. k. Staatsbahndirektion Wien.

Ist es der löblichen Direktion bekannt, daß die zur Reparatur bestimmten Lokomotiven in vollständig unvereinigen Zustande in die Werkstätte Wien I abgegeben werden, so daß abmontierte Bestandteile nicht gefunden werden können und Gesetze nicht wahrzunehmen sind. Es ist ökonomisch, wenn Maschinenschlosser zum Lokomotivreparieren verwendet werden und an Hilfsarbeitern mangelt es in dieser Werkstätte, da seitens der Werkstättenleitung keine neuen aufgenommen werden und da einige Hilfsarbeiter wegen der zu niedrigen Löhne aus dem Dienst getreten sind. Um Untersuchung und Abstellung dieser Uebelstände wird ersucht.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Ist einer k. k. Staatsbahndirektion bekannt, daß den Oberbauarbeitern der k. k. Bahnerhaltungssektion Salzburg der Taglohn für den Faschingdienstag, Oster- und Pfingstamstag-Mittag sowie Kaisers Geburtstag nicht doppelt bezahlt wird? Da bis jetzt alle diesbezüglichen Bitten beim Herrn Streckenvorstand Leeb erfolglos waren, so ersuchen die geschädigten Oberbauarbeiter um baldige Abhilfe.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Zahlstelle Floridsdorf (Verkehr). Wir bringen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß nachfolgende Genossen zu Subskriptoren ernannt wurden und ersuchen freundlichst, die Beiträge an dieselben abzuliefern: Salvatore Madao, Bisierer; Johann Kratochwill, Portier; Johann Waltenberger, Wagenschreiber; Leopold Stella, Stationsmeister; Ferdinand Stingl, Verschieber; Johann Woller, Verschieber; Anton Spritzenborer, Verschieber; Johann Kubik, Bahnrichter; Lorenz Rokita, Oberbauarbeiter; Anton Sommer, Oberbauarbeiter; Ludwig Regal, Verschieber.

Diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden gebeten, dieselben eheabällig zu begleiden.

Ortsgruppe Linz a. d. Donau. Am Sonntag den 24. September um 1 Uhr nachmittags findet in Steyrling (Wohnbahn) in Preißleggs Gasthaus eine wichtige Eisenbahnerversammlung statt, zu welcher, soweit es möglich ist, alle dienstfreien Genossen und Kollegen der ganzen Strecke erscheinen sollen. Referent Genosse Weiser aus Linz.

Zahlstelle Parichnitz. Die nächste Monatsversammlung findet am 1. September um 8 Uhr abends im Gasthaus des Herrn Franz Kolbe statt. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Ortsgruppe Budweis. Die nächste Monatsversammlung wird am 1. Oktober um 9 Uhr vormittags im Vereinslokal abgehalten. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung vollständiges Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Teplitz. Am 1. Oktober um 8 Uhr abends findet im Restaurant „zum Spaten“ in Teplitz, Mählsstraße, die Monatsversammlung mit Vortrag statt. Referent von der Gewerkschaftskommission. Pflicht der Mitglieder ist es, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Zahlstelle Stauding. Am 24. September findet um 3 Uhr nachmittags im Restaurant „zur Nordbahn“ eine Eisenbahnerversammlung statt. Es werden alle Mitglieder ersucht, bei der Versammlung zahlreich zu erscheinen und ihre Kollegen Eisenbahner mitzubringen. Referent wird seitens der Zentrale beigelegt. Ferner findet auch die Wahl der neu aufzustellenden Vertrauensmänner statt.

Inhalt der Nummer 26 vom 10. September 1911.

Artikel: Die Regierung hat das Wort! Die Reichskonferenz der österreichischen Eisenbahner. Eine Massenkundgebung der Wiener Eisenbahner. Die nichterfüllten Zugeländnisse und die „Informationen“ der bürgerlichen Presse. Das Wiedererwachen der englischen Arbeiterklasse. Die Zustände beim Güterzugbegleitungspersonal der k. k. Nordbahn. Der Bureaokratismus auf den österreichischen Staatsbahnen. Eine gewerkschaftliche Sumpfpflanze. Zum Kapitel Krankenkassenverwaltung. Protokoll

der Sitzung der Personalkommission der k. k. Nordwestbahndirektion, Sektion Unterbeamte.

Inland: Die Sozialdemokraten für die sofortige Einberufung des Reichstages. Protestkundgebung der Wiener Arbeiterschaft gegen die Teuerung. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Lustiges aus der deutschnationalen Arbeiterbewegung. Auch das Getreide wird teurer!

Ausland: Eisenbahnerstreik in Amerika. Bevorstehender Kampf im britischen Bergbau. Der Profit der englischen Eisenbahngesellschaften. Eisenbahnerausbeutung in England. Die Teuerungskrawalle in Frankreich.

Aus dem Gerichtssaal: Der Eisenbahnunfall der Havensdamen.

Streislichter: Zur Frage der Unterbeamtenernennung der Manipulanten auf der k. k. Nordwestbahn. Forderungen der Magazins- und Stationsarbeiter. Hungerpatriotismus.

Korrespondenzen: Wittmannsdorf, Selztal, Schredenstein. Komotau, Wien, Staatsbahngesellschaft. Raachtels-Stauding, Mürzzuschlag, Franzensfeste.

Versammlungsberichte: Schredenstein. Alt-Kinzpolung, Spittal a. d. Drau.

Aus den Organisationen: Apling, Neubau. Technische: Patenbericht.

Sprechsaal: An das gesamte Stationspersonal des Direktionsbezirkles Dimly. Warnung.

Offene Anfragen: An die Nordwestbahndirektion. An das Eisenbahnministerium. An die Direktion der Staatsbahngesellschaft.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein. Sporitz, Rudig, Leoben, Czernowitz, Alt-Pala, Weiskirchly.

Briefkasten der Redaktion.

F. T. Nestomik. Die Jahrbegünstigungen für Arbeiter gelten genau nach dem Abgabe Jahrbegünstigungen für Bahnarbeiter der Beilage im Kalender 1911. Um die Freitarten muß angefehcht werden. Die Dienstzeit wird gezählt als ob sie bei der k. k. Staatsbahn zugebracht worden wäre. — G. N. Cafovic. Abadie Societe de Papiers, Wien, X. Davidgasse 92, Rabin Maurice, Wien, VI. Magdalenastraße 39. — An mehrere Einsender: Mit Rücksicht auf den aktuellen Stoff, der keinen Aufschub duldet, mußten mehrere Einsendungen für die nächste Nummer zurückbleiben. Wir bitten also um Geduld.

Interate advertisement with text: Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

MAGGI Würfel advertisement: Zur Erfrischung im Dienst, besonders in der Nacht, empfiehlt sich eine kräftige Rindsuppe aus MAGGI Würfel (fertige Rindsuppe) à 5 h. Nur mit kochendem Wasser zu übergießen. Man achte auf den Namen MAGGI und die Schutzmarke Kreuzstern.

Dankfagung.

Hiermit spreche ich dem Herrn Georg Machner, Oberkondukteur in St. Veit a. d. Glan, für seine Bemühungen anlässlich des Todes meines Mannes den herzlichsten Dank aus. Weyer a. d. Enns, 30. August 1911. Barbara Percher, Wagmeisterswitwe.

Dankfagung.

Die vielen und beachtlichen Beweisen sowie die Teilnahme an dem Beerdigungsgang meines lieber früh verstorbenen Gatten veranlassen mich, auf diesem Wege allen Teilnehmern meinen sowie meiner Kinder herzlichsten Dank auszusprechen. Die tieftrauernde Gattin Katharina Bach samt Kinder. Hellerndorf, im September 1911.

Erklärung.

Der Untersfertigte, Friedrich Saxinger, Lokomotivführer-Anwärter in Bregenz, bekennet hiemit, Herrn Alfred Kleck, Lokomotivführer-Anwärter in Borkloster, in ganz unqualifizierbarer Weise beleidigt zu haben. Er bedauert den Gebrauch der beleidigenden Worte und verpflichtet sich, als Sühne die erlaufenen Klage- und Veröffentlichungskosten zu tragen. Er wird sich bestreben, die Achtung seiner Dienstkollegen zu erwerben. Bregenz, am 23. Juni 1911.

Friedrich Saxinger, Lokomotivführer-Anwärter.

Ehrenerklärung.

Karl Finger, Oberverschieber in Schredenstein, erklärt hiemit sein Bedauern, Herrn Rudolf Guschny, Kondukteur in Schredenstein, beleidigt zu haben und zieht seine Äußerungen als unbegründet zurück. Desgleichen erklärt Karl Finger sein Bedauern über die gegen Herrn Eduard Paul, Kondukteur in Krammel, getanen Äußerungen, nimmt dieselben als vollkommen grundlos und den Tatsachen nicht entsprechend zurück und gibt die Erklärung ab, daß Herr Paul in seiner Stellung als Mitglied der Personalkommission in aufopferungswilliger Weise für die Interessen der Bahnbediensteten eingetreten ist. Die Kosten des Strafverfahrens, insbesondere der rechtlich-fremdlichen Vertretung, letztere im Betrage von 40 Kr., verpflichtet sich Herr Finger binnen acht Tagen bei Exekution zu bezahlen. Karl Finger.

Pendeluhr mit Musikwecker und Schlagwerk

in prachtvollem natur-nussbaumfarbigem Kasten, 75 cm hoch, schlägt halbe und ganze Stunden, weckt u. spielt die schönsten Musikstücke zur beliebigen Stunde.

Preis per Stück Kronen 14.—, ohne Musik . . . 10.—.

3 Jahre schriftliche Garantie. Umtausch oder Geld retour. Versand per Nachnahme.

Uhren-Exporthaus

Max Böhnell

Wien, IV. Margaretenstrasse 27/9.

Roskopf-Uhr K 3.—, Eisenbahner-Roskopf-Uhr K 4.—, Silber-Uhr K 7.—, Doxa-Uhr K 12.—, Omega K 20.—, Silberkette K 2.—, Gold-Uhr K 18.—, Goldkette K 20.—, Goldring K 5.—, Wecker K 2.—, Turmglocken-Wecker K 5.—. Verlangen Sie meinen grossen Preiscurant mit 5000 Abbildungen, welcher jedermann ohne jeden Kaufzwang franko umsonst zugesendet wird.

Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf!!

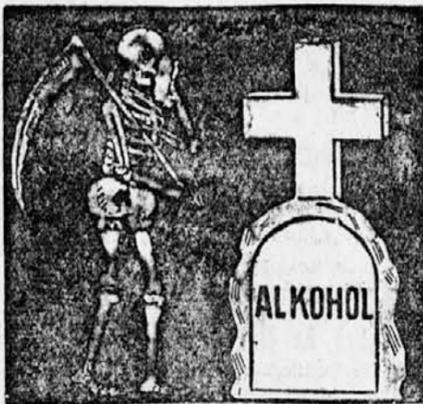
Von Verfahrern und von Herrschaften angekaufte feinste Herrenanzüge von K 14.—, Ueberzieher, Weiterfragen von K 8.50, Anabenanzüge von K 8.—, Robeformen von K 4.— aufwärts. Elegante Fracks, Smoking und Salonanzüge.

Grösste Auswahl in Herren-, Damen-, Kinder- u. Erntingwäsche. Komplette, fertige Bettüberzüge K 4.50, mit Kissen K 5.50, mit Stickerwollant K 8.50, Bettlücken K 1.00, schwere Bettzeuge, Damastgrübel, Bettuch, Chiffone, Kugine, per Stück K 0.50, Handtücher, Tischtücher, Vorhänge K 3.— zc. **Garantiert nur gediegenes Ware, alles erfahrungsbillich.** Einzige in Wien nur bei

GOLDSTEIN, VII, Kaiserstrasse 40.

Grösste Kleiderfabrik, per Anzug K 3.—. Provinzialverkauf resp. per Nachnahme. Gewähre auch Zahlungsvereinfachung.

Heile die Trunksucht



ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt.

Rette ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört, oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.

Coom ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke verabscheuen wird.

Coom ist vollkommen **unschädlich** und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rückfall niemals bekommen.

Coom ist das neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung hervorgebracht hat und hat derselbe bereits Tausende von Menschen aus der Not, dem Elend und dem Ruin errettet.

Coom ist ein leicht lösliches Präparat, das z. B. die Hausfrau ihrem Gatten im Morgengetränk geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betroffene gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht vertragen kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabscheuen kann, wenn man dieselbe zu oft genossen hat.

Coom sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt; wenn er dem Trunke auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol dennoch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich dem Genuss geistiger Getränke zu enthalten, eine Dose **Coom** einnehmen. Selbiges ist völlig unschädlich. Der Betroffene konserviert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Brantwein oder Likör verwendet worden wäre.

Herr R. F. schreibt: Coom-Institut, Kopenhagen, Dänemark:

Ich bitte so gütig zu sein, eine Schachtel **Coom** zu senden mit Postnachnahme à K 10.—. Ich habe einen Freund, der sich sehr stark dem Trunke ergeben hat, und möchte ihn gern abgewöhnen. Mit dem bis jetzt gesandten **Coom** habe ich schon drei Personen abgewöhnt und sind jetzt ganz tüchtige Männer, nur wollen sich die Menschen bei uns nicht aureden lassen. Vielen dankend, verbleibe, ich Sie errend, R. F., Diösgör gyartelep 1910, XI/23, Ungarn.

Das **Coom**-Präparat kostet 10 Kronen und wird versandt gegen Vorauszahlung oder gegen Nachnahme nur durch:

COOM-INSTITUT Kopenhagen 314, Dänemark.

Briefe sind mit 25 Heller, Postkarten mit 10 Heller zu frankieren.

Achtung! Eisenbahner!

Eisenbahner-Kalender

für das Jahr 1912

ist bereits erschienen. Der Preis beträgt wie im Vorjahr

1 Krone.

Einzel per Postzusendung 10h Portomehr.

Die Bedingungen zum Bezuge sind folgende: Bei Bestellung von 20 Exemplaren aufwärts 20 Prozent, wenn der Betrag im vorhinein eingezahlt wird oder wenn innerhalb 30 Tagen nach Erhalt der Betrag als bezahlt erscheint; bei nachträglicher Bezahlung werden ausnahmslos 10 Prozent Provision gewährt.

Der Inhalt des Kalenders ist vollkommen neu angelegt und sind alle wichtigen, für den Eisenbahner notwendigen und wissenwerthen Fragen in leichtverständlicher Weise niedergelegt. Unser Kalender wird daher nicht nur ein gutes Hilfsbuch für jeden Bediensteten sein, sondern ein Wegweiser in allen Nachfragen bleiben.

Der Reingewinn fließt dem Hausbaufonds zu.

Inhaltsverzeichnis:

Besort. — Kalendarium. — Notiztabelle für das Maschinenpersonal. — Für Bezüge. — Für Abzüge. — Notiz für bezogene Freizeiten 1912. — Brennholz-Äquivalente zur Berechnung der Kohlenpreise und Festsetzung. — Eisenbahner-Berufung. — Breite des Schotter- und Belagmaterial für das Lokomotivpersonal. — Tagebuch. — Anleitung zur Abiegung von Dienstprüfungen für den niederen Staatsbahndienst (Fahr- und Stationsdienst). — Anleitung zur Handhabung des offiziellen Ausbuchs. — Rechenverfahren und Abfahrungen. — Auszug aus den wichtigsten Bestimmungen über die Verwendung der eigenen und fremden Wagen, Behandlung loser Wagenbestandteile und Lagerstätten. — Liste jener Beschäftigten, die in den Kaporten an die L. L. Generalinspektion zu melden sind. — Anleitung zur Abiegung von Dienstprüfungen für den niederen Staatsbahndienst. — Gehaltschema für die Unterbeamten. — Gehaltschema für die Diener. — Vorrückungsschema für die Unterbeamten. — Vorrückungsschema für die Diener. — Offiziersgehälter. — Schema der Gehälter, Plätzen zc. der Hilfsbeamten und Diener. — Allgemeines Wissenwertes: Oesterreichische Eisenbahngeschichte für das Jahr 1909. — Vergleichende Längen der Eisenbahnen der Erde. — Längen der Eisenbahnen und der Telegraphenlinien der ganzen Erde. — Das Fehlen in Oesterreich. — Beschäftigtenlisten in Metern per Sekunde. — Hauptübergänge in Metern. — Höhen, Tiefen, Längen. — Breite einiger Meerengen an ihrer engsten Stelle. — Wohnungsfrage der L. L. Staatsbahnen. — Speiseräume für Werkstattarbeiter der L. L. Staatsbahnen. — Badeanstalten der L. L. Staatsbahnen. — Sanitätsdienst bei den L. L. Oesterreichischen Staatsbahnen. — Rettungswesen bei den L. L. Oesterreichischen Staatsbahnen. — Unternehmungsfonds. — Laufende Ausgaben an Bedienstete. — Schulfondsverein für Bedienstete der staatlichen Eisenbahnenverwaltung. — Kaiserlich-königliche Wohltätigkeitsverein für Wächter von Bediensteten der Staatsbahnenverwaltung. — Weihnachtsbescherungs- und Ferienlohnverein von Bediensteten der L. L. Oesterreichischen Staatsbahnen. — Unterrichtsbeiträge aus Betriebsmitteln. — Kaiser Franz Josef Jubiläums-Geldbescheid der L. L. Nordbahnverwaltung in Feldsberg. — Eisenbahnschule an der Bundeskanzlei in Wien. — Amtsbibliothek des L. L. Eisenbahnministeriums. — Oesterreichische Eisenbahngeschichte. — L. L. historisches Museum der Oesterreichischen Eisenbahnen. — Eisenbahner-Vereine. — Spar- und Vorschußinstitut „Hilfsbund“. — Wohnungsbauvereine und Aufstiegsvereine. — Einiges aus dem Vereins- und Verammlungsrecht. — Die bedeutendsten Städte der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie. — Flächeninhalt und Einwohnerzahl der Länder der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie. — Höchste Erhebungen der Oesterreichischen und schweizerischen Alpen. — Höhenlage verschiedener Städte und Ortschaften. — Größe der bedeutendsten Städte der Erde. — Stromgebiete und Stromlängen der bedeutendsten Flüsse der Erde. — Vergleichende Größe der Staaten Europas. — Die bedeutendsten Kanäle. — Die bedeutendsten Zentren der Erde. — Jährliche Bevölkerungszunahme der europäischen Staaten. — Landesfarben. — Kosten des Flottenwahrwesens. — Lehrsätze Zahlen. — Die Nationalitäten im Oesterreichischen Meer. — Oesterreichs Grenze im Jahre 1910. — Staatsschulden. — Die Einkünfte der Monarchie. — Staatsausgaben nach den Budgets 1907. — Die wichtigsten Werten der Gesamtausgaben aller Staaten Europas. — Wäldliches Oesterreich. — Die Art die Erde ist. — Die Erdoberfläche. — Der Abiummerrat der Erde. — Die wichtigsten Sprachen. — Lebensalter. — Wäldungsarten. — Thermometergrade. — Was Bienen zumutungen. — Die Häuser und die Wohnstätten Wiens. — Die Aufgaben der Wiener Zeitungen. — Die rote Internationale. — Bauwerke und Denkmäler. — Das Ergebnis der Reichswahlen 1911. — Anzahl der Parlamentarier in den verschiedenen Ländern. — Unerbliche Geburten. — Mitgliederstand des Allgemeinen Reichstages- und Gewerkschaftsvereines. — Aufgabe und Umfang der Eisenbahnerfachblätter. — Gerichtsferien. — Normatage. — Auszug aus den Staatsgrundgesetzen. — Stollgebühren. — Wiener Schenkenswürdigkeiten. — Personalincommentabelle. — Internationale Wäldtabelle. — Maße und Gewichte. — Vereine und Stiftungen. — Posttarife. — Telegrammgebühren. — Stempelgebühren. — Adressentafel. — Eisenbahnerfachblätter im Ausland. — Gewerkschaftskommission Oesterreichs. — Ausländische Gewerkschaftskommissionen. — Internationale Gewerkschaftssekretariate.

Um eine zweite Auflage, die stets eine Verpätung und Störung in der Zustellung bewirkt, zu vermeiden, ist die diesjährige Auflage entsprechend erhöht worden. Wir erjüden daher alle Kolporteur und Ortsgruppen, die bis jetzt noch keine Bestellungen gemacht haben, dies schleunigst zu tun und alle Kraft aufzubieten, damit nicht etwa die erhöhte Auflage unverkauft auf Lager liegen bleibt.

Genossen, agitiert daher nach Kräften für euer Jahrbuch!

Mit Parteigrüß

Der Kalenderverlag.

MÖBEL Aufruf an die Herren Eisenbahner!

Wiens beste und billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen altbekannte, o langjährig bestehende o

Fünfhäuser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142
Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142



(neben der Löwendrogerie Schawerda) polierte Zimmerrichtungen à Fr. 130, 150, 170, 200 u. 240, Kücheneinrichtungen von Fr. 34 aufwärts. — Komplette Schlaf- und Speisezimmer von Fr. 280. — Moderne Kücheneinrichtungen, grau, weiß, grün, à Fr. 70. — Patenthebel von Fr. 2.— und 3.—, bereit zu Fr. 12.— aufwärts. — Einzelne Gegenstände billigst in großer Auswahl. — Kleiner Restaurant für die Provinz, gratis. — Großer Möbelkatalog gegen 60 Heller Briefmarken franco.

Briefliche Bestellungen frey resp. wie bei persönlicher Auswahl.

Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bezirken Wiens kostenfrei.

Warnung! Um meine P. Z. Kunden vor Schäden durch Verführung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma **Fünfhäuser Möbelniederlage**, da eine Konturren; meine Hausnummer als Preis misbraucht, um meine P. Z. Kunden zu täuschen. Können Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftsportal.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine **Schutzmarke „Eisenbahndirektion“** in Lebensgröße in meinem Schaukasten sehen.

Wetter Herr!

Erlaube mir Ihnen mitzuteilen, daß die Möbel, welche am 28. v. M. hier eingetroffen sind, in gutem Zustand waren und ich auch sehr zufrieden bin damit. Auch danke ich Ihnen für Ihre solide und reelle Bedienung. Ich werde Sie meinen Bekannten bestens empfehlen.

Hochachtungsvoll

Louis Stadler
Streichmeier in Saalfelden.

„Patent-Korkkappe“ ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.

K. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken

Wilhelm Beck & Söhne
Zentrale: Wien, VIII. Langegasse Nr. 1.
Fabrik: Wien, VI. Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Um meine Waschmaschinen à 24 Kronen

mit einem Schlage überall einzuführen, habe ich mich entschlossen dieselben zu obigen billigen en gros-Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Ziel 3 Monat! Durch Seifensparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen! Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unverwundlich! Grösste Arbeitererleichterung! Schont die Wäsche wie bei der Handarbeit! — Schreiben Sie sofort an:

Paul Alfred Goebel, Wien, VIII. Albertgasse Nr. 3

Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht. Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation anzugeben, nach welcher die Maschine geschickt werden soll.



Billige Bettfedern und Daunen

1 Kilo graue geschlossene K 2.—, bessere K 2.40, halbweiße prima K 2.80, weiße K 4.—, prima daunenweiße K 6.—, hochprima K 7.—, 8.— und 9.60, Daunen, graue, K 6.—, 7.—, weiße prima K 10.—, Brustkaum K 12.— von 5 Kilo an franco.

Fertig gefüllte Betten
aus dichtabigem, rotem, blauem, gelbem oder weißem Julett (Wanlung), 1 Tuchent, ca. 180 cm lang, 60 cm breit, samt 2 Korbpolstern, jeder ca. 80 cm lang, 60 cm breit, genügend gefüllt mit neuen, grauen, saunigen und dauerhaften Bettfedern K 16.—, Halbdaunen K 20.—, Daunenfedern K 24.—, Einzelne Tuchente K 10.—, 12.—, 14.—, 16.—, Einzelne Korbpolster K 8.—, 5.60, 4.—, Tuchente, 200 x 140 cm, groß, K 18.—, 15.—, 18.—, 20.—, Korbpolster, 90 x 70 cm, groß, K 4.50, 5.—, 5.50, Unterrüchente aus bestem Bettgarn, 180 x 116 cm, groß, K 13.— und K 15.—, versendet gegen Nachnahme oder Vorauszahlung

Mag Berger in Dösching Nr. 423 a, Böhmerwald.
Kein Risiko, da Umtausch erlaubt oder Geld rückerstattet wird. Reichhaltige Illustr. Preisliste aller Bettwaren gratis.

Kaufe bei Kraus

wer edle schöne Leinen schätzt!
Zu Reklamepreisen: 137

1 Stück Irlander Webe 80 Zentimeter breit, 23 Meter lang . K 11.50
6 Leintücher ohne Naht aus sehr schöner, bester Flachleinwand, 150x225 Zentimeter gross . . . K 16.20

Reste sehr schöner weisser Wäschewebe
feinfädig, für jede Wäscheart haltbar . . per Meter 55 h
Mindestabgabe 3 bis 4 Reste, zusammen zirka 40 Meter.

1 Dutzend Leinwandhandtücher 50x110 Zentimeter gross, K 8.—
1 Doppeldamast Prachtandtücher, reinl. 60x120 gross K 12.—
Versand per Nachnahme. Nichtpassendes wird zurückgenommen.

Leinenfabrik Jos. Kraus, Nachod VII (Böhmen).

Muster jeder Art nur gediegener Webwaren für Haushalt und Ausstattung gratis.
44jähriges bestes Renomme verbürgt Solidität

Eidervolle

Dieses vorzügliche nicht einlaufende Strickgarn liefert auch an Private zollfrei
Wollgarnspinnerei 210
Heinrich Köster
Rendsburg 20, Eider.
Katalog gratis. Muster franko.

Blaue Schlofferhemden, sehr kräftig und groß, K 1.80.
Blaue Schlofferanzüge aus schwerem blauen Körper, Blüfener und andere Arten, K 3.80.
Herrenhemden, weiß und färbig, mit Säumchen, 1a Qualität, K 2.—.
Unterhosen, blau und weiß, in voller Weite, gut genäht, K 1.—.
Weiße Frauenhemden, recht groß, aus bester Webe, mit Stickerie bedacht, K 1.50.
Warme Trikothemden f. Männer mit Doppelbrust K 1.—.
Adolf Zuder, Wilsen Nr. 54, Ringplatz.
Preislisten gratis und franco. Versand per Nachnahme. Für Nichtpassendes gebe Geld retour.

Nachrie

gab es ein so gutes und leicht verdauliches Brot, wie den beliebten

Hammerwecker

Verkaufsstellen sind durch die bekannten Schilder der Hammerbrotwerke kenntlich
Herausgeber **Josef Tomschil**. — Verantwortlicher Redakteur **Franz Lill**.
Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ **Swoboda & Co.**
Wien, V., Rechte Wienzeile 97.